

Süddeutsche Zeitung

NEUSTE NACHRICHTEN AUS POLITIK, KULTUR, WIRTSCHAFT UND SPORT

DEUTSCHLAND-AUSGABE

HF1

München, Freitag, 7. Mai 2010

66. Jahrgang / 18. Woche / Nr. 104 / 2,10 Euro

Das Streiflicht

(SZ) Wenn ein Engländer umschreibt will, dass ein Riesenproblem besteht, von dem jeder weiß, gegen das aber keiner was tut, dann sagt er: „There is an elephant in the room“, da steht ein Elefant im Raum. Genau betrachtet ist das Land voll von Elefanten, England ist eine Elefantenation. Seit Ewigkeiten haben die Engländer zum Beispiel keinen vernünftigen Torwart, jeder, der den Augen hat, erkennt das, aber so richtig eingestehen mag es sich trotzdem keiner. Der Elefant kann also im Tor stehen, er kann auch im Parlament sitzen. Dass ihr merkwürdiges Wahlsystem dringend renoviert gehört, hat gerade wieder jeder mitgekriegt, aber das war früher auch schon so, und passiert ist ... nichts. Die Engländer leben so routiniert mit ihren Elefanten, wie die Inder mit ihren Elefanten leben, die ja – wie Elefantenfreunde wissen – deutlich kleinere Ohren haben als die afrikanischen Elefanten. Wie groß da im Vergleich die Ohren der englischen Elefanten sind, konnte bisher nicht ermittelt werden, ein gedachter Elefant lässt sich nur schlecht vermessen.

Seit ein paar Tagen stehen Elefanten in ganz London, sie sind aus Fiberglas und den Ohren nach zu urteilen, eher indisches inspiriert als afrikanisch. Eine Kunstaktion – es gab schon Kühe aus ähnlichem Material in Zürich, auch Löwen in München, aber die Londoner Elefanten sind etwas Besonderes, sie dokumentieren die Nähe der englischen Bevölkerung zu diesem wunderbaren Tier, die sich wieder wieder auch in der Sprache ausdrückt: „White Elephant“ ist im Englischen eine Fehlinvestition, ein Grobshengrab. Im Moment wird in London viel gebaut, die Stadt darf die Olympischen Spiele im Jahr 2012 veranstalten. Weil aber all die Sphärenhallen und Stadien so teuer sind, sieht es so aus, als entstünden gerade sehr viele weiße Elefanten. Und weil so viele weiße Elefanten ein Problem darstellen, von dem jeder weiß, das aber keiner benennt, jedenfalls keiner, der die Olympischen Spiele schlechtdenkt will, steht sprachwörtlich bereits der nächste Elefant im Raum, allerdings im öffentlichen.

Dazu passt, dass ausgerechnet in England eine Zeitlang gern Elephant-Jokes erzählt werden sind, Elefantenwitze, sie gehen so: „Was macht man mit einem weißen Elefanten? Man hält ihm den Russel zu, bis er blau anläuft.“ Oder: „Woran erkennt man, dass ein Elefant im Küchenschrank war? An den Fußspuren in der Butter.“ Man muss diese Witze nicht lustig finden, weiß Gott nicht. Wobei, der Witz mit dem Elefanten beim Urologen ist gar nicht so schlecht, sprüngt an dieser Stelle allerdings den Rahmen. Was übrigens die Kunstelefanten angeht: Sie sind alle bunt angemalt und sollen versteigert werden, sie bringen also Geld, statt es zu verschwenden. Es sind Elefanten der neuen Art, die Engländer haben bisher keinen Begriff dafür.

Heute in der SZ

Der große Hunger
Ein kleines Tagebuch vor der Wahl in Nordrhein-Westfalen 3

Schatten vor der Sonne
Es ist richtig, die staatliche Förderung für die Solarenergie zu kürzen.
Leitartikel von Wolfgang Roth 4

„Das Geschäft wird bösartiger“
Deutschlands bekanntester Konkursverwalter Jobst Wellensiek über den harten Kampf der Gläubiger ums Geld. 24

Bankenaufsicht ermittelt gegen 1860
Eine Tochtergesellschaft des Münchner Fußballclubs betreibt ihre Geschäfte ohne Erlaubnis. 25

TV- und Radioprogramm 34
Kinder- und Jugendliteratur 32
Forum / Leserbriefe, Rätsel 33, 15
München · Bayern 29
Familienanzeigen 30

Süddeutsche Zeitung Bibliothek

Die dunkle Seite der Liebe Das Buch der Woche
Rafik Schami
Die dunkle Seite der Liebe
Florian Welle stellt Band Nr. 2 vor
Feuilleton, Seite 11
www.sz-shop.de

Süddeutsche Zeitung GmbH Hultschiner Straße 8
81677 München; Telefon 089/2183-0,
Telefax 9777; redaktion@sueddeutsche.de
Anzeigen: Telefon 01805/155900* (Immobilien- und Mietmarkt), 01805/255900* (Motormarkt), 01805/355900* (Stellenmarkt, weitere Märkte).
Abo-Service: Telefon 01805/455900*,
www.sueddeutsche.de/abo
*Dtschlandspreise: Festnetz 14 ct/Min., Mobilfunk max. 42 ct/Min.

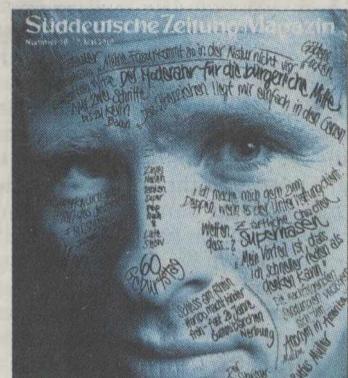


5 1 0 1 8

4 190655 802107



HEUTE MIT



Zum 60. Geburtstag: Was hat sein Bart mit der Quote zu tun – die letzten Geheimnisse des Thomas Gottschalk. Zum Verzweifeln: Die Werbebranche hat ein Problem – sie ist einfach nicht mehr cool. Zum Wundern: Ein deutscher Professor hat eine Therapie entwickelt, die Körper hilft, sich selbst zu heilen. Zum Zeitgeist: Wie viel Optimismus ist gesund? Eine Kritik des positiven Denkens. Liest nicht der gesamten Auslandsauflage bei

14 Seiten Immobilien, Kauf- und Mietmarkt

Georg Funke will Millionen

Ehemaliger HRE-Chef klagt auf Gehaltsnachzahlung

München – Der frühere Chef des wegen drohender Insolvenz verstaatlichten Immobilienfinanzierers Hypo Real Estate (HRE), Georg Funke, kann sich Hoffnungen auf Gehaltszahlungen seines früheren Arbeitgebers machen. Die Kündigung des 55-jährigen ehemaligen Managers könnte unwirksam gewesen sein, deutete Richter Helmut Krenke am Donnerstag im Prozess vor dem Landgericht München an. Funke verlangt Nachzahlungen in Höhe von 3,5 Millionen Euro. (Wirtschaft) *dpa*

Mumbai-Attentäter zum Tode verurteilt

Mumbai – Eineinhalb Jahre nach den Anschlägen im indischen Mumbai ist der einzige überlebende Attentäter zum Tode durch den Strang verurteilt worden. Der Pakistane Ajmal Amir Kasab war bereits vor einigen Tagen in 86 Anklagepunkten schuldig gesprochen worden, darunter wegen Mordes und Kriegsführung gegen Indien. (Seite 8) *SZ*

„Beipackzettel“ für Finanzprodukte

Berlin – Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) will Banken zu mehr Transparenz zwingen. Künftig sollen sie verpflichtet werden, alle wesentlichen Informationen zu einem Produkt übersichtlich auf zwei Seiten zusammenzufassen. Diese „Beipackzettel“ sollen dem Kunden helfen, Risiken zu erkennen und Produkte zu vergleichen. (Wirtschaft) *dka*

Vater von Amokläufer kommt vor Gericht

Winnenden – Der Vater des Amokläufers von Winnenden kommt vor Gericht. Das Landgericht Stuttgart hat die Anklage der Staatsanwaltschaft zugelassen. Der 51-Jährige wird beschuldigt, seinem Sohn Tim unerlaubten Zugriff auf eine erlaubnispflichtige Schusswaffe ermöglicht zu haben. (Panorama) *SZ*

Sieben Bayern-Spieler für WM nominiert

Stuttgart – Bundestrainer Joachim Löw setzt bei der Fußball-Weltmeisterschaft in Südafrika auf einen Block von Champions-League-Finalist Bayern München. Löw benannte am Donnerstag sieben Profis des FC Bayern für den vorläufigen 27-Mann-Kader. Überraschungen gab es bei der Nominierung nicht. (Sport) *SZ*

Dax ▼ Dow ▼ Euro ▼

Xtra 17.00 Uhr N.Y. 17.00 Uhr 17.00 22 Uhr
5 915 Punkte 10 802 Punkte 1.2700 US-\$
+ 0,72 % + 0,61 % - 0,015

Das Wetter

München – Verbreitet dichte Wolkenfelder und regnerisch, nur im Südosten ein paar Wolkenlücken. Im Tagesverlauf auch im Süden aufgelockert, dennoch gelegentlich kurze Schauer. Temperaturen zwischen fünf und 17 Grad. Nachts ver einzelt Regen. (Seite 33)

SPD enthält sich bei Griechenland-Hilfe

Mehrheit für Milliardenkredite im Bundestag an diesem Freitag trotzdem sicher / Grüne votieren mit Ja

Von Daniel Brössler und Cerstin Gammelin

Berlin / Brüssel – In der schwierigen Krise seit Bestehen der Europäischen Union finden Regierung und Opposition in Deutschland nicht zu einer gemeinsamen Politik. In Berlin scheiterten am Donnerstag Verhandlungen für eine Begleitresolution zur Kreditgarantie für Griechenland. Die SPD will der Hilfe deshalb an diesem Freitag im Bundestag nicht zustimmen. In Athen rang das Parlament um das drakonische Sparpaket.

Im Bundestag ist zwar eine Mehrheit für eine Kreditgarantie über 22,4 Milliarden Euro für Griechenland gesichert, weil Union, FDP und Grüne für das Gesetz stimmen wollen. Trotz hektischer Verhandlungen gelang es Kanzlerin Angela Merkel (CDU) aber nicht, auch die SPD für eine Zustimmung zu gewinnen.

„In einer so existentiellen Frage ist es schon wünschenswert, dass auch die Sozialdemokraten zustimmen“, sagte Merkel an Nachmittag bei einem Europäum des WDR. Wenig später wurden die Verhandlungen über eine gemeinsame Entscheidung zum Kreditgesetz aber für gescheitert erklärt. Die SPD kündigte an, sich bei der Abstimmung über das Kreditgesetz enthalten zu wollen.

Streitpunkt war die von den Sozialdemokraten verlangte, vor allem von der FDP aber vehement abgelehnte Transaktionssteuer für die Finanzmärkte. Um in dieser Frage einen Kompromiss zu finden, hatte Merkel sich am Morgen mit den Vorsitzenden von SPD und FDP, Sigmar Gabriel und Guido Westerwelle, getroffen. Hoffnung gab es, nachdem die drei Politiker sich darauf verständigt hatten, ihren Fraktionen eine Formulierung zur Beteiligung der Finanzmärkte an den Krisenfolgen zur Zustimmung vorzulegen. Diese Formulierung nimmt Bezug

auf eine vom Internationalen Währungsfonds (IWF) empfohlene Besteuerung von Gewinnen und Gehältern im Finanzsektor, nicht aber auf die von der SPD verlangte Transaktionssteuer. Die SPD wollte schließlich von dieser Forderung doch nicht abrücken und kündigte eine eigene Entscheidung an.

Geschwächt wurde die Position der Sozialdemokraten durch die Ankündigung der Grünen, der Kreditgarantie zustimmen zu wollen. Dadurch ist eine komfortable Mehrheit für das Gesetz in jedem Fall gesichert. Es geht „um den Bestand der Europäischen Union und der Eurozone“ und nicht vorrangig um „die miserable Politik der Regierung Merkel-Westerwelle“, erläuterten die Fraktionschefs Reiner Kunast und Jürgen Trittin.

Kanzlerin Merkel stellte klar, dass sie die Politik in einem Kampf gegen die Märkte sieht: „Die Spekulanten sind unsere Gegner“, sagte sie. In einem gemeinsamen Brief an EU-Ratspräsident Herman

Van Rompuy fordern Merkel und Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy die Euroländer auf, Lehren aus der Krise in Griechenland zu ziehen. Jedes Land müsse seinen Teil der Verantwortung für die Stabilität des Euro übernehmen, schreiben beide. Van Rompuy hat die 16 Länder mit der Gemeinschaftswährung für diesen Freitag zu einem Gipfel nach Brüssel eingeladen. Dort soll das europäische 80-Milliarden-Euro-Paket für Griechenland endgültig freigegeben werden. Merkel und Sarkozy wollen zu dem vereinbaren, Euroländer, die dauerhaft gegen den Stabilitätspakt verstehen, künftig härter zu bestrafen und die Wirtschafts- und Haushaltspolitik enger abzustimmen.

In Athen wollte das Parlament noch am Abend über das Sparpaket abstimmen. Die Regierung begrüßte, trotz des heftigen Widerstands der Bevölkerung an ihren Sparplänen festhalten zu wollen. (Seiten 2, 4 und Wirtschaft)

Jahren erreicht es nur noch bei fachgerechter, intensiver Pflege.

Für Conradi ist der Zustand der Reetdächer ein Indikator für die veränderten Klima- und Umweltbedingungen. Das Lübecker Institut sucht nun Wege, die Dächer trotz des wachsenden Umweltstress für die Halme trocken über die Zeit zu bekommen. Den Einsatz von Chemikalien lehnen die Forscher dabei ebenso ab wie den Austausch des natürlichen Materials durch Kunststoff – erste Anbieter für Reetdächer aus Plastik sind schon auf dem Markt. Die FH Lübeck experimentiert stattdessen mit Dachneigungen, den Bindungsarten der Halme und neuen Unterkonstruktionen. Viele Reethäuser sind heute bis unters Dach ausgebaut, ihnen fehlt dadurch ausreichende Belüftung. Ebenso schwierig ist der Erhalt der Dächer in unbewohnten Museumshäusern, die nie beheizt werden. Denn, sagt Conradi: „Das Reetdach ist erfunden worden, damit Menschen darunter leben.“ *Ralf Wiegand*

Kompost auf dem Haus

Der Klimawandel zerstört die deutschen Reetdächer

rioden“, sagt Diplom-Ingenieur Conradi. Daneben setzt sich auf den Dächern Feinstaub ab, der ein Feuchtigkeitsspeicherndes Milieu bildet. Überdies, so Conradi, sei die Luft „überdringt durch die Abluft aus Schweine- oder Hühnerfarmen“. Als wäre das nicht genug, stoßen die Katalysator-Autos Stickoxide aus. Die Folge: Reetdächer trocknen nicht mehr, verdichten sich, werden noch feuchter – und verrotten schließlich wie Gartenabfälle.

Der verhängnisvolle Mix setzt den Reetdächern derart zu, dass das Bundesforschungsministerium ein Projekt des Instituts für Bauen und Nachwachsende Rohstoffe an der FH Lübeck unterstützt, das das Reetdach der Zukunft sucht.

Historisch betrachtet, sagt Conradi, seien Reetdächer ein „Meilenstein in der Entwicklung der Zivilisation“. Allein der An-

blick solcher Dächer löse in den Menschen ein Gefühl von Geborgenheit und Sicherheit aus. „Reetdächer sind Emotionen pur.“ Und längst Luxus: Waren Reetdächer einst billige Baulösungen, weil das Material in Flusstäler überall und schier unendlich vorhanden war, muss das Reet heute importiert werden. Die flussnahen Landschaften hier zu Landen sind besiedelt, die letzten natürlichen Schilffelder stehen überwiegend unter Naturschutz.

Reet wurde zunächst aus Ungarn und Rumänien herbeigeschafft, aber in schlechter Qualität. Nun kommt es per Schiff in Containern aus China, wo es noch weite, ungenutzte Flusslandschaften gibt. Das einst billige Dach, das 30 bis 40 Jahre hielt, kostet heute mehr als ein Ziegeldach. Eine Lebensdauer von 30

Jahren erreicht es nur noch bei fachgerechter, intensiver Pflege.

Für Conradi ist der Zustand der Reetdächer ein Indikator für die veränderten Klima- und Umweltbedingungen. Das Lübecker Institut sucht nun Wege, die Dächer trotz des wachsenden Umweltstress für die Halme trocken über die Zeit zu bekommen. Den Einsatz von Chemikalien lehnen die Forscher dabei ebenso ab wie den Austausch des natürlichen Materials durch Kunststoff – erste Anbieter für Reetdächer aus Plastik sind schon auf dem Markt. Die FH Lübeck experimentiert stattdessen mit Dachneigungen, den Bindungsarten der Halme und neuen Unterkonstruktionen.

Viele Reethäuser sind heute bis unters Dach ausgebaut, ihnen fehlt dadurch ausreichende Belüftung. Ebenso schwierig ist der Erhalt der Dächer in unbewohnten Museumshäusern, die nie beheizt werden. Denn, sagt Conradi: „Das Reetdach ist erfunden worden, damit Menschen darunter leben.“ *Ralf Wiegand*

Dem Staat fehlen 39 Milliarden Euro

Steuerschätzer sagen bis Ende 2013 enorme Einnahmeausfälle voraus / FDP will Bürger trotzdem entlasten

Von Guido Bohsem

Berlin – Bund, Länder und Gemeinden müssen nach Berechnungen der Steuerschätzer bis Ende des Jahres 2013 mit etwa 39 Milliarden Euro weniger auskommen als bislang angenommen. Die FDP hielt trotz der schlechten Prognose der Experten weiter an ihrer Forderung fest, die Steuern um 16 Milliarden Euro zu senken. Auch Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) schloss Steuersenkungen nicht aus. Voraussetzung seien Einsparungen an anderer Stelle. Er lehnte es aber weiterhin ab, einen konkreten Weg aus der aktuellen Schuldenkrise aufzuzeigen.

Die Koalition setzt damit ihre Taktik fort, vor den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen am kommenden Sonn-

ntag konkrete Aussagen zu einem unausweichlich notwendigen Sparpaket zu vermeiden – aus Furcht, dadurch die Mehrheit des schwarz-gelben Bündnisses im Bundesrat zu gefährden.

Zwar steigen die Steuereinnahmen in den kommenden Jahren um insgesamt 50 Milliarden Euro an. Jedoch nimmt der Staat erst 2013 wieder so viel Geld ein wie vor der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008. Das liegt an den Folgen der schweren Rezession. Aber auch Beschlüsse der Koalition schmälern die Einnahmen des Staates nachhaltig. Das Regierungsbündnis hatte zu Beginn des Jahres die Steuern für Firmen und Hoteliers gesenkt und das Kindergeld erhöht.

Für die Gemeinden hatten die Steuerschätzer besonders schlechte Nachrichten. Sie werden etwa zwölf Milliarden

Euro weniger einnehmen als bislang erwartet. Der Deutsche Städte-Tag sprach von einer dramatischen Finanzlage, in der es absolut keinen Spielraum für Steuersenkungen gebe.

Nach Schäubles Wollen wollen die Sparten der Koalition bis Mitte Juni ein Sparpaket schnüren. Damit werde Finanzminister müsse er die Rahmenbedingungen beschreiben. Nach seinen Worten haben daher eine Vereinfachung der Steuererklärung und eine Reform der kommunalen Finanzen Vorrang vor Steuersenkungen.

Schäuble sagte, es sei nicht seine Aufgabe, Vorschläge zu unterbreiten. Als Finanzminister müsse er die Rahmenbedingungen beschreiben. Nach seinen Worten haben daher eine Vereinfachung der Steuererklärung und eine Reform der kommunalen Finanzen Vorrang vor Steuersenkungen. Der SPD-Finanzexperte Carsten Schneider sagte, Kanzlerin Angela Merkel stehe angesichts der Ergebnisse der Steuerschätzung vor dem Scherbenhaufen ihrer Politik. Die Koalition müsse sagen, wie sie wieder von den Rekordschulden runter

THEMA DES TAGES

Drei Menschen starben in Athen bei Protesten gegen das drastische Sparprogramm, das dem Land verordnet wurde. In der EU-Führung wächst die Skepsis: Mutet man den Griechen zu viel zu? In Deutschland ist der-

Griechenland: Wer zahlt die Rechnung?

weil ein parteipolitischer Streit über die Griechenland-Hilfe entbrannt. Die Regierungskoalition konnte sich

mit der SPD nicht auf ein gemeinsames Vorgehen einigen. Der Grund: Vor den Wahlen in Nordrhein-Westfalen wollen die Sozialdemokraten nicht geradestehen für ein Rettungspaket, das äußerst unpopulär ist.

Aktuelles Lexikon

Enthaltung

Zur Grundausstattung eines jeden Abgeordneten im Bundestag gehört auch ein Set aus farbigen Plastikkarten. Neben dem Namen des Politikers tragen die blauen Karten den Aufdruck „Ja“ die roten „Nein“ und die weißen „Enthaltung“. Benutzt werden sie bei namentlichen Abstimmungen. Die Möglichkeit, sich zu enthalten, ist in der Geschäftsordnung des Bundestags ausdrücklich erwähnt. Die SPD hat angekündigt, sich bei der Abstimmung zum Rettungspaket für Griechenland zu enthalten. Eine Enthaltung ist nicht immer neutral – je nach Abstimmungsverfahren wirkt sie sich unterschiedlich aus. Wird für einen Antrag nur eine Mehrheit der abgegebenen Stimmen benötigt, machen die Ja- und Neinstimmen das Rennen unter sich aus. Wer sich enthält, zählt schlicht nicht. Enthaltungen kommen aber einem Nein gleich, wenn sie dazu beitragen, dass der gestellte Antrag nicht die Mehrheit erzielt, also abgelehnt wird. Bei einigen Wahlen, wie der des Kanzlers, wird die Mehrheit der Mitglieder des Bundestags verlangt. Wer sich enthält, unterstützt dann automatisch das Nein-Lager. Im Plenarsaal gibt es sogar eine Tür mit der Aufschrift „Enthaltung“. In der Regel stimmen die Abgeordneten mit Handzeichen ab. Ist das Ergebnis unklar, gibt es den sogenannten Hammelsprung: Die Abgeordneten verlassen den Saal und betreten ihn erneut durch eine von drei Türen, die für Ja, Nein oder Enthaltung stehen. inra

Raus aus den Kartoffeln

Wie sich Union, FDP und SPD am Vortag der Entscheidung selbst desavouieren und dabei ein absurdes Schauspiel aufführen

Von Stefan Braun, Susanne Höll und Daniel Brössler

Morgens um acht ist die Welt noch in Ordnung. Die Welt jedenfalls, die normalerweise im Bundestag herrscht mit ihren klaren politischen Fronten. Hier die Koalition, die sich stark genug fühlt, um die Griechenland-Hilfe am Freitag allein durchs Parlament zu bringen. Dort die Sozialdemokraten, die den Kurs der Enthaltung für den richtigen halten. Und daneben die Grünen, die zwar Opposition sind, aber in Zeiten solcher Not nicht Nein rufen möchten. Bis in die Nacht hatten sie noch um eine Entschließung gerungen, die als gemeinsame Willenserklärung auch ein gemeinsames Abstimmen bei der Griechenland-Rettung ermöglichen sollte. Getrennt aber hat man sich im Streit, mit einer eindeutigen Klarung der Fronten.

Derart entschlossen treten um acht Uhr am Donnerstagmorgen die Fraktionen zusammen. Nur eine Stunde später hat sich Welt ein klein wenig verschoben. Wie zu kommen konnte, wird hinterher von jeder Seite anders beschrieben. Sicher ist nur, dass aus den Sitzungen heraus die unterschiedlichsten Informa-

Gabriel schickt eine SMS an Merkel: das Angebot für neue Verhandlungen.

nen dringen. Aus der SPD ist zu vernehmen, dass sie sich für Enthaltung entschieden hat, aber bei nicht wenigen die Bedenken steigen, dass das keine gute Botschaft sein könnte. Aus der Unionsfraktion ist zu hören, dass man nun entschlossen sei, aber schon auch verärgert, dass die FDP eine gemeinsame Entschließung mit SPD und Grünen verhindert habe. Und aus der FDP ist in Erfahrung zu bringen, dass die Schuldzuweisung aus der Union alle erst ärgert und dann verunsichert. Ganz alleine schuld sein – das will keiner, das klingt nicht gut kurz vor der wichtigen Landtagswahl am Sonntag.

Was dann passiert, ist aus vielerlei Hinsicht ein seltenes Schauspiel: Erst schickt SPD-Chef Sigmar Gabriel Bundeskanzlerin Angela Merkel in die Unionsfraktion eine SMS, in der er – grob zusammengefasst – die Botschaft sendet, er könne sich schon vorstellen, vielleicht nochmal einen letzten Anlauf für eine gemeinsame Entschließung zu unternehmen. Die Kanzlerin, ohnehin stets für eine solche Gemeinsamkeit werbend, simst wohl überrascht ihren Vizekanzler Guido Westerwelle an, ob man nicht vielleicht doch nochmal einen Ver-



Die Kanzlerin, allein mit dem Griechenland-Paket: Die Sozialdemokraten widerstehen Angela Merkels Werben.

Foto: photothek.net

such unternehmen wolle. Es folgt eine innerdeutsche Pendeldiplomatie zwischen den Fraktionen. Kanzleramtsminister Roland Pofalla besucht die FDP-Fraktion, mehrmals schaut der FDP-Geschäftsführer Jörg von Essen in der Unionsfraktion vorbei – und zum Finale besuchen Westerwelle und Gabriel Angela Merkel im Büro des Unionsfraktionschefs Volker Kauder. Alle drei beugen sich über einen handgeschriebenen Zettel, alle drei vereinbaren, es doch noch einmal sehr ernsthaft gemeinsam zu versuchen. Die gemeinsam gefundene Formel: Deutschland werde sich im internationalen Rah-

men daft einsetzen, dass die Vorschläge des Internationalen Währungsfonds zur Beteiligung des Finanzsektors an den Kosten der Krise umgesetzt werden.

Der Grund für diese Annäherung: Alle drei sind mulmig mit ihren getrennten Positionen, alle drei wollen angehiebts der psychologischen Wirkung am liebsten am Freitag doch gemeinsam abstimmen. Es ist kurz nach zehn am Donnerstag, eine gute Stunde sind die Emissionen unterwegs gewesen – da sieht alles daran aus, dass Union, FDP und SPD nun doch noch gemeinsame Sache machen. Damit setzt sich bei allen drei die Auffas-

sung durch, dass es sowohl bei der deutschen Bevölkerung wie auch im Ausland besser ankommen dürfte, bei einem so wichtigen Gesetz wie der jetzt zur Rettung des Euros nötigen Griechenland-Hilfe gemeinsam zu marschieren.

Was folgt, ist ein Arbeitsauftrag: Die Fraktionsführungen sollen den präzisen Text für eine gemeinsame Entschließung als Brücke für eine gemeinsame Zustimmung zum Rettungspaket in den nächsten Stunden ausformulieren. Und die Fraktionen? Sie gehen auseinander – ihre Fraktionsgeschäftsführer sollen letzte Details klären.

Nun wäre eigentlich alles auf einem guten Weg gewesen – hätte man das Gemeinsame auch gemeinsam bewertet. Stattdessen jedoch machen sich die Hauptkontrahenten von der FDP und von den Sozialdemokraten sofort daran, den jeweils anderen als jemanden zu beschreiben, der einknicken muss. SPD-Chef Gabriel und sein Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier erklären vor der Presse, die Koalition sei ihnen nun doch völlig überraschend entgegengekommen. Steinmeier spricht gar davon, ein Tabu der Koalition sei „endlich gebrochen worden“. Endlich, so die beiden unisono, sei der Weg of-

Gen das passiert schließlich. Als die SPD-Oberen erfahren, dass die FDP die morgendliche Annäherung als gönnerhaftes Geschenk gegenüber schwächeren Sozialdemokraten einordnet, platzt ihnen der Kragen. „Stinksauer“ seien sie, heißt es später. Gabriel erklärt den Versuch, doch noch zusammenzukommen, für tot und erledigt. So endet ein absurd Tag, wie er anfangt: mit klaren Fronten. Die FDP zeigt auf die SPD, die SPD auf die FDP. Und einer aus der Spalte der Unionsfraktion kommentiert das Verhalten der beiden ziemlich eindeutig: „Mit zwei Quartalsirren kann man nicht zusammenkommen.“

Die harte Hand der Versöhnung

In Europa wächst die Sorge, das verordnete Sparpaket könnte Griechenland in die Revolution treiben – vom Krisengipfel soll jetzt ein Zeichen der Solidarität ausgehen

Von Cerstin Gammelin

Schon wieder ein EU-Gipfel. Müssen die Staats- und Regierungschefs der 16 Euroländer an diesem Freitag in Brüssel wirklich gemeinsam zu Abend essen, nur um anschließend mit einer gemeinsamen Erklärung zu versichern, dass nun aber wirklich und endgültig alle Partner dem griechischen Hilfspaket zugestimmt hätten? Viele EU-Diplomaten waren sich bis Mitte dieser Woche einig: nein, eigentlich nicht, es ist doch alles klar.

Dann forderten die gewaltigen Proteste der Griechen gegen die harten Sparmaßnahmen drei Tote. Das Land der Hellenen erstarnte, und in Brüssel wichen die großerleichterung über das nach wochenlangen Verhandlungen geschnürte europäische Hilfspaket deutlicher Katerstimmung. Sind die Auflagen zu hart? Können die griechischen Proteste so weit füh-

ren, dass die Regierung kippt und der ganze Rettungsplan hinfällig wird? Plötzlich bekommt der für überflüssig gehaltene Gipfel eine neue Bedeutung. „Das ist jetzt ein Krisentreffen“, sagt ein hoher Diplomat eines konservativen liberalen Regierten Eurolands. Die wichtigste Botschaft des Gipfels müsse sein, der griechischen Bevölkerung zu signalisieren: Wir sind solidarisch mit euch. „Es darf natürlich keinerlei Abstimmung an den Spar- und Reformplänen geben, aber die Euroländer sollten den Griechen helfen, diese umzusetzen“, sagt Zugleich forderte der Präsident der Sozialistischen Partei Europas, Poul Nyrup Rasmussen, die Staats- und Regierungschefs auf, sich „menschlich hilfsbereit“ zu zeigen. Es könne „gefährlich“ werden, würden die Griechen mit ihren Auflagen alleingelassen.

Bedenken, dass der von der EU-Kommission, dem Internationalen Währungs-

fonds, der Europäischen Zentralbank und der griechischen Regierung vereinbarte Spar- und Reformplan viel zu hart sei – und deshalb von der Bevölkerung abgelehnt werden könnte, gibt es überall. EU-Kommissar Karel De Gucht bat die Europäer am Mittwoch, darauf aufzupassen, „dass in Griechenland keine revolutionäre Stimmung entsteht, die alle Pläne wieder zunichte macht“. Im Europäischen Parlament warnte der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Daniel Cohn-Bendit, davor, Athen zu überfordern. Was jetzt an Reformen mit dem griechischen Premierminister Papandreou vereinbart wurde, sei fast unmöglich. „Frankreich und Deutschland gelingen seit Jahren die Reform ihres Rentensystems nicht, und Papandreou soll das jetzt in drei Monaten schaffen“, sagte Cohn-Bendit. Es dürfe keinesfalls nur Finanzorganisationen überlassen wer-

den, die griechische Bevölkerung durch die Reformen zu begleiten. „Hier geht es um Menschen, hier geht es um Lohnabhängige“, sagt der Grüne. Der für soziale Belange wie Kündigungsschutz und Arbeitsrecht zuständige Kommissar müsse den Griechen besondere Hilfe anbieten.

Auch dem deutschen Finanzminister Wolfgang Schäuble schwant längst, wie schwer es seinem Ressortkollegen in Athen fallen dürfte, alles umzusetzen, was zugesagt wurde. Am Sonntag vergangener Woche, als die Finanzminister der Euroländer in Brüssel das ausgehandelte Sparpaket billigten, sprach Schäuble von „einschneidenden Maßnahmen“. Innerhalb eines Jahres müsse die griechische Regierung die Neuverschuldung um 6,5 Prozentpunkte reduzieren, das sei „beinahe unvorstellbar“. Das habe noch keine Regierung gemacht. Und insgesamt müsse die Regierung in

Athen innerhalb von drei Jahren so lange weniger Geld ausgeben oder mehr davon einnehmen, bis sie insgesamt 30 Milliarden Euro eingespart habe. Das entspricht etwa 13 Prozent der Wirtschaftsleistung.

Auf deutsche Verhältnisse umgerechnet würde das bedeuten, dass bis 2014 etwa 300 Milliarden Euro einspart werden müssten, jedes Jahr also 60 Milliarden Euro. Dass die Griechen das schaffen, ist ebenfalls unvorstellbar. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt auf dann 20 Prozent ließe die Einnahmen lediglich um acht Milliarden Euro steigen, das würde also nicht reichen. Die Bundesregierung käme in dem theoretischen Fall wohl kaum daran vorbei, vor allem Investitionen zu streichen. Das könnte sie im Bundesverkehrsministerium, das insgesamt 26 Milliarden Euro ausgeben darf. Doch selbst wenn

das Ministerium komplett abgeschafft würde, wäre Schäuble nicht am Ziel.

Experten des Weltwährungsfonds hatten übrigens schon zu Beginn der Verhandlungen über das griechische Sparpaket zu bedenken gegeben, die harten europäischen Forderungen könnten das Land überfordern. Offensichtlich vergebens, denn das vorliegende Sparpaket verlangt deutlich mehr als damals auf dem Papier stand. Die Chefs der Euroländer werden es am Freitagabend vermutlich absegnen und damit den Weg frei machen, um die bilaterale Notkrediten auszuholen. Ob die griechische Bevölkerung damit beruhigt werden kann, darauf will in Brüssel niemand wetten.

SUEDDEUTSCHE ZEITUNG (USPS No. 0541550) is published daily except Sunday and holidays by Süddeutsche Zeitung GmbH. Subscription price in the USA is \$ 590 per annum. K.O.P. German Language. Postage paid at Newark, NJ 07105. Periodicals postage is paid at Englewood, NJ 07631 and additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to: SUEDDEUTSCHE ZEITUNG, GLP, PO Box 9868, Englewood, NJ 07631

Außenansicht

Jetzt gibt's die Quittung

Die Griechen lernen den Wert von Zahlungsbelegen kennen – und staunen über die Deutschen, die doch immer Freunde waren

Von Jens Bastian

ken über die Leistungsfähigkeit seiner Volkswirtschaft abgegeben habe. Von „Falschverkäufern“ war die Rede, als die Statistikbehörde unter der Vorgängerregierung des konservativen Ministerpräsidenten Kostas Karamanlis im Jahr 2009 Defizitzahlen nach Brüssel meldete, die mit der Wirklichkeit rein gar nichts zu tun hatten. Diese Kritik am sorglosen, irreführenden Umgang mit Zahlen ist einerseits berechtigt. Andererseits übersieht sie ein zentrales Element der gesellschaftlichen Entwicklung.

Diejenigen, die von der Regierung am meisten angelegen wurden, sind die Griechen selber. Und nun sollen sie auch noch dafür bezahlen. Die am meisten benutzten Vokabeln beim Generalstreik am Mittwoch waren „Diebe“ und „Gaukler“. Diese wurde nicht nur den Parla-

mentsabgeordneten am Syntagma-Platz entgegengeschleudert, sondern ebenso an jede Wand von Banken und Versicherungsgebäuden in der Athener Innenstadt geschmiert. Gleichwohl: Die Griechen können sich nicht einfach als Opfer sehen. In den vergangenen zwei Jahrzehnten waren viele Mitglieder der Zivilgesellschaft doch Opfer und Mittäter zugleich. Es wird nun viel zu schnell verdrängt, wie verbreitet Korruption und Steuerhinterziehung waren. Der griechische Industrieverband gibt an, dass dem Staat jährlich 23 Milliarden Euro durch Steuerhinterziehung entgehen. Wie ist so etwas möglich? Und wie lässt sich das ändern? Nur mal ein Beispiel, das die Dimension des Problems zeigt: 324 Bürger aus den nördlichen Vororten Athens gaben im Jahr 2009 in ihrer Steuererklärung an, einen Swimmingpool zu

besitzen. Nur 324. Weil die Sommer heiß und lang sind in Athen, wurden die Behörden misstrauisch. Sie fingen an, Satellitenbilder der Wohngebiete zu studieren, um herauszufinden, wie hoch denn tatsächlich die Zahl der Swimmingpool-Besitzer ist. Das Resultat: 16 974. Die Steuererhöhungen sind bereits eingeleitet worden.

Was sagt so etwas über die Fähigkeit der griechischen Gesellschaft zur Umkehr aus? Die wachsende soziale Bewegung der Quittungssammler ist ein Beispiel dafür, dass der einsetzende Mentalitätswechsel nachhaltig sein könnte. Im Zuge umfassender Steuererhöhungen gilt seit März die Regelung, bei allen Käufen und Verkäufen rechtlich gültige und vollständige Quittungen elektronisch auszustellen. Was in Deutschland wie eine Selbstverständlichkeit erscheinen mag – in Griechenland war dies bisher nicht üblich. Wie oft kam es vor, dass es beim Tanken keine Quittung gab (und die Leute tolerierten dies bereitwillig). Der Taxifahrer bemühte die Ausrede, er habe das erforderliche Gerät nicht einzubauen können. Beim Arzt wurde bar bezahlt, danach verschwand das Geld umstandslos in dessen Schublade; Quittung: keine.

Dem Ministerpräsidenten Giorgos Papandreou ist nun ein kluger Zug gelungen. Die neuen Steuerregelungen sehen vor, dass Griechen ihre Quittungen bei

der Steuererklärung einreichen können. Mit anderen Worten: Die Bürger sollen ein Eigeninteresse daran entwickeln, nur noch Geschäfte zu machen, an denen auch das Finanzamt beteiligt ist. Der Nebeneffekt dieser Politik: Die Steuerbürger agieren auch als dessen verlängelter Arm, wenn sie auf eine Quittung bestehen, die auch den Mehrwertsteuer-Bertrag ausweist.

Es gibt berechtigte Zweifel (in Griechenland und im Ausland), wie tief solche Veränderungen in der Gesellschaft verankert werden können. Was allerdings bei den meisten Bürgern außer Frage steht, ist die Einsicht: So wie bisher konnte es nicht weitergehen. Große Teile der Gesellschaft sind mental bereits viel weiter als etliche Vertreter von Interessengruppen. Nach Meinung der allermeisten Gewerkschafter zum Beispiel



Jens Bastian, 50, ist Ökonom bei der unabhängigen Denkfabrik ELLIAMEP (Griechische Stiftung für Europäische und Auswärtige Politik) in Athen. Sie erhält Mittel unter anderem von Regierung und EU. Foto: oh

liegt die Ursache für die Krise in den internationalen Spekulationen gegen Griechenland und in verantwortungslosen Banken. Dieses eindimensionale Weltbild verlangt konsequenterweise nach einer simplen Lösung: Die Banken sollen zahlen. Den griechischen Gewerkschaftern ist es bisher nicht gelungen, eine neue Sprache zu lernen, die ihre Mitverantwortung für die Krise und ihren Beitrag zu deren Lösung zeigen würde. Während ihr Obstruktionspotential in einigen Branchen vor allem im öffentlichen Dienst erheblich ist, lässt sich seit einigen Monaten beobachten, dass ihre Mobilitätsfähigkeit eher stagniert – auch wenn sie am Mittwoch in Athen Zehntausende auf die Straße brachte.

Viele Menschen sind derzeit damit beschäftigt, finanziell irgendwie durchzukommen. Ihnen stellt sich das Problem, trotz Gehaltskürzungen und Steuererhöhungen weiter die Hypothekenrate oder das Schulgeld für die Kinder zu begleichen. Um solche elementare Fragen geht es nun in Alltagsgesprächen, weniger um die Teilnahme an Streiks und Demonstrationen. In diesen Gesprächen wird auch die Bereitschaft erkennbar, Abschied zu nehmen von einer Realitätsverweigerung, die viel zu lange angedauert hat. Viele Griechen erkennen den Ernst der Lage. Was sie zur Selbsterkenntnis am allerwenigsten brauchen, sind ehrabschneidende Schlagzeilen und Belehrungen des deutschen Boulevard.

Keinen Schritt weiter

„Kann eine Gesellschaft sich selbst zerstören? Und ob!“ Nach dem Chaos und der Gewalt in Athen schauen die Griechen entsetzt auf ihr Land. Und sie wissen: Sie stehen jetzt direkt vor dem Abgrund.

Von Kai Strittmatter

Athen – Rot, knallrot steht es da: „Meine Heimat macht Furcht“. Ein Graffiti, schnell hingesprayed. Der Abgrund. „Das Land hat den Rand des Abgrunds erreicht“, hat der Staatspräsident soeben gesagt. Noch einen Schritt, ein einziger

Tief durchatmen. Es brennt. Im Hals und in den Augen. Tränen liegen in der Luft, noch jetzt, Stunden nach der Demonstration. Gleich setzt die Dunkelheit ein. Auf der Straße ein zertretener Müllimer, Scherben. Eine Frau, die eingesunken in einem Hauseingang sitzt und stumm schluchzt. Hinter der Kette der Polizisten steht ein Bürgerhaus, neoklassisch mit schmiedeeisernen Balkonen. Die eingeschlagenen Fenster pechschwarze Höhlen. Hier starben die Drei. Auf den heruntergelassenen Läden des Hauses daneben, in krakeligem Schwarz dieser Satz: „Wir schweigen nicht, wir führen Krieg.“ Daneben das Anarcho-A. In die Fenster rechts warfen sie die Molotowcocktails, auf die Fenster links kritzelten sie, in großen Lettern: „Meine Heimat macht Furcht“.

Vangelis heißt er, sagt der Polizist in Zivil, der die Ecke bewacht. Er ist ernst. „Die Europäer denken, dass wir verrückt

Früher, sagt ein alter Mann, war das Land klein und arm, aber wenigstens respektiert.

sind. Dass wir nicht bezahlen wollen, dass wir stattdessen auf die Straße gehen, Banken anzünden und Menschen töten. Aber Sie sollten nichts Schlechtes über die Demonstranten schreiben. Sie waren friedlich. Es war mutig von ihnen.

Bis diese Provokateure alles kaputt machten.“ Er holt tief Luft. „Die Leute haben Angst. Sie werden bald hungrig. Sie verdienen nicht halb so viel wie ihr in Deutschland. Und es trifft die, deren einzige Schuld es war, immer dieselben Parteien an die Macht gewählt zu haben.“

Drinnen, in der Bank, traf es zwei junge Frauen und ein Mann. Die eine war schwanger, im vierten Monat, sie hatte eben erst um ihre Versetzung von London nach Athen gebeten. Erstickt und verbrannt. Draußen, sagen manche Zeugen, waren es zwei Jungen und ein Mädchen. Vermummt. Das Mädchen nahm die Flasche aus ihrer Tasche, die Jungen schlugen die Scheiben ein und warfen den Molotowcocktail hinein. „Das war Mord“, sagt der Schriftsteller Takis Theodoropoulos. Auf der Straße schüttelt eine Frau, Verkäuferin im Herrenbekleidungsgeschäft „Strogilos“, den Kopf. „Verrückt. Die hatten geöffnet. Eine Bank. An so einem Tag. In dieser Straße.“ Es war klar, dass der Demonstrationszug hier vorbeikommen würde. „Unser Geschäft war verrammelt, wir waren über den ganzen Tag da, um Plünderungen zu verhindern“, erzählt die Verkäuferin. Die Vermummten seien „aus den Gasen“ hervorgestürzt: „Blitzschnell. Als sie das Feuer gelegt hatten, haben die anderen Demonstranten gebaut und sie weggestoßen.“ Die Medien erreichte am

Journalisten gilt der Hass im Besonderen. Mitte April erst griffen die Autonomen von Exarchia ein deutsches Fernsehteam an und prügeln den Kameramann mit einem Cafetisch krankenhausreif, bevor sie die Kamera zerstörten und damit abhauen. „Ich war schon in vielen brenzligen Situationen, und unser Tonmann hat schon im Irak gearbeitet“, sagt die SWR-Journalistin Wiltrud Kremer: „Aber so etwas hatten wir noch nie erlebt. Das war blinde Gewalt. Ohne jede Vorwarnung.“ Und keiner wollte helfen. „Ich dachte, das ist unser Ende“, erinnert sich die griechische Übersetzerin des Teams. „Die Kellnerin in dem Café, in das wir uns geflüchtet hatten, wollte uns hinauswerfen. Alle hatten Angst. Die Polizei traut sich nicht nach Exarchia.“

Die Presse gilt als Büttel des Systems. „Das ist nun auch ein psychologisches Problem“, sagt Tasos Teloglou, ein Athene-

Donnerstag ein anonyme Brief einer angeblichen Angestellten der Marfin-Bank. In dem Brief heißt es, die Bank habe sich ihr Feuersicherheitszertifikat mit Schmiedgeld erkauf. Und an dem Tag der Demonstration habe die Filialeitung den Angestellten verboten, nach Hause zu gehen.

„Wir haben einen Blick in Griechenlands Zukunft geworfen“, sagte nach dem Anschlag Alexis Tsipras, der Vorsitzende der Syriza, der parlamentarischen Linken. Einer derer, die schon seit Wochen einen „Volksaufstand“ fordern. Ein düsteres Prophezeiung. Wird er recht behalten? Oder hält das Land inne, besinnt es sich? Oder kommt nach der Finanzkrise nur der „soziale Bruch“, den Takis Theodoropoulos, Schriftsteller und Vorsitzender des Nationalen Buchzentrums fürchtet. „Wir leben in Ruinen“, sagt der Autor. „Wir müssen Griechenland aus dem Nichts neu aufbauen.“ Er sagt, er schäme sich. „Vor 40 Jahren waren wir klein und arm, aber respektiert. Nun haben wir unsere Ehre verloren.“ Das griechische Grundübel – der kranke, schwache Staat – hat dem Land viele Geschwüre beschert, nun hat sich eines wieder mit aller Macht in den Vordergrund gedrängt: „Wir leiden an einer Toleranz der alltäglichen Gewalt.“

Es gibt rechtsfreie Räume. Das Universitätsasyl etwa, einst gemeinsame Erbe der Militärdiktatur: Randalierer und Brandstifter, die auf einem Uni-Campus fliehen, darf die Polizei nicht verfolgen. Oder Exarchia, ein alternatives Viertel im Zentrum, das nicht nur Intellektuellen und Künstlern beliebte Heimat ist, sondern auch all denen, die sich Anarchisten und Autonome nennen.

Von wegen Revolutionäre, sagt Sotí Triantafyllou, eine Schriftstellerin, die in Exarchia wohnt, kein Blatt vor den Mund nimmt und deshalb wütende Drogungen erhält: „Reaktionäre Fundamentalisten“ seien das. Ihr letzte Lesung in Exarchia wurde von Eierwerfern gesprengt, die ihr zufliegen, sie solle „abhauen nach Kolonaki“, wo die Reichen wohnen. Die verumumten Randalierer von Exarchia waren es auch, die im Dezember 2008 das Zentrum von Athen in Brand steckten – unter dem heimlichen Beifall nicht weniger, die sich im Zorn auf das System mit den Brandstiftern einig wussten.

Journalisten gilt der Hass im Besonderen. Mitte April erst griffen die Autonomen von Exarchia ein deutsches Fernsehteam an und prügeln den Kameramann mit einem Cafetisch krankenhausreif, bevor sie die Kamera zerstörten und damit abhauen. „Ich war schon in vielen brenzligen Situationen, und unser Tonmann hat schon im Irak gearbeitet“, sagt die SWR-Journalistin Wiltrud Kremer: „Aber so etwas hatten wir noch nie erlebt. Das war blinde Gewalt. Ohne jede Vorwarnung.“ Und keiner wollte helfen. „Ich dachte, das ist unser Ende“, erinnert sich die griechische Übersetzerin des Teams. „Die Kellnerin in dem Café, in das wir uns geflüchtet hatten, wollte uns hinauswerfen. Alle hatten Angst. Die Polizei traut sich nicht nach Exarchia.“

Die Presse gilt als Büttel des Systems. „Das ist nun auch ein psychologisches Problem“, sagt Tasos Teloglou, ein Athene-



Viele Polizisten haben Verständnis für die Demonstrationen, zumindest für die friedlichen, wie hier vor dem Parlament in Athen.

Der linke Aktivist, der sich eine „Revolution“ herbeisehnte, der rechte Hotelbesitzer, der mit ihr drohte, der Taxifahrer und die Gemüsefrau, die sich nach der Militärdiktatur zurücksehnen: weil damals Ordnung herrschte, weil das Land seine Schulden hatte und weil die Obrigkeit jedem Bauer eine Kuh schenkte.

Noch bekommen die extremen Parteien in den Umfragen nur wenig Stimmen. Und noch steht die Mehrheit, so schockiert und resigniert sie ist, hinter Papandreu. Aber ja, er habe Angst vor Extremismus, sagt Giannis Panagopoulos, Chef der Gewerkschaft GSEE: „Aus Finanzkrisen sind vor allem die extremen Rechten immer gestärkt hervor gegangen.“

Alles wird nun von allen in Frage gestellt, nur keiner stellt sich selbst in Frage.

gen. Sehen Sie sich Ungarn an. Ist Katharsis nicht ein griechisches Wort, Herr Panagopoulos? „Wir haben eine Chance“, erwidert er, „aber dazu müssten die Akteure des politischen Systems – die Politiker, die Justiz, die Journalisten – sich radikal von ihrer Vergangenheit distanzieren, sich selbst verleugnen.“

Interessanterweise fehlen in der Aufzählung des Gewerkschaftschefs die Gewerkschaftsfunktionäre. Auch sah seine Organisation nach den Morden keinen Anlass, ihre für Donnerstag geplanten Proteste abzusagen und stattdessen etwa einen Schweigemarsch zu veranstalten. „Alles, aber auch alles in Griechenland wird im Moment in Frage gestellt“, hatte einer gesagt. Nur sich selbst scheint noch keiner in Frage zu stellen.

Der Abgrund. Die Stunde Null. Gibt es jetzt ein Wir-Gefühl? Eine Frage an die Alten, die in ihrem Leben schon Schlimmeres erlebt haben. Anastasios M. ist 69, ein pensionierter Schuhhändler. Er bewundert Premier Papandreu als „Ehrenmann und Patriot“ und sagt dennoch: „Das Wir gibt es schon – in dem Satz, Wo werden wir bloß enden? Unsere Kinder? Unsere Enkel? In was für eine Welt haben wir sie gesetzt?“ Nikola L. eine pensionierte Philologin sagt, sie empfände heute ein Gefühl der Scham, der Demütigung und der Schwäche. „Ich bin fast 70 Jahre alt und zu schwach, um zu protestieren. Dafür gehen meine Kinder auf die Straße. Wir älteren Leute, wir brauchen ja nicht viel.“ Sie kann die Tränen nicht zurückhalten. „Aber meine beiden Kinder sind Mitte 30 und stehen vor dem beruflichen Aus mit den Kürzungen. Die Träume der Jungen, sie verbrennen in den Maßnahmen. Ich fürchte, die Gewalt kehrt es zurück, und keiner soll dann mit dem Finger auf die Jungen zeigen.“

Doch, er hege noch Hoffnung, sagt Takis Theodoropoulos, der Schriftsteller. „Der Weg hinaus wird auf alle Fälle lang und schmerzlich. Aber am Anfang muss zunächst einmal die Einsicht stehen – und ich fürchte, so weit sind viele noch immer nicht.“ Und wenn die Pessimisten Recht behalten? „Dann bekommen wir hier Krieg. Ich spreche nicht von einem Bürgerkrieg zweier Parteien. Ich rede von einem Krieg aller von aller.“

Der große Hunger

Nordrhein-Westfalen eignet sich bestens für diebrisanten politischen Themen unserer Zeit. Aber: weit gefehlt. Ein kleines Tagebuch aus den letzten Tagen vor der Landtagswahl.

Von Hans Leyendecker, Dirk Graalmann und Johannes Nitschmann

Montag

Essen – Um 9.49 Uhr setzt sich auf Gleis vier des Kölner Hauptbahnhofs der Regional-Express 10115 Richtung Ruhrgebiet in Bewegung. Unter den Reisenden: der Politologe Claus Leggewie, seit 2007 er Direktor des Kulturwissenschaftlichen Instituts in Essen. Es gibt, sagt Leggewie, „Unlust an der Berufspolitik“. Kontroversen? Die gibt es nicht. Leggewie wundert sich, wo die großen Themen in diesem Wahlkampf diskutiert werden: „Wie schafft man hochqualifizierte Migranten ins Ruhrgebiet, wie hält man Ingenieure und Kreative an Rhein und Ruhr? Wie



Die Angreiferin: Kandidatin Kraft

Foto: Reuters

hält man die bankrotten Städte lebenswert?“ Der 60-jährige Professor hat in Paris, Wien, New York, Berlin gelehrt. Er versteht von Migration und Multikulturalismus eine Menge. „Der politische Betrieb hängt weiter hinter dem Mentalitätswandel der Gesellschaft zurück“, sagt er. Vor 23 Jahren hat Leggewie ein Buch veröffentlicht mit dem Titel „Der Geist steht rechts. Ausflüge in die Denkfabrik der Wende“. Leggewie: „Ich war für eine Koalition der Geißler-CDU mit dem aufgeklärten grünen Bürgertum.“ Das war damals etwas Weltfremd.

Geboren wurde Leggewie in Wanne-Eickel, das heute Herne 2 heißt. Damals hatten die Betonköpfe der Ruhrgebiet-SPD das Sagen. Aufgewachsen ist er im Rheinland. Sein Vater, ein „stockkonserватiver Gerechtigkeitsfanatiker“, leitete das Kölner Apostelgymnasium; die Schu-

le Konrad Adenauers, die später auch der junge Leggewie und Jürgen Rüttgers besuchten: „Er war zwei Klassen unter mir.“ In Erinnerung hat Leggewie einen „schmalen Jungen im weißen Unterhemd“, der „im Fußball seine Berufung nicht gesehen hat“. Andere Mitspieler berichten, Rüttgers sei auf dem Platz hinter den Torposten abgestellt worden.

Leggewie hat nichts gegen den Ministerpräsidenten, wohl aber gegen „Kommunikationsberater, die auf öffentliche Wirkung zielen und sie himmelweit verfehren“. Und gegen die „rituellen Koalitionsabsagen“ mit denen „mündige Bürger für doof verkauft“ werden. Er sei bei seinen Wahlfahrt 2010 „windigen Technokraten“ begegnet, und einem „Publikum, das an den falschen Stellen klatschte“. Für „konkrete Utopien, wie man das Industrieland erhalten“ könne, indem man es beispielweise auf erneuerbare Energien umstelle, fehle es an „Mut“.

Dienstag

Gelsenkirchen – Tag eins nach der Mitteilung des Bundestrainers Joachim Löw, er werde den Torjäger von Schalke 04, Kevin Kuranyi, nicht mit zur Fußball-WM nehmen. Die Sachdebatte der Fans auf dem Schalker Trainingsgelände steuert dem Siedepunkt zu. Der Bundestrainer ist der Typ, der einen an der Murmel hat. Dabei war Schalkes Heimniederlage gegen Werder Bremen am vorigen Samstag noch schlimmer. Die Feinde aus Dortmund höhnen schon wieder: „Vizekönig“.

Andererseits: Jetzt ist der ordnungsgemäße Ablauf der Landtagswahl am Sonntag nicht mehr gefährdet. Wochentag hatte der SPD-Oberbürgermeister Frank Baranowski Notfallpläne vorbereitet. Vor elf Jahren wurde ein CDU-Mann zum Oberbürgermeister gewählt. Dann gelangte die SPD wieder knapp an die Macht – und beim letzten Mal wurde Baranowski mit 63,9 Prozent zum Oberbürgermeister wiedergewählt. Der Kandidat von der CDU war kein richtiger Gegner: ein ehemaliger Landrat aus dem Rheinland. Als Beruf gab er auf dem Wahlzettel „Bankdirektor“ an – das geht in Gelsenkirchen gar nicht. Baranowski nun, der immerhin dreiteilige Anzüge trägt, hat alle Schichten im Blick. Obwohl seine Partei im Rat die absolute Mehrheit hat,

sucht er den Konsens. Baranowski, der vermutlich noch nicht am Ende seiner Karriere in der SPD angekommen ist, staut über die Wiederauferstehung der Landespartei im Wahlkampf. Wie weit trägt der Wind?

Mittwoch

Wuppertal – Eine Rede von ciceronischem Format ist es nicht, die Jürgen Rüttgers auf dem Johannes-Rau-Platz vor der Kulisse des Wuppertaler Rathauses hält. Aber es ist eine ordentliche und vergleichsweise bissige Rede. Es geht um Korrekturen der Hartz-Gesetzgebung, um die von SPD und Grünen angestrebte Auflösung der Haupt-, Realschulen und Gymnasien und um die Griechenland-Krise. Wenn ihn vor den 2000 Zuhörern für einen Augenblick die Angriffswut packt, steht er wie ein Boxer vor dem Mikrofon. „Immer auf die Omme“, hatte einst sein Vertrauter Boris Berger geschrieben, wenn es gegen die Sozsen ging. Aus dem Ministerpräsidenten ist wieder ein Angreifer geworden. Seine Hintersassen und Seelenstreicher schauen am Rand der bläbblau ausgeschlagenen Kundgebungsbühne besorgt drein. War's das schon? Als es noch die große Koalition in Berlin gab, war ganz klar, dass die CDU 2010 an

denen sich Feuer entzündete. Dann konnte Angela Merkel wegen der Vulkanausbrüche nicht nach Neuss zu einer lange geplanten Wahlkampfveranstaltung, um für Rüttgers zu werben. Kein gutes Omen. Verbliebene Rüttgers-Vertraute spekulieren bis heute wie wild, dass der Kanzleramtsminister Ronald Pofalla für den Fall des Falles ihren Chef als Landesvorsitzender befreien werde. Pofalla hätte gerne auch eine Haussucht.

Drohendes Chaos, drohende Krise, drohender Schulkrieg – das sind die Pfeiler von Rüttgers’ Wuppertaler Drophrede.

Der beleidigte Unterton ist nicht zu überhören. Dabei redet er in der Heimatstadt des früheren sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Johannes Rau, des großen Versöhners und Brückenbauers. Rüttgers verehrt den verstorbenen sozialdemokratischen auf eine für einen Christdemokraten seltsame Weise. Es soll sogar die Idee von Rüttgers gewesen sein, den 100-Stunden-Wahlkampf-Endspurt auf dem Johannes-Rau-Platz einzuläuten. Er sieht seine Aufgabe im Vermitteln – wie einst Rau. Wenn die Menschen sich ängstigen im schnellen Wechsel der Verhältnisse, irre werden an der sich rapide verändernden Welt, dann ist er, der Landesvater, ja da.

Donnerstag

Köln – Rüttgers wird der „Arbeiterführer“ genannt, seine Herausforderin Hananor Kraft gibt sich als die Vorsitzende einer neuartigen „Kümmerer“-Partei, aber wer und was ist dann Pfarrer Franz Meurer von der katholischen Gemeinde Sankt Theodor im rechtsrheinischen Kölner Stadtteil Vingst? Er kümmere sich seit 18 Jahren um „Sozialraum-Gedöns“ sagt der 58-jährige Geistliche. Der Begriff „Gedöns“ meint zum einen, dass einer „nicht so ein Theater um etwas machen“ müsse. In Rheinischen steht das Wort auch für Zeug oder Kram. Also ist Meurer, den bunten Blätter gern die „Engel der Armen“ nennen, ein Krämer.

Sein Viertel ist in der Sprache der Politik ein „Problemviertel“. Von den 23 000 Einwohnern beziehen mehr als 5000 Sozialhilfe. 40 Prozent der unter 15-Jährigen leben in Armut. In NRW leben knapp 1,6 Millionen Hartz-IV-Empfänger. Schick-

sahlwahl? Von Schicksal ist die Abstimmung am Sonntag so weit entfernt wie die Vingster Realität von der Politik. Der Pfarrer mit den blauen Birkenstock-Sandalen und der Strickjacke sieht eine andere Wirklichkeit. Er kümmert sich einfach. In dem Bus-Anhänger, mit dem einer seiner Helfer durch das Viertel kariert, hat er Kinderspielzeug. Aus seiner Büchergabe darf jeder so viele Bücher mitnehmen, wie er tragen kann, eine Lebensmittelauflage gibt es, und in der Kleiderkammer ist vom Anzug bis zum Kommunikationskleid alles vorrätig. Auf die Kommunikationskleider ist der Pfarrer besonders stolz. Die größeren Größen muss er in Polen besorgen. „Für die dickeren Mädchen ist Kommunion sonst ja richtig Scheiße.“ Regelmäßig schickt er auch seine Hartz-IV-Truppe los, die Blumenbeete pflanzen



Der Engel: Pfarrer Meurer

oder Äste schneiden, weil das städtische Grundflächenamt zu wenig Geld und zu wenig Personal hat.

Als ein Beamter dem Pfarrer erklärte, dass man Probleme „strukturell lösen“ müsse, und es nichts nütze, wenn er Frikadellen verteile, sagte Meurer seelenruhig: Diese Analyse sei bestimmt richtig, aber das mit der Struktur dauere noch „und so lange brate ich Frikadellen.“

Politik weckt zwar Appetit, aber er stellt nicht immer den Hunger. Die Menschen in Vingst haben ihre Schwierigkeiten mit diesem Gehechel der Parteien. Bei der Kommunalwahl im Sommer vorigen Jahres gab nur noch jeder Dritte der Wahlberechtigten seine Stimme ab, in einem der Stimmbezirke nur jeder zehnte. Pfarrer Meurer ist seit 41 Jahren in der CDU. Hadert er manchmal mit seiner Partei? „Ja, jeden Tag“, sagt er fröhlich.

Schatten vor der Sonne

Von Wolfgang Roth

Auf dieses legislative Werk darf die deutsche Politik, dürfen die deutschen Wähler stolz sein. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz, kurz EEG genannt, hat dem Land in zehn Jahren seinen Pfad eröffnet, den über kurz oder lang alle Welt beschreiten muss. Am Ende steht die Vollversorgung mit erneuerbaren, letztlich immer von der Kraft der Sonne gespeisten Quellen – ein Weg, zu dem es keine Alternative gibt, weil die Reserven an Öl, Kohle, Gas und Uran endlich sind. Es ist ein mühsamer, ein langwieriger und teurer Weg, aber er ist unvermeidlich. Das EEG war und ist die treibende Kraft auf den ersten Etappen, deshalb folgten dem Beispiel viele Staaten über die Grenzen Europas hinaus.

Und dieses wunderbare Gesetz soll nun kräftig zurückgefahren werden? Ausgerechnet bei der Förderung des Solarstroms, die einen Boom ohnegleichen auslöste? Und das, obwohl die von allen Verbrauchern aufzubringende Vergütung für den Öko-Strom schon nach der bisherigen Gesetzeslage stufenweise sinken sollte? Kein Wunder, dass die Bundesregierung mit dieser Novelle kräftigen Ge-Genwind erntete und reichlich für Konfliktstoff innerhalb der Koalition sorgte.

Sie hat sich gleichwohl zu einem kräftigen Schnitt durchgerungen. Er ist nicht populär, aber deshalb noch nicht falsch, denn die Zuteilungssystematik des EEG

partiell nicht mehr so schlüssig. Der den Photovoltaik-Anlagen produzierende Strom bringt pro Einheit wesentlich mehr ein als der mit Windkraft erzeugte. Und obwohl neue Dachinstallationen und Solarparks auf den Freiflächen im vergangenen Jahr um 40 Prozent zunahmen, trugen sie gerade mal ein Prozent zur Stromerzeugung bei; sie stehen damit deutlich im Schatten der Windkraft. Das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln hat einen anderen Aspekt untersucht: Nach seiner Rechnung löst jeder für Windräder aufgewandte Euro zusätzliche private Investitionen in Höhe von mindestens 1,70 Euro aus. Dagegen übersteige die EEG-Vergütung, über die gesamte Laufzeit der Anlagen gerechnet, das Investitionsvolumen.

Solche Bilanzen sind nur ein Teil der Wahrheit, sie berücksichtigen nicht, dass jede neue Großtechnik einen kräftigen Anschub braucht. Die Kernernergie gäbe es ohne massive staatliche Förderung nirgendwo auf der Welt, und auch heute könnte kein Atomkraftwerk ohne Subventionen und Bürgschaften der öffentlichen Hand errichtet werden. Die Solarbranche beschäftigt in Deutschland ungefähr 60 000 Mitarbeiter, viele von ihnen im Osten. Binnen zehn Jahren ist dank des EEG ein blühender Wirtschaftszweig herangewachsen, der nun mit der

Absurdes Theater in Berlin

Drei Fraktionen des Deutschen Bundestages und mit ihnen die Bundesregierung haben sich am Donnerstag blamiert. Schlimmer noch: Union, FDP und SPD haben es mit ihrem Spektakel um den letztlich gescheiterten gemeinsamen Antrag zum Hilfspaket für Griechenland geschafft, dass auch beim letzten gutwilligen Menschen das Vertrauen in die Gestaltungskraft der Politik in Krisenzeiten vollende verlorenging.

Parteipolitisches Kalkül auf allen Seiten verhinderte, dass die drei Parteien den tief verunsicherten Menschen signalisierten, dass Regierung und Parlament im Kampf um Stabilität und Sicherheit tatsächlich Ernst machen und dem gefährlichen Treiben der Finanzspekulanten Grenzen setzen wollen. Weil die Sozialdemokraten das Wort Steuer unbedingt in den Text bringen wollten, die FDP das aber ablehnte und bereit war, in diesem

Pfälzer Affären-Gebräu

Die CDU in Rheinland-Pfalz kann froh sein, dass dort erst in einem Jahr geht, wenn sie steckt in einem übelsten Affären-Gebräu. Erst kam an Licht, dass in der Kasse der Landtagsfraktion über Jahre regelrechtes Chaos herrschte. Und nun ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts der Untreue. Das beschädigt nicht nur den neuen Hamburger Finanzsenator, der von den erstaunlich hohen und möglicherweise illegalen Zahlungen der Fraktion an seine Beratungsfirma profitierte. Es belastet auch den anstehenden Wahlkampf der CDU.

In dieser verworrenen Affäre ist bereits klar, dass eine Seite nicht die Wahrheit sagt. Nur eine Version kann stimmen: entweder die des früheren Fraktionschefs, wonach das Geld aus seiner Fraktionskasse zweckwidrig für den Wahlkampf der Partei floss. Oder

Referendum über das Misstrauen

Der Machtkampf in der Türkei tritt in die neue Phase. Regierungschef Tayyip Erdogan will nun das Volk fragen, ob das Land eine neue Verfassung haben möchte. Die gegenwärtige ist eine autoritäre Zwangsjacke. Sie macht die Türken zu gebückten Dienern ihres Staates. Der Staat dient nach diesem türkischen Grundgesetz nur sich selbst, nicht den Bürgern. Kein Wunder: Generäle haben vor 30 Jahren das Werk verfasst. Europa-fähig ist diese Verfassung nicht.

Im Volk dürfte Erdogan eine Mehrheit für seine Reform finden. Die Abstimmung könnte zu einem Triumph für die Regierungspartei werden. Genau das aber will die wichtigste Oppositionspartei, die Republikanische Volkspartei CHP, verhindern. Sie sucht ihre Verbündeten dort, wo sie in der Vergangenheit schon zu finden waren: bei den Verfassungsrichtern, den hohen Staatsbeamten

und im Militär. Die Generäle aber dürfen das Flehen der CHP diesmal nicht erhören. Es reicht nicht mehr nach Putsch in der Türkei. Das Land hat sich in sieben Jahren Erdogan-Regierung stark verändert. Die Reformen, die Ankara für einen späteren EU-Beitritt unternahm, zeigen Wirkung.

Gleichwohl bleibt die türkische Gesellschaft gespalten. Der Spaltipilz heißt Misstrauen – Misstrauen gegenüber Erdogan und seiner religiös grundierten Partei AKP. Der sakulare Teil der Türkei reagiert nach wie vor irritiert auf das neue Selbstbewusstsein junger Kopftuchträgerinnen, die sich die konservative Gattin des Premiers zum Vorbild für ihren Lebensstil nehmen. Die innere Balance hat die Türkei noch nicht gefunden. Das Verfassungsreferendum könnte diese Zerrissenheit in den nächsten Wochen noch einmal sehr deutlich machen.



Die Zitterpartie

SZ-Zeichnung: Ironimus

Die Realität bleibt ausgeblendet

Liberale haben die Chance verpasst, ihr Steuerreformkonzept an die aktuelle Lage anzupassen

Von Claus Hulverscheidt

Aus Vorbei. Sechs Monate lang hat die Koalition den Menschen vorgegaukelt, es werde im Laufe der Wahlperiode weitere deutliche Steuerentlastungen geben. Allein die Details seien noch offen, hieß es stets. Genaueres könne man nach der Steuerschätzung sagen. Wer ein wenig von der Sache versteht, weiß seit langem, wie diese Schätzung ausgehen würde – desaströs nämlich. Seit diesem Donnerstag nun weiß es auch die FDP: Die vielen beschworenen „Spielräume“ im Haushalt gibt es nicht, vielmehr wird die Regierung bis 2013 noch mehr sparen müssen als ohnehin erforderlich.

Die großen Aufgaben warten noch, ganz unabhängig davon, ob die Reaktoren nun ein paar Jährchen früher oder später vom Netz gehen. Sonne und Wind, Wasserkraft und Biomasse sind die Ressourcen der Zukunft, aber sie kommen nur dann auf einen grünen Zweig, wenn die Energie viel effizienter genutzt wird.

Die entsprechende Technik ist zum Teil schon vorhanden oder in der Entwicklung. Es ist ein gewaltiges Betätigungs-feld für Ingenieure und Unternehmer, denn der Bedarf ist weltweit vorhanden.

Auf das EEG darf man stolz sein, aber es muss weiterhin und möglichst behutsam den Realitäten angepasst werden. Nur sollte sich in Deutschland niemand einbilden, dass eine sichere Energieversorgung und eine friedliche Welt mit Solarzellen und Sonnenkollektoren aufzubauen sind.

an eine alternde Gesellschaft, an die Erfordernisse einer modernen Sozial-, Bildungs- und Familienpolitik. Leere Kas-sen müssen nämlich nicht automatisch bedeuten, dass die Steuerpolitiker aller Parteien aufhören müssten, über Entlastungen des Bürger nachzudenken.

Wäre es der FDP ernst mit einer solchen Entlastung der „Leistungsträger“, müssten sich all ihre Konzepte um die Be-sichtigung des sogenannten Mittelstandsbauchs im Einkommensteuerrecht drehen. Er entsteht, weil der Steuertarif nicht gleichmäßig, sondern ausgerechnet im unteren Gehaltsbereich besonders steil ansteigt. Durch diesen Trick kassiert der Staat von seinen Bürgern 25 Milliarden Euro mehr als er vorgibt. Hauptleidtragende sind Gering- und Durch-schnittsverdiener. Um eine schrittweise Abschmelzung dieses Bauchs finanziieren zu können, müsste unter anderem der Spitzesteuersatz von derzeit 42 auf beispielsweise 48 Prozent angehoben werden. Allerdings dürfte er erst ab einem Jahresgehalt von 60 000 Euro und nicht

wie heute schon ab gut 50 000 Euro greifen. Damit wäre auch das Problem gemildert, dass der Staat Menschen, die nicht reich sind, wie Reiche behandelt.

Vor allem die Liberalen jedoch lehnen jede Diskussion über eine Anhebung des Spitzesteuersatzes mit dem Totschlag-argument der „Neiddebatte“ ab. Sie vergessen aber, dass in Deutschland (zu Recht) keine Vermögensteuer erhoben wird, dass die Erbschaftsteuerbelastung (zu Unrecht) gering ist, und dass der radikale Sparkurs, den die Koalition in den nächsten Jahren unabsehbar wird einleiten müssen, vor allem Menschen im unteren und mittleren Einkommensbereich treffen wird. Ein Solidarbeitrag auch der Besser- und Spitzerverdiener wäre deshalb nicht nur angemessen, sondern auch ein Gebot politischer Klugheit. Diese Woche wäre die Woche gewesen, die Bürger mit einem völlig neuen Steuerkonzept zu überraschen. Gut möglich, dass die Wähler in Nordrhein-Westfalen die FDP nun am Sonntag mit Gewalt ins 21. Jahrhundert zwingen werden.

CORRIERE DELLA SERA (Mailand)

„Es ist wahrlich eine griechische Tragödie, aus welchem Blickwinkel heraus man die Dinge auch betrachtet. Denn zum einen hat die Regierung recht, wenn sie jetzt handelt, angesichts der Tatsache, dass es keine Alternativen gibt. Recht hat aber auch das Volk, wenn es zornig wird, denn es bezahlt für eine Schuld, für die es nichts kann. Das ist alles verständlich, ausgenommen diese geballte Gewalt, die hart zugeschlagen und getötet hat. Vielleicht wollten sie nicht töten, aber sie haben es getan. (.)“

Süddeutsche Zeitung

Herausgegeben vom Süddeutschen Verlag vertrieben durch die Gesellschafterversammlung

Chefredakteur: H. W. Kilz
Stellvertretende Chefredakteure: K. Kister, W. Krach
Außenpolitik: S. Kornelius, C. Schlüter; Innopolitik: Dr. H. Prantl, P. Fahrenholz; Seite Drei: A. Gorkow; Investigative Recherche: H. Leyendecker, N. Richter; Kultur: A. Kreyle, Dr. T. Steinfeld; Wirtschaft: Dr. M. Beise, U. Schäfer; München: Dr. J. Kappner, K. Forster; Region: M. Bernstein; Bayern: A. Rauschberger; Sport: L. Schulze, K. Hoelzlein; Wissen: Dr. P. Illinger; Gesellschaft und Panorama T. Rest; Wocheende: G. Matzig; Mobiles Leben: J. Rechle; Beilage: W. Schmidt; Art Director: E. Wolf; J. Buschmann; Grafik: D. Braun

Chefkorrespondent: S. Klein
Geschäftsleitende Redakteure: Dr. H. Munsberg, R. Rößmann
Chef vom Dienst: C. Krugel, S. Simon

Leitende Redakteure: Prof. Dr. R. Kaiser, N. Piper, E. Roll
Die für das jeweilige Ressort an erster Stelle genannten sind verantwortliche Redakteure im Sinne des Gesetzes über die Presse vom 3. Oktober 1949

Anschrift der Redaktion: Hultschiner Straße 8 81677 München, Tel. (089) 21 83-708; Nachruf: 21 83-7708; Nachrufaufnahme: 21 83-481; Post: 21 83-97 17; E-Mail: redaktion@sueddeutsche.de

Berlin: N. Fried, C. Hulverscheidt (Wirtschaft), Französische Straße 47, 10117 Berlin, Tel. (030) 20 38 66 50; Erfurt: C. Kohl, Marktstr. 38 a, 99084 Erfurt, Tel. 0361-60 11 605; Düsseldorf: D. Graalmann, Bäckerstr. 2, 40213 Düsseldorf, Tel. (0211) 54 05 55-0; Frankfurt: H. Einecke, Kleiner Hirschgarten 8, 60311 Frankfurt, Tel. (069) 2 99 92 70; Hamburg: R. Wiegand, Poststr. 25, 20354 Hamburg, Tel. (040) 46 88 31 51; Karlsruhe: Dr. W. Jänsch, Postfach 55 10, 76135 Karlsruhe, Tel. (0711) 84 41 28; Stuttgart: D. Deckstein, Rotebühlplatz 33, 70178 Stuttgart, Tel. (0711) 24 75 93 94

Geschäftsleiter: Dr. H. Haaks, Dr. R. Rehmann, Dr. K. Ulrich
Anzeigen: J. Maukner (verantwortlich); Zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 73 vom 1. Oktober 2009 gültig. Das Abonnement kostet in monatlich 43,90 Euro, außerhalb Bayerns 43,90 Euro; Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende zahlen, nach Vorlage einer entsprechenden Bescheinigung, 21,50 Euro, jeweils inkl. Mehrwertsteuer (Auslandspreis auf Anfrage). Bankverbindung: Postbank München 5 54 18 03, BLZ 700 100 80. Erscheinung die Zeitung durch höhere Gewalt oder Streik nicht, besteht kein Anspruch auf Entschädigung. Abonnements können schriftlich mit einer Frist von vier Wochen zum Monatsende beziehungsweise zum Ende eines Vorauszahlungszeitraums gekündigt werden. www.sueddeutsche.de/abo

Anschrift des Verlages: Süddeutsche Zeitung GmbH, Hultschiner Straße 8, 81677 München; Großkundenadresse: Süddeutsche Zeitung GmbH, 81028 München; Telefon: (089) 21 155900* (Immobilien-/Mietmarkt), Tel. 01805/355900* (Motorrad, Telefon: 01805/355900* (Stellmarken, weitere Anzeigenmarken); Vertrieb: Abonnenten-Service Tel. 01805/45 59 00*, Telefon 089/21 83-82 07. (*Dt. Inlandspreise: Festnetz 0,30 ct./Min., Mobilfunk max. 42 ct./Min.)

Druck: Süddeutscher Verlag Zeitdruck GmbH, Zandorfer Straße 40, 81677 München
www.sv-druckzentrum.de

Jeder Freitagausgabe liegt die „Süddeutsche Zeitung Magazin“ bei. Bei Feiertagen abweichende Erscheinungssterne. Der Verlag übernimmt für unverlangt zugesandte Unterlagen oder Gegenstände keine Haftung. Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Zeitungsbeiträge, Abbildungen, Anzeigen etc., auch der in elektronischer Form vertriebenen Zeitung, insbesondere durch Vervielfältigung, Verarbeitung, Digitalisierung, Speicherung in Datenbanksystemen bzw. Internet oder Intranets, ist unzulässig und strafbar, soweit sich aus dem Urhebergesetz nichts anderes ergibt. Die Rechte für vorstehende Nutzungen, auch für Wiederveröffentlichung (Syndication) bietet die Dokumentations- und Informations-Zentrale München GmbH (DIZ), Tel. 089/2183-9223 / www.diz-muenchen.de, Rechte für elektronische Pressepiegel der PMG Presse-Monitor GmbH, Tel. 030/28493-0, www.presse-monitor.de

Überregionales Pflichtblatt an allen deutschen Börsen

Zur Herstellung der Süddeutsche Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Nachrichten vom Hühnerhaufen

Die EU zerstört mit ihrer kümmerlichen Griechenland-Politik wertvolles Vertrauen

Von Martin Winter

wendige Vertrauen. Um Vertrauen herzustellen, bedarf es politischer Ge- und Entschlossenheit.

Daran aber mangelt es der EU in einem existenzgefährdenden Maße. Nicht die Spekulanten ruinierten die EU. Die nutzen nur die sich ihnen bietenden Schwächen, um zu befriedigen, was auch dem durchschnittlichen Mitteleuropäer nicht fremd ist: die Gier. Die Verantwortung für die europäische Dimension der griechischen Krise tragen allein die Mitgliedstaaten und deren politische Eliten. Wer in einer Krise so wild durcheinanderläuft wie die Europäer, der darf sich nicht wundern, wenn der Rest der Welt Europa eher als einen politischen Hühnerhaufen wahrnimmt. Die heimische Front mag ja jubeln, wenn nationale Interessen bedient werden. Jenseits des nationalen Sprengels wird nationale Politik als Schwäche der EU wahrgenommen.

Es wäre zu billige Münze, Deutschland mit seiner Zögerlichkeit die Schuld für den schlechten Auftritt der EU zuzuschreiben. Die Regierung Merkel hat sich in der Sache ungeschickt angestellt und nicht gerade europäisch gezeigt. Das ist jedoch nur ein kleiner Teil der Wahrheit. Zur ganzen Wahrheit gehört, dass auch bei den anderen Ländern das Eigeninteresse besonders stark ausgeprägt war. Auch Frankreich verfolgte seine ganz

eigenen Ziele. Paris heischt etwa nach Anerkennung, indem es sich zum Präsidenten der Mittelmeärländer macht. Die überwältigende Mehrheit der Mitgliedsländer irrt indes, wenn sie glaubt, dass sich aus der Addition der nationalen Interessen schon das europäische ergeben wird. Jeder für sich und keiner für alle – das führt nirgendwo hin, damit zerstört sich Europa nur selbst.

Dabei könnten die Europäer durchaus und da zeigen, dass man sie ernst nehmen muss. Da bieten sich jenseits der Wirtschafts- und Finanzpolitik, die Außen- und Sicherheitspolitik, die Energien- und Klimapolitik oder auch eine Radikalkultur der verkrusteten europäischen Agrarpolitik. Amerikaner, Russen, Chinesen, Inder oder Brasilianer bewerten Europa ja nicht nach den geschliffenen Formulierungen in den EU-Verträgen. Vielmehr achten sie darauf, ob die Staatengemeinschaft eine gemeinsame, frische Idee hat, mit der sich die großen Probleme der Gegenwart lösen lassen. Dazu müssen zunächst die beiden stärksten EU-Länder, Frankreich und Deutschland, ihre nationalen Interessen einen Moment beiseiteschieben und Europa den Vorrang lassen. Wenn es jetzt aber bei dem von Angela Merkel und Nicolas Sarkozy vorgeschlagenen, minimalistischen Reformprogramm bleibt, dann geht Europa schweren Zeiten entgegen.

Blick in die Presse

Sterben für den Euro

Die internationale Presse schreibt zu den tödlichen Ausschreitungen in Griechenland:

LIBÉRATION (Paris)

„Die Gewalt in den Straßen von Athen ist ein Symptom für ein Land, das in die Enge getrieben ist und nicht mehr an die Zukunft glaubt. Die Griechen machen dafür zunächst ihre Regierungen jeglicher Richtung verantwortlich, die traditionell von Korruption und einer Laissez-faire-Politik ausgeholt waren und die Krise beschleunigt haben, indem sie die Zahllungen zur Verschuldung gefälscht haben. Die Griechen machen Deutschland verantwortlich, das als zögernder Motor eines Europa wahrgenommen wird, das seine Hilfe mit Sparen vor allem in der Mittelklasse und bei den Beamten verbindet. Die Griechen machen die Märkte verantwortlich, die ohne Skrupel auf ihr Unglück spekulieren. (.) Damit sind alle Zutaten für ein europäisches Chaos verteilt. (.) Der gesamte Hilfsplan von EU und IWF kann auseinanderfliegen.“

RZECZPOSPOLITA (Warschau)

„Die Griechen wollen für das Euroland nicht sterben. Sie wollen auf eigene Art leben, ohne Steuern zu zahlen, ein hohes Haushaltsdefizit zu behalten. Folgen für andere Länder der Eurozone: Ihre Ausgaben für Rettungshilfen für Griechenland werden wahrscheinlich kein Ende haben. Geliehen werden müssen vielleicht sogar 100 Milliarden Euro. Das kann die europäische Währung und die Rentabilität der Obligationen anderer Länder belasten. Je stärker die Proteste in Athen, desto höher die Zinssätze im ganzen Euroraum. Die Währungsunion ist heute ein eleganter Bridge-Club: Die Eintrittskarten werden nur am Eingang kontrolliert, später gibt es keine Möglichkeit mehr, den Gast, der am Spieltisch betrügt, auszuladen. Die reichen werden, um die verschuldeten Länder, die voreilig

Griechenland und die Folgen Europa zieht seine Schlüsse

Es soll nicht mehr jeder tun dürfen, was er will

In der EU ist wegen der griechischen Krise die Forderung nach mehr europäischer Einheitlichkeit in Wirtschaftsfragen laut geworden. Die in Berlin vorherrschende Stimmung dagegen wird außerhalb Deutschlands nur von Euroskeptikern aufgegriffen.

Von Nikolas Busse

BRÜSSEL, 6. Mai. Einer der vielen Vorwürfe, die in der Griechenland-Sache gegen die Bundesregierung erhoben wurden, lautete, die Kanzlerin habe versucht, eine Entscheidung über Hilfen für das bankrotte Land so lange hinauszögern, bis die Wahl in Nordrhein-Westfalen vorüber sei. Dafür schien zu sprechen, dass der Sondergipfel der Euro-Staaten, der an diesem Freitagabend in Brüssel stattfindet, ursprünglich für den 10. Mai vorgesehen war. Das wäre ein Tag nach der Wahl gewesen. Es kam aber anders, und deshalb werden die nordrhein-westfälischen Bürger zwei Abende vor der Wahl zur besten Sendezeit noch einmal mit Bildern konfrontiert, die Frau Merkel beim Scheckausstellen in der EU zeigen.

Brüsseler Diplomaten sagen, das Vorziehen des Gipfels sei wieder einmal den Märkten geschuldet, die sich wenig um den Wahlkalender in Deutschland oder anderen Euro-Staaten kümmern. Weil ein als Solidaritätsbekundung geplanter Gipfel von den Märkten am Montagabend vielleicht weniger stark beachtet worden wäre, habe man sich für den Freitag entschieden. Das soll ein positives Signal für die gesamte neue Handelswoche erbringen. Im Übrigen werde es gar nicht mehr so sehr um Griechenland gehen, sondern um einen sichtbaren Schulterschluss für die anderen bedrängten Euro-Staaten wie Portugal oder Spanien sowie um die Zukunft der Gemeinschaftswährung. Er wolle „im Lichte dieser Krise einen Gedankenaustausch über die Frage führen, welche Lehren sich daraus für das Euro-Währungsbereich ergeben“, hat der ständige EU-Ratspräsident Van Rompuy in seiner Einladung an die 16 Staats- und Regierungschefs der Euroländer geschrieben.

Van Rompuy hat nach Einschätzung mancher Diplomaten zuletzt allerdings keine gute Figur gemacht, ebenso wenig wie Kommissionspräsident Barroso. In den entscheidenden Tagen, als die Griechen keinen Zugang mehr zum Kapitalmarkt hatten und in den anderen Euro-Staaten die Details des Rettungspakets beschlossen werden mussten, fielen beide durch Abwesenheit auf. Barroso reiste nach China, Van Rompuy nach Japan, ohne dass ein tieferer Zweck dieser Ausflüge erkennbar war. Dabei hat es Van Rompuy bisher nicht geschafft, die Arbeitsgruppe zur Euro-Reform einzusetzen, über die Berlin härtere Regeln für die Gemeinschaftswährung durchsetzen will. Barroso wiederum hatte sich schon vorher den Ärger der Bundesregierung zugezogen, weil er von Beginn an öffentlich Hilfe der anderen Euro-Staaten verlangte. „Hier brennt die Hütte, und die fahren nach Asien“, wundert sich ein Kenner des Brüsseler Betriebs.

„Wirksamere Sanktionen“

Gemeinsamer Brief Merkels und Sarkozys an EU-Führung

BERLIN, 6. Mai. In einem gemeinsamen Brief an die Präsidenten des Europäischen Rates und der Europäischen Kommission haben Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Präsident Nicolas Sarkozy Maßnahmen zur Regulierung der Finanzmärkte und zu deren Transparenz gefordert. Darüber solle auf der Sitzung der Staats- und Regierungschefs der Euro-Mitgliedstaaten an diesem Freitag gesprochen werden, auf der das „Unterstützungspaket für Griechenland“ verabschiedet werden solle. Frau Merkel und Sarkozy plädierten dafür, auf dem Treffen solle „ein klares Signal“ gesendet werden, dass die Euro-Staaten bereit seien, verschiedene Maßnahmen zu prüfen.

Dazu zählten die beiden Autoren die „Stärkung der finanzpolitischen Überwachungsmechanismen innerhalb des Euro-Raums“, wozu auch „wirksamere Sanktionen im Rahmen des Defizitverfahrens“ gehören sollten. Zudem sollte die Überwachung auf „strukturelle Fragen sowie Wettbewerbsfähigkeitsentwicklungen“ ausgedehnt werden. Die Wirksamkeit von „wirtschaftspolitischen Empfehlungen der EU“ sollte verbessert werden. Schließlich sollten Möglichkeiten geprüft werden, „für die Zukunft einen robusten Rahmen für die Krisenbewältigung unter Wahrung des Grundsatzes der jeweiligen nationalen Verantwortung für die Haushaltspolitik zu schaffen“.

Frau Merkel und Sarkozy forderten, die „Qualität von Statistiken“ müsse

Erste Hinweise darauf, wie die Europäpolitiker die Frage nach den Lehren zu beantworten gedenken, gab eine Aussprache im Europaparlament am Mittwochnachmittag. Etwas verkürzt lässt sich so zusammenfassen, dass die Mehrheitsmeinung der deutschen Bevölkerung in der EU nur von euroskeptischen Parteien vertreten wird, die in Deutschland gar nicht zur Wahl stehen. So sprach für die konservative Fraktion, die sich um die britischen Torys gründet hat, der Abgeordnete Derk-Jan Eppink von der rechtspopulistischen belgischen Liste Dedecker. Er verlangte als Einziger ein Austrittsverfahren für uneinsichtige Schuldenmacher, wie es auch die Bundeskanzlerin einmal gefordert hat. Und der niederländische Abgeordnete Barry Madlener von Geert Wilders Freiheitspartei sagte, die Griechen sollten die Drachme wieder einführen. Die Nordeuropäer weigerten sich, für die sozialistischen Länder im Süden zu zahlen, die auf großem Fuß gelebt hätten.

Die etablierten politischen Lager vertraten dagegen Lösungsansätze, die auf einen Machtzuwachs Brüssels und eine größere Harmonisierung der Lebensweise in Europa hinauslaufen würden. Der Franzose Joseph Daul, Fraktionsvorsitzender der Christlichen Demokraten, forderte ein „Wirtschafts-, Sozial- und Steuereuropa“, wobei er unter anderem darauf hinwies, dass es nicht gehe, wenn in einem Land 35 Stunden gearbeitet werde und die Leute mit 60 Jahren in Rente gingen, während in anderen mehr als 40 Stunden gearbeitet werde und die Leute mit 67 Jahren in den Ruhestand gingen. Er durfte Frankreich und Deutschland gemeint haben. Die spanische Sozialdemokratin María Badia i Cutchet verlangte, dass in der EU nicht mehr jeder tun könne, was er wolle. Der liberale Fraktionsvorsitzende Guy Verhofstadt (Belgien) behauptete, die Hilfen für Griechenland hätten schon im Dezember oder Januar verabschiedet werden können, wenn die Sache von den EU-Einrichtungen und nicht von den Mitgliedstaaten übernommen worden wäre.

Auf dem Gipfel wird es allerdings erst noch einmal darum gehen, ob das Geld für die Griechen überhaupt wie geplant zusammenkommt. Es sei der „Sachstand bei den parlamentarischen Verfahren“ zu besprechen, schrieb Van Rompuy in der Einladung, und da hakte es zuletzt in der Slowakei. Ministerpräsident Robert Fico bekundete vor ein paar Tagen, er traue den Griechen nicht und wolle erst einmal abwarten, ob das dortige Parlament auch wirklich Sparbeschlüsse fasse, die zu Einschnitten in Gehältern, Pensionen und Sozialleistungen führen. Fico steht derzeit im Wahlkampf und hat es mit einer Opposition zu tun, die Hilfen für Griechenland ablehnt. Womöglich wird das slowakische Parlament deshalb erst nach der Wahl am 12. Juni über den Kredit des Landes für Athen abstimmen. Und in Slowenien gibt es Probleme, weil die Regierung wegen der Höhe der Griechenlandhilfen vielleicht den gesamten Haushalt prüfen muss. Da Deutschland und Frankreich, die großen Geldgeber, pünktlich zahlen werden, gelten solche Verzögerungen in Brüssel als verschmerzbar. „Es darf nur nicht passieren, dass ein Land gar nicht zahlt“, sagt ein Diplomat.

künftig besser kontrolliert werden. „Die mangelnde Zuverlässigkeit griechischer Statistiken erklärt zum großen Teil, warum die Märkte diesem Land nicht mehr trauen“, schrieben sie. Die Vorschläge der Europäischen Kommission zur Stärkung der Kompetenzen von „Eurostat“ müssten so rasch wie möglich in Kraft treten. Darüber solle auf der Sitzung der Staats- und Regierungschefs der Euro-Mitgliedstaaten an diesem Freitag gesprochen werden, auf der das „Unterstützungspaket für Griechenland“ verabschiedet werden sollte. Frau Merkel und Sarkozy plädierten dafür, auf dem Treffen solle „ein klares Signal“ gesendet werden, dass die Euro-Staaten bereit seien, verschiedene Maßnahmen zu prüfen.

Überdies verlangten Frau Merkel und Sarkozy eine Verbesserung der „Regulierung der Finanzmärkte“. Die Reaktionen der Märkte hätten in den vergangenen Tagen die Krise noch verschärft und zu Schwankungen der Renditen von Staatsanleihen einiger Euro-Mitgliedstaaten geführt, „die nicht im Einklang mit der Entwicklung der Fundamentaltheorie dieser Staaten stehen“. Spekulationen müssten die Grundlage entzogen werden. Das „Problem destabilisierender Lehrverkäufe“ sei anzugehen. Auch über die Rolle von Ratingagenturen „bei der Verschärfung von Krisen“ sei nachzudenken. Die Europäische Kommission sollte erwägen, Vorschläge zur Stärkung des Wettbewerbs zwischen den Ratingagenturen zu unterbreiten. Auf der Grundlage von Vorschlägen des Internationalen Währungsfonds, kündigten Frau Merkel und Sarkozy an, würden Deutschland und Frankreich „auf nationaler und internationaler Ebene an einem Regime für eine faire Beteiligung an Krisenkosten arbeiten“, hieß es in dem Schreiben mit Blick auf die Banken. „Staaten sollten nicht gezwungen sein, Banken zu retten“, heißt es in dem Schreiben.

INSTANBUL, 6. Mai. Als Oppositionsführer blieb er oft blass, doch als Ministerpräsident läuft Georgios Papandreu nun mitten in der tiefsten Krise seines Landes zu großer Form auf. In einer beeindruckenden Rede, die am Donnerstag von allen Medien des Landes ausführlich gewürdig wurde, hat der griechische Ministerpräsident und Vorsitzender der regierenden Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (Pasok) nicht nur die noch unbekannten Gewalttäter verurteilt, die am Mittwoch eine Bankfiliale in Brand gesetzt und damit den Tod von drei Menschen verursacht hatten. In für jeden Griechen unmissverständlichen Worten forderte Papandreu auch die linksextremen Oppositionsparteien auf, ihre rhetorische Brandstiftung einzustellen. Er warnte seine (linken) politischen Gegner davor, die schwierige Lage des Landes durch indirekte Aufrufe zur Gewalt noch zu verschlimmern und versprach, man werde die Täter vom Mittwoch finden und zur Rechen-

den kommen. Der Klassenkampf und die „Abschaffung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung“ sind formal weiter die Zentrale Zielle der Partei.

Zwar hat Frau Papariga sich von den Blutvergängen am Mittwoch distanziert und die Todesfälle dem Wirken von „Provokateuren“ zugeschrieben, doch mangelt es in den Aufrufen der Partei nicht an indirekter Rechtfertigung für gewalttätigen Widerstand gegen „das System“. Die Demonstrationen gegen die Regierung Papandreu werden in Verlautbarungen der KKE zu einer „klassenbewussten Antwort der Volksmassen an die Plutokratie und an die volksfeindliche Politik der sozialdemokratischen Regierung, der Europäischen Union und des Weltwährungsfonds“. Zu den wichtigsten Gegnern der KKE gehören auch die beiden großen, vergleichsweise gemäßigten Gewerkschaftsverbände GSEE und ADEDY, in denen Pasok-Funktionäre eine maßgebliche Rolle

Namen wie „Volkswille“, „Revolutionäre Sekt“, „Verschwörung der Brandzellen“ oder allgemein als „Stadt-Guerrilla“ Geltung verschaffen. Kleinere, im Ausland kaum zur Kenntnis genommene Überfälle verüben sie fast jede Woche, doch einige „Aktionen“ erregen auch außerhalb Griechenlands Aufmerksamkeit. So wurden Ende Oktober 2009 bei einem Überfall auf eine Polizeiwache in Athen sechs Beamte verletzt. Die Angreifer gaben mehrere Dutzend Schüsse ab, bevor sie auf einem Motorrad flüchteten. Es war Glück, dass alle Opfer überlebten. Ein Polizist, der einen geschützten Zeugen in einem Prozess gegen die linke Terrorgruppe „Revolutionärer Volkskampf“ beschützen sollte, war zuvor erschossen worden. Zuletzt starb im März dieses Jahres bei der Explosion eines Sprengsatzes in Athen ein etwa 15 Jahre alter Afghane, der zufällig Opfer einer vorzeitigen Explosion wurde.

Beobachter der Szene sprechen davon, dass zumindest einige Gruppen über Ver-

Ausland in Kürze

„Verbindung nach Pakistan“ – Zwei Tage nach der Festnahme Faisal Shahzads wegen des versuchten Bombenanschlags vom New Yorker Times Square melden sich laut „New York Times“ Hinweise darauf, dass der Dreißigjährige doch von den pakistanischen Taliban beeinflusst und trainiert worden sein könnte. Die Zeitung zitierte am Donnerstag amerikanische Ermittler mit den Worten, dass eine radikale Gruppe, von der man dies vorher nicht erwartet hätte, eine Rolle in dem Anschlag gespielt haben könnte. Zuvor hatten Medien berichtet, dass es wohl keine Hinweise auf eine Beteiligung der Taliban gebe. Peter Hoekstra, republikanisches Mitglied im Geheimdienstausschuss des Repräsentantenhauses, sagte dem Sender CNN, es gebe „wahrscheinlich eine starke Verbindung“ zwischen Shahzad und den pakistanischen Taliban. Eine pakistanische Taliban-Gruppe hatte sich nach dem Anschlag der Tat bezeichnet; Shahzad hatte die Ermittler nach seiner Festnahme gesagt, dass er ein Einzelkämpfer sei. Er hat zugegeben, den zu einer Autobombe umgebauten Geländewagen am Samstagabend auf dem Times Square abgestellt zu haben; der Sprengsatz zündete nicht. (F.A.Z.)

Schröder wirbt für Russland – Der frühere Bundeskanzler Schröder hat sich für eine engere Bindung Russlands in die Europäische Union ausgesprochen. Durch eine Assoziation mit der EU könne das Land fest und langfristig an Europa gebunden werden, sagte er am Donnerstag auf einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin. Mittelfristig sei eine volle EU-Mitgliedschaft Russlands noch nicht zu erwarten. Das neue Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, über das die EU und Moskau derzeit verhandeln, sei aber nicht ausreichend. Als Beispiele für eine engere Bindung Moskaus an Brüssel nannte der Handelsliberalisierung bis hin zu einer Freihandelszone und einer engere Kooperation in der Sicherheitspolitik. (sat.)

Nasarbajew wird „Führer der Nation“ – Die zentralasiatische Republik Kasachstan will die Machtfülle des autoritären Präsidenten Nasarbajew mit einem Sondergesetz weiter ausbauen. Ein Entwurf im Parlament sieht vor, dem Staatschef lebenslange Immunität vor Strafverfolgung zuzusichern. Damit wäre auch sein Eigentum auf Dauer unantastbar. Zugleich solle ihm der Titel „Führer der Nation“ verliehen werden, berichtete die russische Tageszeitung „Kommersant“ am Donnerstag. Mit dem Gesetz wollten Nasarbajews Anhänger verhindern, dass dem Präsidenten einmal ein ähnliches Schicksal droht wie dem gestürzten Staatschef des Nachbarlands Kirgistan, Bakijew. Das kasachische Parlament hat seit Nasarbajews Amtsantritt 1990 die Verfassung mehrfach zu dessen Gunsten geändert. (dpa)

Lobo deutet Verzicht an – Der Präsident von Honduras, Lobo, hat einen Verzicht auf seine Teilnahme an dem Madrider Gipfel der EU mit den Ländern Lateinamerikas am 17. Mai angekündigt. Er sagte, er überlässt eine Entscheidung dem Gastgeber und gegenwärtigen EU-Ratspräsidenten Spanien. Einen Tag nachdem zehn mittel- und südamerikanische Staaten, darunter Brasilien und Mexiko, einen Boykott signalisiert hatten, weil sie die Regierung Lobo für „nicht legitim“ hielten, sagte der Präsident, er sei bereit, „jedes Opfer zu bringen“, um Spanien und seinen Nachbarn Schwierigkeiten zu ersparen. Zuvor hatte die spanische Regierung noch einen Versuch unternommen, als versöhnliche Geste den gestürzten Präsidenten Zelaya zur Rückkehr aus dem Exil in der Dominikanischen Republik nach Honduras zu bewegen. (wie.)

Taliban lassen Mobilfunk abschalten – Die Taliban haben im nordafghanischen Kundus, wo die Bundeswehr stationiert ist, die Abschaltung des Mobilfunkwährend der Nacht erzwungen. Ein Vertreter eines führenden Mobilfunkanbieters sagte, man habe sich der Forderung der Aufständischen wegen mangelnder Sicherheit beugen müssen. Die Taliban gaben als Grund an, ihre Kämpfer davor schützen zu wollen, dass Sicherheitskräfte sie mittels Mobiltelefonsignalen orten können. Anwohner bestätigten, dass die Netze aller vier Anbieter auch in der Nacht zu Donnerstag in der gesamten Provinz abgeschaltet waren. (dpa)

NLD in Burma illegal – Die Partei von Friedensnobelpreisträger Aung San Suu Kyi steht vor dem Ende. Die „Nationale Liga für Demokratie“ (NLD) ließ am Donnerstag die Frist für die Registrierung für die bevorstehenden Wahlen ablaufen. Nach dem Parteiengebot der Militärjunta sind alle nicht registrierten Parteien mit sofortiger Wirkung illegal. „Dies wird der letzte Tag für uns sein“, sagte Win Tin, Mitglied der NLD-Führungsriege. Der Einundachtzigjährige war einer der am längsten eingekerkerten politischen Gefangenen; er wurde im Herbst 2008 nach 19 Jahren freigelassen. Aung San Suu Kyi ist Generalsekretärin der NLD; sie hatte sich gegen die Wahlbeteiligung ausgesprochen, nachdem die Regierung zuvor ihren Ausschluss aus der Partei verlangte. Die Friedensnobelpreisträgerin steht seit Jahren unter Hausarrest. Sie hatte gegen das Dekret geklagt, doch weigerte sich das Obergericht am Mittwoch, den Fall anzunehmen. (dpa)

Die rhetorischen Brandstifter

Griechenlands Kommunisten und die Randalierer / Von Michael Martens

Die Kommunisten wählt, bekommt auch Kommunisten. Der Klassenkampf und die „Abschaffung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung“ sind formal weiter die Zentrale Zielle der Partei. Zwar hat Frau Papariga sich von den Blutvergängen am Mittwoch distanziert und die Todesfälle dem Wirken von „Provokateuren“ zugeschrieben, doch mangelt es in den Aufrufen der Partei nicht an indirekter Rechtfertigung für gewalttätigen Widerstand gegen „das System“. Die Demonstrationen gegen die Regierung Papandreu werden in Verlautbarungen der KKE zu einer „klassenbewussten Antwort der Volksmassen an die Plutokratie und an die volksfeindliche Politik der sozialdemokratischen Regierung, der Europäischen Union und des Weltwährungsfonds“. Zu den wichtigsten Gegnern der KKE gehören auch die beiden großen, vergleichsweise gemäßigten Gewerkschaftsverbände GSEE und ADEDY, in denen Pasok-Funktionäre eine maßgebliche Rolle

spielen. Diese Verbände verfolgten „eine Politik der Unterwerfung“, heißt es bei der KKE. Allerdings besteht zwischen den beiden im griechischen Parlament vertretenen linken Parteien (die zweite ist das Bündnis Syriza) und den Gewalttätern, die am Mittwoch in der Athener Innenstadt randalierten, keine direkte Verbindung. Die meisten jugendlichen, oft verummt auftretenden Gewalttätern lassen sich zwar vermutlich von den rhetorischen Anfeuerungen der KKE inspirieren, doch werden sie nicht von der Partei gelenkt. Es sind kleine und kleinste, sich als anarchistische Bewegungen versteckende Gruppierungen, die seit Jahren Anschläge auf Bankfilialen, Ministerien oder Polizeidienststellen verüben. Die bekannteste Gruppe nennt sich „Revolutionärer Kampf“ und wurde vergangenes Jahr von den Vereinigten Staaten als „terroristische Organisation“ gebrandmarkt. Andere Banden wollen sich unter

bindungen zur organisierten Kriminalität und über eine große Menge an Waffen verfügen. Darunter seien auch Waffen, die nicht aus Kasernen oder Polizeibeständen gestohlen, sondern gekauft wurden. In Krisenzeiten, etwa bei den Ausschreitungen nach der Ermordung eines Schülers durch einen Polizisten im Dezember 2008, flüchten sich die Banden nach Überfällen regelmäßig auf die Gelände von Universitäten, die von der Polizei nicht betreten werden dürfen. Die rechtsfreien Räume garantieren der griechische Staat durch das Gesetz über das Universitätsasyl, das nach dem Ende der Militärdiktatur eingeführt wurde. Damals hatte der Gesetzgeber allerdings nicht Bandenterror, sondern die blutige Niederschlagung des Studentenaufstands an der Polytechnischen Universität in Athen am 17. November 1973 vor Augen, eine der dunkelsten Episoden der mehr als sieben Jahre währenden Herrschaft der Generäle.

Ein verordnetes Erdbeben

Die Rentenreform ist der schwierigste Teil des Athener Sparprogramms

ISTANBUL, 6. Mai. Die eigentliche Bewährungsprobe steht der griechischen Regierung erst im Juni und im September bevor, denn was sie im Sommer beschließen und in der zweiten Jahreshälfte durch das Parlament bringen muss, wird die Lebensplanung von Millionen Griechen durcheinbringen: die Rentenreform.

An einer Neuerung des hochdefizitären Systems der griechischen Rentenkasen hatte sich schon der frühere Ministerpräsident Kostas Simitis versucht, der wie der jetzige Ministerpräsident Papandreu zur sozialistischen Pasok gehört. Er war jedoch im April 2001 am Widerstand der Gewerkschaften gescheitert. Was damals geschah, liest sich im Rückblick wie ein Orakelspruch, der auf Punkt und Komma vorhersagte, was nun eingetreten ist.

Nachdem die Gewerkschaften erfolgreich zu Generalstreiks aufgerufen hatten, sah sich die damalige Regierung gezwungen, ihr Reformprogramm zurückzuziehen, obwohl es nur einen Bruchteil der Maßnahmen enthielt, die nun kommen werden: Die Zahl der zum Erwerb einer Rentenberechtigung erforderlichen Beaufstahrt wurde auf 40 sowie das Eintrittsalter auf 65 Jahre erhöht und die Berechnungsgrundlage für die Höhe der Rente von 80 auf 60 Prozent des letzten Lohnes verringert werden. Zudem war die Zusammenführung der vielen Dutzend Rentenkassen in acht große Fonds geplant.

Nachdem all diese Ideen im Generalstreik untergegangen waren, warnte der damalige Ministerpräsident Simitis, ein Aufschub der Reform werde eines Tages „schmerzhafte Lösungen“ erfordern. Sein Finanzminister Papantoniou kritisierte, die Beibehaltung des alten Rentensystems gefährde die Konsolidierung der Staatsfinanzen und stelle die Aufnahme des Landes in die Währungsunion in Frage (die sich Griechenland gerade erst durch geschönte Statistiken erschlichen hatte). Der Nationalbankgouverneur prophezeite, das alte System gefährde die Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Wirtschaft, und die Regierung warnte, wenn nichts geschiehe, werde das Rentensystem im Jahr 2010 zusammenbrechen.

Nun ist die Bruchlandung tatsächlich da,

und Simitis' Nachfolger Georgios Papandreu muss noch schärfere Maßnahmen einführen als 2001 geplant. Bis Juni muss die Regierung ein gesetzliches Renteneintrittsalter von zunächst 65 Jahren für Männer beschließen, das ab 2013 auch für Frauen im Staatsdienst gelten wird. Nachdem eine Vorgabe des auf Druck des Internationalen Währungsfonds

Mobilfunkauktion nähert sich dem Ende

bü. BONN, 6. Mai. Die Versteigerung neuer Frequenzen für den Mobilfunk scheint bald zu Ende zu gehen. In der seit fast vier Wochen dauernden Auktion steigen die Gebote nur noch sehr langsam, erst am Donnerstag überstiegen sie zum ersten Mal die Marke von insgesamt 3 Milliarden Euro. Frühere Erwartungen, dass für den Staat Einnahmen von bis zu 8 Milliarden Euro zusammenkommen könnten, dürften sich kaum noch erfüllen. Völlig ganz zum Erliegen gekommen ist das Wettbieten um die begehrten Frequenzen im Bereich von 800 Megahertz, die „digitale Dividende“. Dieser Teil des Spektrums ist in besonderer Weise für den Bau schneller Netze für das mobile Internet geeignet und soll deshalb unter anderem für eine bessere Breitbandversorgung auf dem Land genutzt werden. Nach bisherigem Stand würden T-Mobile und Vodafone jeweils zwei der insgesamt sechs Blöcke erhalten; die beiden kleineren Anbieter E-Plus und O2 könnten sich jeder einen Block für mehr als 400 Millionen Euro sichern. Das Interesse konzentrierte sich zuletzt auf die Frequenzen um 1,8 Megahertz. Dort liegen die Gebote bisher allerdings nur in der Größenordnung von allenfalls 20 Millionen Euro. Die Versteigerung endet erst dann, wenn für keinen der insgesamt verfügbaren 41 Frequenzblöcke ein neues Angebot kommt.

Jugendliche sorgen kaum für das Alter vor

rike. BERLIN, 6. Mai. Jugendliche und junge Erwachsene wissen zu wenig über Finanzen und Altersvorsorge. Das ist das Ergebnis einer Studie, die das Versorgungswerk Metallrente, das vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall und der Industriegewerkschaft Metall gegründet wurde, in Auftrag gegeben hat. 2500 Jugendliche zwischen 17 und 27 Jahren wurden zu ihrem Sparverhalten, ihren Zukunftsvorstellungen und Selbsteinschätzungen befragt. Heraus kam, dass zwar 84 Prozent der Jugendlichen sparen – vor allem für unvorhergesehene Ereignisse, größere Anschaffungen und die Altersvorsorge. Doch ihr Wissen auf dem Gebiet der Vorsorge ist rudimentär. So können 61 Prozent der Jugendlichen nicht erklären, was eine betriebliche Altersvorsorge ist; 64 Prozent scheitern am Begriff „Riester-Rente“, 88 Prozent an „Bruttoentgeltumwandlung“ – mit Letzterem können nicht einmal die Hälften derjenigen, die schon eine betriebliche Altersvorsorge haben, etwas anfangen. Innerhalb des Versorgungswerks Metallrente spart fast ein Drittel der unter Dreißigjährigen weniger als 320 Euro im Jahr; nur 18 Prozent kommen auf mehr als 1200 Euro. Im Fall der über Dreißigjährigen ist es spiegelverkehrt: Nur 13 Prozent legen weniger als 320 Euro im Jahr zurück, aber 37 Prozent mehr als 1200 Euro. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass zu wenige junge Leute vorsorgen und dass ihre Sparbeiträge zu gering sind. Sie steuerten „ungewollt auf die Altersarmut zu“, sagte der Jugendforscher Klaus Hurrelmann, der die Untersuchung leitete.

Europäische Union will mehr Kohlendioxid einsparen

hmk. BRÜSSEL, 6. Mai. Die Europäische Kommission treibt die einseitige Erhöhung der EU-Klimaschutzziele voran. Wegen der Wirtschaftskrise und dem daraus resultierenden starken Rückgang der Emissionen sei ein Reduktionsziel für den Treibhausgasausstoß von 30 Prozent relativ kostengünstig zu erreichen, heißt es in einem Entwurf für eine Mitteilung, welche die Kommission Ende Mai vorlegen will. Statt 70 Milliarden Euro werde die EU lediglich 48 Milliarden Euro ausgeben müssen, um die Treibhausgasemissionen – wie bisher zugesagt – um 20 Prozent bis 2020 zu senken. Eine Erhöhung des Ziels auf 30 Prozent kostete die EU weitere 33 Milliarden Euro. Die Kosten wären mit insgesamt 81 Milliarden Euro oder 0,54 Prozent des Bruttoinlandsprodukts unwe sentlich höher als ursprünglich eingepflegt.

Zudem werde die EU dadurch Geld sparen, dass die Einfuhr von Erdöl weiter sinkt und sich die Luftqualität verbessere. Um Nachteile für die europäische Industrie im internationalen Wettbewerb durch die Kosten für den Klimaschutz zu vermeiden, spricht sich die EU-Kommission dafür aus, Staatshilfen für die Neu ausrichtung energieintensiver Branchen zu erleichtern.

Die EU hat bisher eine Erhöhung des Klimaschutzzieles auf 30 Prozent an die Bedingung geknüpft, dass andere große Emittenten vergleichbare Angebote machen. Nach ihrer Einschätzung ist das derzeit nicht der Fall. Die Zusagen der großen Industrie- und Schwellenländer nach der Klimaschutzkonferenz in Kopenhagen seien zu niedrig. In den vergangenen Wochen hat sich dennoch innerhalb der EU die Zahl derer gemehrt, die für eine einseitige Erhöhung des europäischen

Die Wirtschaftskrise macht die Reduktion der Treibhausgase günstiger. Für energieintensive Branchen soll es Staatshilfen geben.

Ende des Jahres im mexikanischen Cancún das nächste Weltklimagipfeltreffen ansteht.

In der EU bleibt die Heraufsetzung des Reduktionsziels jedoch heftig umstritten. Gegen eine Erhöhung sprechen sich neben den osteuropäischen EU-Staaten, allen voran Polen, vor allem die Italiener

teren Reduktion einhergehende Verbesserung der Luftqualität bezieht die Kommission auf 6,5 bis 10 Milliarden Euro im Jahr. Das 30-Prozent-Ziel könne die Erdgas- und Erdölimporte 2020 um 40 Milliarden Euro senken. Auch seien kohlestoffarme Techniken oft arbeitsintensiver. Mit der Umstellung der Industrie auf „grüne Technik“ würden also neue Arbeitsplätze geschaffen.

Um den Industriewandel voranzutreiben, ist der Preis für den Treibhausgasausstoß nach Ansicht von Fachleuten der Kommission momentan allerdings zu niedrig. Wegen der Wirtschaftskrise sei der vom EU-Emissionshandelssystem abgedeckte Ausstoß 2009 um 10 Prozent gesunken. Dadurch sei der Preis für das Recht, eine Tonne Kohlendioxid auszustoßen, von 25 Euro auf zwischenzeitlich 8 Euro gefallen. Derzeit habe er sich zwischen 12 und 15 Euro eingependelt. „Nötig“ sei ein Preis von 30 Euro, heißt es in Brüssel. Dieser sei auch immer das Ziel der Klimaschutzpolitik der EU gewesen.

Erst dann lohne es sich auch, in die Speicherung von Kohlendioxid unter der Erde (CCS) zu investieren. Einen Preis von 30 Euro erreiche die EU aber nun nur noch, wenn sie das Reduktionsziel von 20 auf 30 Prozent erhöhe. Das lohne sich auch für die Mitgliedstaaten, da sie sonst auf die Hälfte der eingeplanten Einnahmen aus der Versteigerung der Zertifikate nach 2012 verzichten müssten. Im Übrigen, argumentiert die Kommission, müsse die EU ihren Ausstoß irgendwann ohnehin um 30 Prozent reduzieren, wenn sie diesen im Jahr 2050 wie vorgesehen um 80 bis 95 Prozent unter das Niveau von 1990 senken wolle. Die Reduktion werde jedoch umso teurer für die EU, je länger sie herausgezögert werde, meint die Kommission.

Kurze Meldungen

Rente zukünftig online

Anträge auf Leistungen der Deutschen Rentenversicherung können von sofort an auch über das Internet gestellt werden. Das neue Online-Angebot umfasst unter anderem die Antragsformulare zu Versicherung, Rente und Rehabilitation, teilt die Deutsche Rentenversicherung am Donnerstag in Berlin mit. Der ausgefüllte Antrag wird elektronisch an die Rentenversicherung versandt und dort bearbeitet. Ähnlich wie bei der elektronischen Steuererklärung benötigt die Behörde die Unterschrift des Antragstellers in Papierform als Garantie. Wird eine Signaturchipkarte mit elektronischer Unterschrift verwendet, entfällt dieser Schritt.

Baugewerbe erlebt gutes Jahr

Das deutsche Baugewerbe sorgt sich um die Entwicklung in der Branche nach dem Auslaufen der Konjunkturpakte. „Die Bauwirtschaft wird die Kraft der Rezession erst 2011 mit voller Wucht zu spüren bekommen“, sagte der Vorsitzende der Bundesvereinigung Bauwirtschaft, Karl-Heinz Schneider, am Donnerstag in Berlin. Das laufende Jahr bewertet die mittelständische Bauwirtschaft positiv, vor allem wegen der Mittel aus den Konjunkturprogrammen. 2011 sei aber bei den öffentlichen Investitionen ein Rückgang um mehrere Milliarden Euro zu befürchten.

Schneller Brüter in Japan

Nach mehr als 14 Jahren Zwangsstilleitung ist in Japan am Donnerstag ein Atomreaktor des Typs Schneller Brüter wieder in Betrieb genommen worden. Der Prototyp-Reaktor mit dem Namen „Monju“ in der Mitte der japanischen Hauptinsel Honshu musste im Dezember 1995 bereits kurz nach der Inbetriebnahme wieder stillgelegt werden. Es waren Hunderte Kilogramm des hochreaktiven Kühlmittels Natrium ausgetreten und in Brand geraten. Seit diesem Zwischenfall stand der Reaktor still. Atomkraftgegner haben jahrelang vor Gericht gegen die abermalige Inbetriebnahme prozesst. Japans Regierung will das rohstoffarme Land durch den Ausbau der Atomkraft von Energieimporten unabhängiger machen und zugleich den Ausstoß von Treibhausgasen senken.

cag.

Erfolgreiche Gründungen

Unternehmensgründungen aus der Arbeitslosigkeit heraus sind erfolgsvoller als angenommen. Dies zeigt eine neue Studie des Berliner Wirtschaftsforschungsinstituts DIW und des IZA Bonn. Danach sind vor allem die Motive entscheidend für den unternehmerischen Erfolg. Reine „Notgründungen“ seien weniger erfolgreich, heißt es in der am Mittwoch vorgestellten Studie. Im Zuge der Hartz-Reformen war die Zahl der Gründungen aus Arbeitslosigkeit deutlich gestiegen. Mehr als 350 000 Personen wurden 2004 mit Überbrückungsgeld oder Gründerzuschüssen gefördert, vorher waren es in der Regel weniger als 100 000. Nach Änderungen in der Förderung war die Zahl 2006 wieder auf 150 000 gesunken. Gut zwei Drittel der Gründer seien auch nach fünf Jahren noch im Geschäft, nur zehn Prozent seien wieder arbeitslos.

enn.



Technik mit ungewisser Zukunft: CO2-Abscheidung

Foto Matthias Lüdecke

Immer mehr Deutsche stifteten

914 Stiftungen sind im vergangenen Jahr gegründet worden / Umweltschutz gewinnt an Bedeutung

geg. FRANKFURT, 6. Mai. Immer mehr Bürger bringen ihr Vermögen oder Teile davon in Stiftungen ein, um dem Gemeinwohl zu dienen. 914 Stiftungen sind allein im Jahr 2009 gegründet worden. „Und etwa 5 bis 10 Mal so viele Menschen denken zumindest darüber nach, ihr Vermögen in eine Stiftung einzubringen“, sagt Hans Fleisch, Generalsekretär des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen, Berlin. Stifter wollen zweierlei, sagt Wilhelm Krull, Vorstandsvorsitzender des Bundesverbandes: Entweder wollten sie in ihrem beruflichen Umfeld Akzente setzen – zum Beispiel wenn ein SAP-Gründer die Informationstechnologie fördert –, oder sie wollten einem persönlichen Interesse größere Förderung zuteil werden lassen und gründeten eine Stiftung, die sich sozialen, regionalen, kulturellen oder wissenschaftlichen Zwecken widmet.

Bei neuen Stiftungen gibt es nach Fleischs Worten eine leichte Entwicklung hin zu mehr Umweltschutz und weniger sozialem Engagement. Dennoch verfolgen mit 33 Prozent die meisten deutschen Stiftungen soziale Ziele. Das liegt auch daran, dass im Mittelalter nur soziale Ziele als Gemeinwohl fördernd anerkannt wurden. Danach folgen mit jeweils 15 Prozent Anteil Stiftungen, die die Kultur und die Bildung fördern. 13 Prozent wollen die Wissenschaft unterstützen und 4 Prozent

den Umweltschutz, der bei Neugründungen aber 7 Prozent ausmacht.

In Deutschland verwalten 17 372 Stiftungen etwa 100 Milliarden Euro, aus deren Anlageerträgen sie ihre Objekte fördern. Das ist in Zeiten der Finanzmarktkrise nicht einfach. Aber Krull konnte in Frankfurt auf dem Deutschen Stiftertag feststellen, dass die Vermögensverluste deutscher Stiftungen im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise deutlich geringer ausgefallen sind als befürchtet. „Insgesamt gesehen hat sich die – oft kritisierte – langfristige, bedachte Anlagestrategie deutscher Stiftungen ausgezahlt“, sagte Krull. Langfristig bedeutet: einen hohen Anteil festverzinslicher Papiere, Aktien nur von Dax-Unternehmen und zunehmend Anlagen in Immobilien. Für 2009 rechnen nur 9 Prozent der Stiftungen mit realen Vermögensverlusten. Ein solcher Verlust trifft Stiftungen besonders hart, weil sie gesetzlich gehalten sind, ihr Nominalkapital zu erhalten. Gerade große Stiftungen wie die Volkswagenstiftung achten selbst sogar darauf, dass sie langfristig ihr Kapital auch real erhalten. So dienen ihre Kapitalerträge nicht nur der Förderung von Objekten, sondern auch dem Ausbau des Vermögens.

Die größte deutsche privatrechtliche Stiftung ist die Volkswagenstiftung in Hannover. Sie fördert in jedem Jahr Wis-

Für den guten Zweck

Die größten Stiftungen privaten Rechts (nach Gesamtausgaben 2008 in Millionen Euro)

Volkswagenstiftung	121,8
Bertelsmann Stiftung	77,5
Robert Bosch Stiftung	75,8
Landesstiftung Baden-Württ.	71,0
Alexander von Humboldt-Stiftung	67,9
Deutsche Bundesstiftung Umwelt	60,8
Studienstiftung des dtch. Volkes	51,6
A. Krupp v. Böhnen u. Halbach Stift.	42,2
Deutsche Stiftung Denkmalschutz	38,0
Umweltstiftung WWF-Deutschl.	35,3
Dietmar Hopp Stiftung	30,0
Zeit-Stiftung Ebelin u. Gerd Bucerius	27,5
Stiftung Mercator	24,5
Software AG-Stiftung	24,1
Gemeinnützige Hertie-Stiftung	21,1

Quelle: Bundesverband Deutscher Stiftungen F.A.Z.-Grafik Kaiser

senschaft und Forschung mit etwa 100 Millionen Euro. Das ist absolut eine hohe Zahl, verglichen mit den Ausgaben der öffentlichen Hand kommen aber alle Wissenschaftsstiftungen zusammen nur auf einen Anteil von gut 1 Prozent an der Finanzierung der Wissenschaft. Die eigentliche Bedeutung der Stiftungen liegt nach

Krulls Worten aber nicht in der Höhe der Fördermittel, sondern in ihrer Rolle als Impulsgeber. Stiftungen verstehen sich als Werkstätten gesellschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Fortschritts, sie greifen Themen auf und suchen Lösungswege, die später in vielen Fällen vom Staat oder anderen Trägern aufgegriffen werden.

In das Bewusstsein der Öffentlichkeit dringt die Arbeit aber nur in den wenigen Fällen. Viele, vor allem kleine und Kleinstiftungen – 70 Prozent aller Stiftungen verfügen über weniger als 2 Millionen Euro Stiftungskapital – arbeiten fast im Verborgenen. Bei einer Befragung durch das Meinungsforschungsinstitut Emnid gaben 80 Prozent der Befragten an, bisher keinen Kontakt mit Stiftungen zu haben und diese daher nicht beurteilen zu können. Dabei arbeiten die meisten Stiftungen an aktuellen Themen in ihrem regionalen Umfeld. „Viele aktuelle Herausforderungen, die sich gerade in Städten manifestieren – die demografische Entwicklung, die wachsende gesellschaftliche Kluft oder der effiziente Umgang mit Energie –, lassen sich ohne Stiftungen nicht meistern“, ist Fleisch überzeugt. Die wachsende Zahl von Bürgerstiftungen sind für ihn ein Beleg dafür, dass sich Stiftungen und ihr gesellschaftliches Engagement langsam in der Bevölkerung durchsetzen.



Gute Nacht, Sekundenschlaf!
Die E-Klasse mit ATTENTION ASSIST.

Eine Innovation von Mercedes-Benz: das System, das typische Anzeichen von Müdigkeit erkennen kann und dem Fahrer zu einer Pause rät. So kann der gefährliche Sekundenschlaf verhindert werden. Der ATTENTION ASSIST ist ein Bestandteil des integralen Sicherheitskonzepts von Mercedes-Benz. Jetzt serienmäßig in allen E-Klasse Modellen. Vereinbaren Sie noch heute eine Probefahrt bei Ihrem Mercedes-Benz Partner und erfahren Sie mehr über die innovativen Assistenz-Systeme. www.mercedes-benz.de

■ Um wie viel Geld geht es bei dem Hilfsprogramm für die Griechen?

Insgesamt erhält Griechenland Kredite von bis zu 110 Milliarden Euro über einen Zeitraum von drei Jahren, also bis Mai 2013. Davon entfallen 80 Milliarden Euro auf bilaterale Kredite der Euro-Staaten, 30 Milliarden auf den Internationalen Währungsfonds (IWF). Die erste Tranche soll Mitte Mai ausgezahlt werden. Maximal drei Jahre sollen tilgungsfrei sein; spätestens fünf Jahre nach Auszahlung einer Tranche muss diese zurückgezahlt sein. Getilgt wird grundsätzlich vierteljährlich in gleichen Beträgen.

■ Wer zahlt wie viel?

Der jeweilige Beitrag zum Paket der Euro-Staaten von 80 Milliarden Euro ist nach dem Anteil der Euro-Staaten am Kapital der Europäischen Zentralbank (EZB) aufgeteilt. Für Deutschland bedeutet das für drei Jahre eine Belastung von etwa 22,4 Milliarden Euro, Frankreich folgt mit 16,8 Milliarden, Italien mit 14,7 Milliarden und Spanien mit 9,8 Milliarden Euro. Der kleinste Euro-Staat Malta muss 72 Millionen Euro beisteuern.

■ Kann sich an der Belastung für Deutschland etwas ändern?

Es gibt jedenfalls Risiken. Wahr sieht die Vereinbarung der Euro-Staaten vor, dass sich alle Staaten beteiligen. Es kann aber aus zwei Gründen zu Ausfällen kommen. Erstens müssen alle nationalen Parlamente dem Paket zustimmen, da es sich jeweils um bilaterale Kredite der Euro-Staaten handelt. Verweigert ein Parlament die Zustimmung, reduziert sich die Gesamtsumme der Kredite um den jeweiligen Anteil des Landes am Gesamtpaket. Zweitens an der Zustimmung bestehen derzeit in der Slowakei und in Slowenien, deren Anteil insgesamt 1,2 Milliarden Euro beträgt. Zweitens besteht die Möglichkeit, dass ein Mitgliedstaat mit schlechter Bonität – etwa Portugal – wegen eigener Finanzierungsprobleme Schwierigkeiten hat, sich zu beteiligen. Es ist zwar nicht vorgesehen, dass ein Land aus seinen Verpflichtungen aussteigen kann. Sobald aber ein Land dauerhaft für seine Anleihen am Markt höhere Zinsen zahlen muss als Griechenland im Rahmen des Rettungspakets, können die Zinsverluste unter den Euro-Staaten sozialisiert werden: Sie würden mit den Zinsgewinnen der anderen Länder – je nach deren Anteil am Gesamtpaket – verrechnet. Damit findet die Idee einer Euro-Anleihe – sie beruht auf der Einebnung der Zinsen für Staatspapiere verschiedener Euro-Staaten – auf diesem Weg erstmals Eingang in



Nach den gewaltvollen Demonstrationen: Ein ausgebranntes Auto vor historischer Kulisse in Athen

Foto AP

Die Folgen des Rettungsprogramms

Deutschland steht Griechenland mit einem Kredit von 22,4 Milliarden Euro bei – es könnte aber auch noch mehr werden. Und die Rückzahlung steht in den Sternen.

Von Werner Mussler, Manfred Schäfers und Stefan Ruhkamp

europäische Vereinbarungen, obwohl sich Deutschland dagegen immer gesträubt hat. Außerdem können Länder mit dauerhaft hohen Refinanzierungskosten darum bitten, sich nicht an der jeweils anstehenden Tranche zu beteiligen. Eventuelle Zusatzbelastungen dieser Regelungen für Deutschland lassen sich derzeit nicht genau abschätzen. Die Bundesregierung schließt jedoch eine Erhöhung des deutschen Beitrags von 22,4 Milliarden Euro aus.

■ Reichen die Summen überhaupt?

Möglicherweise nicht. Griechenland braucht alleine für fällige Anleihen bis Ende 2012 rund 84 Milliarden Euro. Hinzu kommen fällige Geldmarktschulden mit kurzer Laufzeit und das laufende Haushaltsdefizit von derzeit knapp 2 Milliarden Euro monatlich. Der gesamte Finanzierungsbedarf beträgt in den nächsten drei Jahren rund 150 Milliarden Euro. Wenn von den Euro-Staaten und dem IWF 110 Milliarden Euro kommen, müsste Griechenland sich bei anderen Gläubigern rund 40 Milliarden Euro leihen. Fraglich ist auch, ob Griechenland nach dem Ablauf des dreijährigen Hilfsprogramms wieder ausreichend Zugang zu den Kapitalmärkten hat.

■ Bekommt Griechenland das Geld umsonst?

Nein. Griechenland zahlt den Zinssatz, zu dem sich Banken gegenseitig Kredit geben (Drei-Monats-Euribor) plus einen Aufschlag von 3 Prozentpunkten. Derzeit käme man so auf einen Zins von etwa 3,6 Prozent. Falls der Kredit länger als drei Jahre laufen soll, erhöht sich der Aufschlag auf 4 Prozentpunkte. Hinzu kommt jeweils eine einmalige Bearbeitungsgebühr von 0,5 Prozent. Falls die Re-

gierung einen Rückzahlungsstermin verpasst, erhöht sich der Zins auf die ausgeline Rate um 2 Prozentpunkte.

■ Kann Griechenland die Kredite zurückzahlen?

Es sind Zweifel angebracht. Schon 2009 lag die Staatsschuld deutlich über der jährlichen Wirtschaftsleistung. Der erdrückende Schuldendienst ist der Hauptgrund für die drohende Zahlungsunfähigkeit. Das Land jetzt auferlegt Sparprogramm, das im ersten Jahr eine Reduktion des Staatsdefizits um sechseinhalb Prozentpunkte des Bruttoinlandsprodukts vorsieht, ist sehr streng. Deutschland müsste bei einer solchen Auflage rund 200 Milliarden Euro einsparen. Selbst wenn alle Auflagen des sehr detaillierten Programms erfüllt würden, ließe sich die Staatsschuld erst 2014 wieder leicht senken. Ohnehin zeigt der große Widerstand gegen die mit den Auflagen verbundenen Einschnitte, dass diese kaum durchzusetzen sind.

■ Was geschieht, wenn Griechenland sein Sparprogramm nicht schafft?

Dann werden Umschuldung und Schuldenschnitt unumgänglich. Griechenland würde zunächst die Zahlung von Zins

und Tilgung einstellen. Für die Gläubiger wird das unterschiedliche Folgen haben. Der Internationale Währungsfonds beansprucht für sich – weil er selbst in der Not zu niedrigen Zinsen Geld verleiht – ein Vorrecht. Er würde sein Geld vollständig zurückfordern und es wohl auch bekommen. Für die bilateralen Kredite der Euro-Länder wurde ein solches Vorrecht auch erworben, dann aber verworfen. Denn ein Vorrang hätte die Hoffnung zunichte gemacht, dass sich Griechenland in den kommenden Jahren wieder selbst auf dem Kapitalmarkt finanzieren kann. Nach der jetzt getroffenen Vereinbarung würde Griechenland im Fall einer Umschuldung Deutschland und den anderen Euro-Länder wohl den gleichen Forderungsverzicht abverlangen wie den Banken und allen anderen privaten Gläubigern. Wie groß der Abschlag sein wird, kann man nur schätzen. Analysten halten derzeit 40 bis 50 Prozent für realistisch.

■ Warum geschehen Schuldenschnitt und Umschuldung nicht schon jetzt?

Alle Beteiligten am Paket betonen, eine Umschuldung sei weder nötig noch sinnvoll. Bundesregierung und Bundesbank fürchten, dass eine Umschuldung auf an-

dere Euro-Staaten ausstrahlen könnte, die dann ebenfalls in den Abwärtssog der Märkte geraten könnten. Ein teilweiser Schuldenverzicht von 30 oder 50 Prozent würde zudem alle Gläubiger belasten, also nicht zuletzt die Banken. Sie trafe der nächste Schlag, kaum dass sie die durch die Lehman-Insolvenz ausgelöste Krise verdaut haben. Falls eine Umschuldung sich später doch als unumgänglich erweisen sollte, hofft man, dass dann die Märkte stabiler sind.

■ Könnten andere Länder von der Schuldenskrise angesteckt werden und ebenfalls um Hilfe bitten?

Das Risiko wird auf den Kapitalmärkten als ernst eingeschätzt. Portugal und Irland müssen derzeit je nach Laufzeit 5 bis 6 Prozent Zinsen bieten, um an Geld zu kommen. Noch vor einem Monat lagen die griechischen Finanzierungskosten auf ähnlichen Niveaus, ehe sie in die Höhe schossen. Portugals Staatsschuld wächst ähnlich schnell wie die griechische. Zudem hat das Land ein ähnlich hohes Leistungsbilanzdefizit. Es leidet also unter mangelnder Wettbewerbsfähigkeit und führt viel mehr Waren und Dienstleistungen ein als es ausführt. Die Ratingagentur Moody's warnt zudem vor Ansteckungsgefahren der staatlichen Schuldenskrise für die Banksysteme. Das gelte vor allem in Portugal, Spanien und Italien sowie in Irland und Großbritannien. Schon spekulieren einige Marktteobachter, dass es zu einem ähnlichen Versagen der Geldmärkte wie nach der Pleite der amerikanischen Investmentbank Lehman im Jahr 2008 kommen könnte.

■ Wie beteiligen sich die Banken an dem Hilfsprogramm?

Banken und Versicherer in Deutschland haben sich verpflichtet, bestehende Kreditlinien gegenüber dem Land und den griechischen Banken nach Möglichkeit aufrechterzuerhalten. Auslaufende Anleihen der Regierung sollen refinanziert werden, vermutlich indem sie durch weitere Kredite ersetzt werden. Das kann dazu führen, dass die staatlichen Hilfen geringer ausfallen müssen. Nach Angaben von Bundesbank-Präsident Axel Weber haben die hiesigen Banken und Finanzmarktteakteure Forderungen von 3 Milliarden Euro, die in den nächsten drei Jahren beim Zentralstaat fällig werden. Außerdem geht es um Kreditlinien von etwa 4 Milliarden Euro gegenüber griechischen Kreditinstituten, die verlängert werden könnten.

Opposition warnt vor Kürzungen nach der Wahl

SPD und Grüne: Neuordnung der Jobcenter für Langzeitarbeitslose muss finanziert werden

enn. BERLIN, 6. Mai. In der Debatte über die Neuordnung der Jobcenter hat die Opposition die Regierungskoalition davor gewarnt, nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen die Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik zu kürzen. „Wir wollen Hilfen für Langzeitarbeitslose aus einer Hand, aber diese Hand darf keine leere sein“, sagte der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Hubertus Heil am Donnerstag im Bundestag. „Die Arbeitsmarktpolitik darf nicht nach der Wahl der verfehlten Steuer- und Haushaltspolitik der Regierung geopfert werden.“ Für die Eingliederung Arbeitsloser stünden rund 5 Milliarden Euro jährlich zur Verfügung, ebendieser Betrag planten die Haushaltspolitiker von Union und FDP als Kürzungsmaßnahmen im nächsten Etat ein. Auch die Grünen-Abgeordnete Brigitte Pothmer warnte, der Arbeitsmarkt-Etat dürfe nicht „zum Steinbruch für die Haushaltsskonsolidierung“ werden. „Wenn 3 bis 5 Milliarden eingespart werden, nützt den Langzeitarbeitslosen die ganze Neuorganisation der Jobcenter nichts.“ Der FDP-Sozialpolitiker Heinrich Kolb betonte hingegen, der Eingliederungsetat sei seit 2006 von 8 auf 11 Milliarden Euro gewachsen. „Die Hand ist nicht leer, sondern zunehmend gut gefüllt.“

Die von Koalition und SPD im März vereinbarte Jobcenter-Reform, mit der sich der Bundestag in erster Lesung befasse, soll bis zur Sommerpause unter Dach und

Fach sein. Danach sollen die 6,8 Millionen Hartz-IV-Empfänger im Regelfall weiter von der Bundesagentur für Arbeit und den Kommunen gemeinsam betreut werden. Um das zu ermöglichen, wird diese Mischverwaltung im Grundgesetz verankert. Das Bundesverfassungsgericht hatte 2007 die „Arbeitsgemeinschaften“ von Arbeitsagentur und Kommune für verfassungswidrig erklärt und so eine Neuordnung erzwungen. Nach dem Kompromiss wird

„Die Arbeitsmarktpolitik darf nicht der verfehlten Steuer- und Haushaltspolitik geopfert werden.“

Hubertus Heil, SPD

überdies die Befristung für die 69 Optionskommunen, die Arbeitslose in Eigenregie betreuen, aufgehoben; 41 neue Optionskommunen dürfen jetzt hinzukommen. Alle Träger sollen nach gleichen Zielvorgaben arbeiten. Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) sprach von der „richtigen Reform zur richtigen Zeit“. Die Neuordnung lasse den Fallmanagern Spielraum für eine schlagkräftige, auf den Einzelfall zugeschnittene Hilfe. Zudem werde der „Schleier des Nichtwissens“, der über dem System liege, durch die verschärfte Kontrolle der Mittelverwendung gelüftet.

Kritik an steigenden Kosten durch die Reform wies sie als „von gestern“ zurück.

Der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) wies darauf hin, dass ein Fehler der alten Regelung – nämlich die Zusammenführung zweier Personalkörper von Bund und Kommune mit unterschiedlichen Rechten und Pflichten – noch immer nicht behoben sei. So seien in den Arbeitsagenturen des Bundes immer noch 26 Prozent der Stellen befristet. „Wer eine versierte Verwaltung will, die rechtssichere Bescheide erlässt, muss das ändern und die Leute gemeinsam schulen“, forderte Laumann. Es könnte nicht sein, dass fast die Hälfte der Klienten von Hartz-IV-Empfängern vor Gericht Erfolg hätten. Die Fallmanager bräuchten ferner Spielraum, frei von zentralen Vorgaben der Bundesagentur zu agieren – etwa auch in der Frage, ob Kinder von Hartz-IV-Empfängern eher Sach- oder Geldleistungen erhalten sollten.

Die SPD beharrt auf der Entfristung von 3200 der 8000 befristeten Stellen. Der Haushaltsausschuss hatte diese Entscheidung am Donnerstag auf Drängen der FDP auf den 19. Mai vertagt. FDP-Redner wandten sich gegen die Darstellung der SPD, diese Zahl sei ein Teil des Jobcenter-Kompromisses vom März. Von der Leyen versicherte: „Daran wird die Reform nicht scheitern.“ Die Linke will der Reform dennoch nicht zustimmen. Sie atmet weiter den „Geist von Hartz IV“, hieß es.

Kräftiges Auftragsplus für die Industrie

Anstieg von 5 Prozent im März / Hoffnung auf starkes zweites Quartal

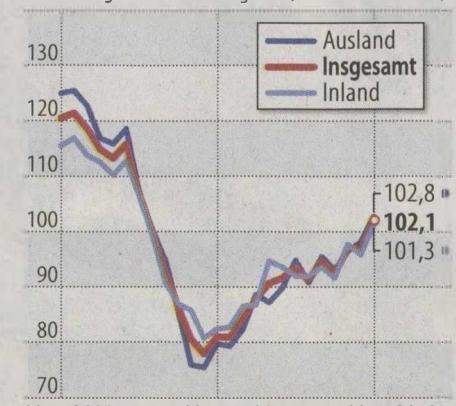
ppl. FRANKFURT, 6. Mai. Ein großer Schwung neuer Aufträge für die deutsche Industrie hat im März die Analysten überrascht. Volkswirte hatten im Durchschnitt nur etwas über 1 Prozent Auftragszuwachs erwartet. Tatsächlich stieg der Auftragsseingang um 5 Prozent, wie das Bundeswirtschaftsministerium am Donnerstag mitteilte. Im Vormonat Februar hatte der Auftragsseingang stagniert, zum Jahresbeginn war er um 5,2 Prozent nach oben geschossen. Das Ministerium sprach von einer erfreulichen „Fortsetzung und Festigung des Erholungsprozesses“ der deutschen Industrie. Im Vergleich mit dem Niveau vor Beginn der Rezession 2008 liegen die Bestellungen zwar noch immer fast ein Fünftel niedriger; verglichen mit dem Tiefpunkt der Rezession vor einem Jahr, hat sich der Auftragsseingang aber schon um ein Viertel erhöht.

Bankvolkswirte reagierten begeistert auf das März-Plus: „Die Zahlen sind echt super“, sagte der Analyst Arnd Schäfer von der West LB. Schon der Anstieg des Ifo-Geschäftsklimas habe diese Entwicklung angedeutet. Schäfer fügte aber mit Blick auf die Griechenland-Krise hinzu:

„Es bleibt zu hoffen, dass die Vertrauenskrise im Euro-Bereich nicht ähnlich wie 2008 wieder auf die Stimmung der Firmen schlägt. Das könnte der aufkeimenden Hoffnung in der Industrie den Garraus machen.“ Thorsten Polleit, Deutsch-

Großer Zuwachs der Aufträge

Bestellungen für Industriegüter (Stand 2005 = 100)



1) Preis- und saisonbereinigte Werte; für März 2010: vorläufige Angaben. Quelle: Statistisches Bundesamt / FAZ-Grafik Niebel

land-Chefvolkswirt von Barclays Capital, verwies ebenfalls auf die großen Unsicherheiten des makroökonomischen Umfelds. Die Auftragsentwicklung mache aber Hoffnung, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im ersten Quartal doch nicht so schlecht ausgefallen sei. Die Bundesbank befürchtet, dass es im Winterquartal wegen der extremen Witterung einen leichten BIP-Rückgang gegeben hat. Im Frühjahr, sagte Polleit, könnte das Ergebnis wegen des Auftragspolsters besser ausfallen.

Nach den Daten des Bundeswirtschaftsministeriums haben im März – anders als in den Vormonaten – die Konsumgüterhersteller den größten Zuwachs (6,2 Prozent) verzeichnet. Für Vorleistungs- und Investitionsgüter gab es 3,6 und 6 Prozent mehr Aufträge. Auch die Metall- und Elektroindustrie meldet einen kräftigen Auftragszuwachs von rund 5,5 Prozent im März. „Es kommt Fahrt rein“, sagte Wolfgang Bartel vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall. „Allerdings brauchen wir noch 22,5 Prozent Zuwachs, um wieder auf den Stand vor der Krise zu kommen.“

Deutsche Bank Art works

Wangechi MUTU

Die Deutsche Bank präsentiert die Künstlerin des Jahres 2010

Seit 30 Jahren eröffnet die Deutsche Bank weltweit Zugang zur zeitgenössischen Kunst: mit ihrer Unternehmenssammlung in Ausstellungen und aktuell mit ihrem neuen Programm „Künstler des Jahres“. Mehr Informationen unter db-artmag.de

Leistung aus Leidenschaft

Die Einzelausstellung „My Dirty Little Heaven“ ist zu sehen: Deutsche Guggenheim, Berlin, 30. April – 13. Juni 2010
WIELS, Brüssel, 26. Juni – 19. September 2010

Spanien stockt folgreich Anleihe auf

Spanien. FRANKFURT, 6. Mai. Spanien hat am Donnerstag eine Anleihe mit fünf Jahren Laufzeit um 2,3 Milliarden Euro aufgestockt. Anleger hatten Gebote für mehr als 5,5 Milliarden Euro abgegeben. Damit war die Anleihe stärker überzeichnet als vergangene Plazierungen. Der Erfolg am Anleihemarkt beruhigte die Marktteilnehmer etwas. Die Rendite der Anleihe liegt mit 3,5 Prozent zwar deutlich höher als bei der Emission einer fünfjährigen Anleihe Anfang März mit 2,8 Prozent, gleichwohl konnte Spanien unter Beweis stellen, dass es sich noch zu mäßigen Konditionen am Kapitalmarkt finanzieren kann.

Auf den Märkten führte die Plazierung am Vormittag zu Kursgewinnen an den Aktienmärkten und auch der Euro stabilisierte sich zu Kursen um 1,28 Dollar. Die Erholung war allerdings nur von kurzer Dauer. Der Dax drehte am Nachmittag ins Minus und fiel bis kurz vor Börsenschluss um 0,5 Prozent auf 5930 Punkte. Mit Beginn des amerikanischen Börsenhandels geriet auch der Euro abermals unter Druck. Zwischenzeitlich mussten weniger als 1,27 Dollar für einen Euro gezahlt werden. Marktteilnehmer machten eine weitaus größere Skepsis der amerikanischen Anleger gegenüber der weiteren Entwicklung des Euro aus, als sie in Europa vorherrschte. Der Harvard-Professor und ehemalige Chefvolkswirt des Internationalen Währungsfonds (IWF), Kenneth Rogoff, sagte auf dem Deutschen Sparkassentag in Stuttgart, er halte im Rahmen der aktuellen Krise auch Euro-Kurse von 1,10 Dollar für möglich.

An den Anleihemarkten sorgte die allgemeine Verunsicherung abermals für Kursgewinne bei als sicher geltenen deutschen Staatsanleihen. Bundesanleihen mit zehn Jahren Laufzeit stiegen im Wert. Die Rendite sank auf ein Rekordtief von 2,81 Prozent. Die entsprechenden Papiere Griechenlands rentierten mit 10,8 Prozent, jene Portugals mit 6,0 Prozent, die von Irland mit 5,8 Prozent, die von Spanien mit 4,3 Prozent und die von Italien mit 4,2 Prozent. Die Risikoauschläge der fünf Länder erhöhten sich gegenüber der Bundesanleihe abermals.

Es half den Ländern damit wenig, dass der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), Jean-Claude Trichet nach der Ratssitzung sagte, Portugal und Griechenland säßen nicht im selben Boot und Spanien sei auch nicht Griechenland. Zudem stehe ein Zahlungsausfall der Griechen nicht zur Debatte. Vielmehr zeigten sich einige Marktteilnehmer enttäuscht, dass ein Kauf griechischer Staatsanleihen durch die EZB kein Thema gewesen sei.

Die Ratingagentur Moody's gelangte zu der Auffassung, dass die griechische Schuldenkrise auch die Bankensektoren in Portugal, Irland, Italien, Spanien und Großbritannien in Mitleidenschaft ziehen könnte. Die Ratingagentur Standard & Poor's bestätigte hingegen den Ausblick für das italienische Rating als stabil. Vergangene Woche hatte Standard & Poor's die Ratings von Portugal, Griechenland und Spanien herabgesetzt.

Heute

Aigner macht Ernst
Die Verbraucherschutzministerin will Banken und Sparkassen nun doch mit einem Gesetz dazu zwingen, einheitliche Beipackzettel für Finanzprodukte aufzulegen. Freiwillig war gestern. Seite 24

Rollende Rendite
Oldtimer in der Garage statt Aktie im Depot: Historische Fahrzeuge sind nach der Finanzmarktkrise als Geldanlage wieder gefragt. Aber Fachleute raten zur Vorsicht: Die Kosten sind hoch. Seite 25

Sport

Meister vom Dienst
Seit der Volleyball-Trainer Stelian Moculescu 1997 zum VfB Friedrichshafen kam, hat der Klub stets mindestens eine Trophäe gewonnen – nun auch in diesem Jahr. Seite 31

Nordderby der Gartenzwerge
Auf den Plakaten bewegen sich die beiden Fußball-Bundesligaklubs Verder Bremen und HSV auf Augenhöhe – in der Realität aber müssen die Hamburger zu ihrem 'ivalen aufsehen. Seite 32

Athen ist kein Spekulationsopfer

Bafin-Chef Jochen Sanio klagte über Spekulation gegen die Eurozone. Was den Euro angeht, hat er Recht. Griechenlands Schwierigkeiten sind aber hausgemacht.

ala. FRANKFURT, 6. Mai. Wird die Währungsunion gerade wirklich angegriffen? Wenn Jochen Sanio, der Vorsitzende der Bundesfinanzaufsicht Bafin, Recht hat, dann ja. Vor einem Ausschuss des deutschen Bundestages sagte Deutschlands oberster Finanzaufseher am Mittwoch: „Hier wird im Moment von Spekulanten ein Angriffskrieg gegen die Eurozone geführt.“ Ausdrücklich bezog er sich dabei auf den Handel mit Ausfallversicherungen (CDS) auf griechische Staatsanleihen.

Der Preis ist während der Zuspritzung der Schuldenkrise des südeuropäischen Landes stark gestiegen. CDS sind während der Finanzkrise in die Kritik geraten, weil sie Investoren ermöglichen, durch Absicherungsgeschäfte an Wertverlusten zu verdienen, auch wenn sie das unterliegende Wertpapier gar nicht selbst besitzen. Der amerikanische Unternehmer Warren Buffett verglich sie einmal mit Massenvernichtungswaffen. Zuletzt forderte Paul Achleitner, der Finanzvorstand des deutschen Versicherers Allianz, der zuvor auch für die amerikanische Bank Goldman Sachs arbeitete, eine Regulierung von Wet-

ten auf Staatsanleihen. Aber ist der Handel mit CDS auch die Ursache für die aktuellen Schwierigkeiten Griechenlands?

Am Donnerstag kostete beispielsweise die Absicherung einer griechischen Staatsanleihe mit fünf Jahren Laufzeit und einem Volumen von zehn Millionen Euro eine Jahresgebühr von über 900 000 Euro. Noch zum Jahreswechsel lag diese Prämie auf rund 200 000 Euro. Wer damals ein solches Papier besaß und dieses nun weiterverkaufen konnte, erzielte also einen vergleichsweise hohen Kursgewinn. Der gesamte Nennwert der auf Griechenland getätigten CDS-Geschäfte ist indes während der vergangenen vier Wochen leicht gesunken. Bei der führenden Abwicklungsgesellschaft, der Depository Trust & Clearing Corporation, stehen derzeit nach eigenen Angaben 3827 Geschäfte in den Büchern mit einem Nennwert von insgesamt 8,07 Milliarden Dollar. Für den 23. April werden 3588 Geschäfte mit einem Nennwert von 8,2 Milliarden Dollar ausgewiesen, für den 2. April 3177 Geschäfte mit einem Nennwert von 8,4 Milliarden Dollar.

Aus diesen Zahlen, die zwar nur einen Ausschnitt dieses unregulierten Finanzmarktsegmentes darstellen, lässt sich die Spekulationsthese jedenfalls nicht aufrecht erhalten. Und auch die Risikoauschläge griechischer Staatsanleihen gegenüber deutschen Bundesanleihen sind nicht nach, sondern parallel zu den Ausfallversicherungsprämien gestiegen (siehe Grafik).

Krise Griechenlands lässt Anleger auf schwachen Euro setzen

Spekulation gegen den Euro



Risiko griechischer Staatsanleihen



Kanam schließt wieder offen Immobilienfonds

Rücknahme von Anteilen am Grundbesitz ausgesetzt / Dritte Schließungswelle befürchtet

hrl. FRANKFURT, 6. Mai. Bei offenen Immobilienfonds kündigt sich eine dritte Schließungswelle an. Die Fondsgesellschaft Kanam in München gab am Donnerstag bekannt, bis auf weiteres keine Anteile mehr des offenen Immobilienfonds Kanam Grundinvest zurückzunehmen. Die Fondsgesellschaft, deren Aufsichtsrat der Immobilieninvestor Dietrich von Boetticher vorsteht, schließt den Grundinvest damit zum zweiten Mal seit der ersten Schließung im Frühjahr 2008.

Da andere offene Immobilienfonds wie zum Beispiel der Morgan Stanley P2 Value schon zuvor bis auf weiteres geschlossen waren, ist nun ein Anlegervermögen von insgesamt 13,3 Milliarden Euro von der Krise der offenen Immobilienfonds betroffen, unter anderem ein anderer Kanam-Fonds, der 458 Millionen Euro schwere US-Grundinvest (siehe Grafik).

Kanam begründete die neue Schließung des Grundinvest mit einem Gesetzentwurf zur Regulierung der offenen Immobilienfonds. Am Montag hatte das Bundesfinanzministerium einen ersten Entwurf veröffentlicht, der unter anderem die Aufhebung der täglichen Verfügbarkeit der Anteile an offenen Immobilienfonds vorsieht. Außerdem ist ein pauschaler Abschlag von 10 Prozent auf die veranschlagten Immobilienwerte geplant. Kanam beschuldigt in einer Mitteilung das Bundesfinanzministerium, „Verlustängste bei Anlegern und Vermögensverwaltern“ geschürt und damit hohe Mittelabflüsse aus dem Fonds ausgelöst zu haben. Zunächst soll die Aussetzung auf drei Monate befristet sein. Doch laut Gesetz dürfte der Kanam-Fonds bis zu zwei Jahren lang geschlossen bleiben.

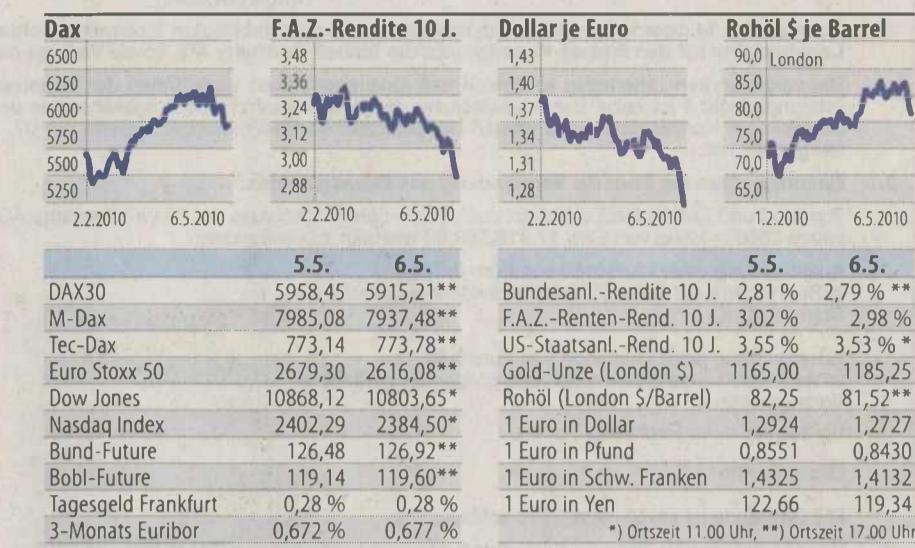
Warren Buffett im Visier der SEC

hns. NEW YORK, 6. Mai. Die amerikanische Börsenaufsicht SEC prüft seit mehreren Wochen die offiziellen Verlautbarungen der Holding-Gesellschaft Berkshire Hathaway in Zusammenhang mit der jüngsten Übernahme des Eisenbahnbetreibers Burlington Northern Santa Fe. Das berichtet das „Wall Street Journal“ unter Berufung auf informierte Personen. Vorstandschef von Berkshire Hathaway ist der berühmte Investor und Milliardär Warren Buffett. Berkshire hatte die Übernahme von Burlington für mehr als 26 Milliarden Dollar am 3. November 2009 bekanntgegeben. Buffett hatte dem Vorstandschef von Burlington, Matthew Rose, sein Angebot aber schon am 23. Oktober angedeutet. In Frage steht nun, ob Berkshire die Übernahme nach amerikanischem Wertpapierrecht früher ankündigen müssen, weil die Gesellschaft schon vorher einen Minderheitsanteil an Burlington hielt.

Schweizer Franken wertet stark auf

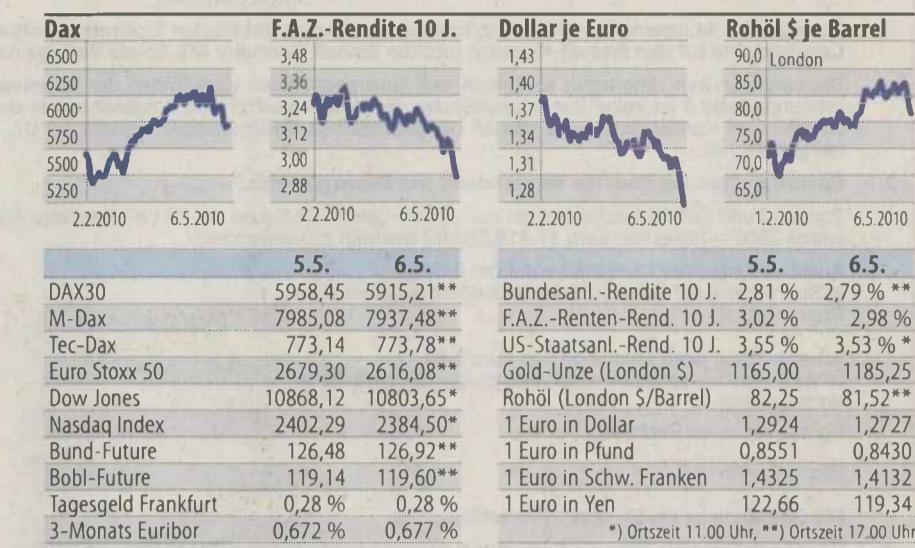
du. ZÜRICH, 6. Mai. Die Schweizerische Nationalbank (SNB) hat ihre bisherige Verteidigungslinie des Franken gegenüber dem schwächeren Euro aufgegeben. Am Donnerstag verteuerte sich der Franken gegen 11.30 Uhr von gut 1,43 auf 1,422 Franken je Euro. Am Nachmittag ging es mit dem Euro weiter abwärts auf zeitweise unter 1,405 Franken. Zuletzt hatte SNB-Präsident Philipp Hildebrand bestätigt, die Notenbank werde „einer übermäßigen Aufwertung des Franken gegenüber dem Euro entschieden entgegenwirken“. Die SNB hat seit Jahresbeginn mehr als 30 Milliarden Euro gekauft und seit Anfang April eine Marke von gut 1,43 Franken je Euro gehalten. Wo die neue Linie liegen könnte, blieb unklar. Die Wirtschaftsaussichten der Schweiz haben sich verbessert, die Deflationsgefahren schwanden. Die SNB glaubt wohl, eine begrenzte Aufwertung hinnehmen zu können.

Aus der Sicht der Investoren liegt die Ursache des Griechenland-Problems in Griechenland selbst. Auch die dazu gleichzeitige Abwertung des Euro, der am Donnerstag nachmittag gegen 1,27 Dollar getauscht wurde, wird dieser Perspektive zugerechnet. „Die Abwertung des Euro hat einen ganz realen Hintergrund“, sagt Lutz Karpowitz, Devisenstrategie der Commerzbank. Die Anleger fürchten seiner Ansicht nach, dass es in Griechenland geplante Sparprogramme nicht umgesetzt werden kann. „Es reicht nicht, dass die griechische Regierung sparen will. Das Volk muss mitziehen und daran zweifeln die Märkte momentan.“ Auf dem Devisenmarkt wetten unterdessen aber momentan offenbar tatsächlich mehr Investoren auf einen weiter fallenden Euro. An der Terminbörse Chicago Mercantile Exchange (CME) haben die sogenannten nicht-kommerziellen Anleger – das sind diejenigen, die keine Warengeschäfte abschließen müssen, sondern von erwarteten Kursänderungen profitieren wollen – so viele Geschäfte auf einen künftig fallenden Euro abgeschlossen wie noch nie: Die Verkaufspositionen dieser spekulativen Marktteilnehmer übersteigen ihre Kaufpositionen um 90 000 (Nettoposition). Wenn der Euro gegenüber dem Dollar aufwerten würde, verlösen diese Anleger Geld. Allerdings ist diese Zahl nur ein Indiz, weil der größte Teil des Devisenmarktes nicht über Börsen, sondern nach wie vor am Telefon abgewickelt wird.



Die Börse heute

Amerikanische Arbeitslosenquote



Erfahrene Anleger sind es gewohnt, dass sie am Freitag besser nicht zu früh ins Wochenende gehen sollten. Am Nachmittag kommen meist Konjunkturdaten aus den Vereinigten Staaten, die den Finanzmärkten noch einmal eine andere Richtung geben können. So auch diese Woche: Am Nachmittag werden die amerikanische Arbeitslosenquote im April und die Entwicklung der Verbraucherkredite im März veröffentlicht. Die Krisenbank Hypo Real Estate wird berichten, und auch Münchener Rück, Royal Bank of Scotland, HSBC und Panamericana veröffentlichen Quartalszahlen, um nur einige herauszutragen. hrl.

Das Parkettgespräch

Die Stärke der Starken

Qualität zahlt sich gerade in unsicheren Marktphasen aus

Der Euro-Raum erlebt turbulente Zeiten: Die Schuldenkrise Griechenlands, der andere südeuropäische Länder folgen könnten, lastet auf den Staatsfinanzen und den Anleihemarkten. Auch der Euro steht unter Druck. Und selbst die zuletzt immer noch steigenden Aktienkurse geraten nun in den Abwärtssog. Olgert Eichler, verantwortlich für das Fondsmanagement von Main First und überdies Fachmann für Europa, mag solche Zeiten, „in denen sich die Spreu vom Weizen trennt“. Denn gerade in schwächeren Phasen setzt sich Qualität durch.

„Was wir jetzt sehen, ist das Resultat von Jahren oder Jahrzehnten. Volkswirtschaften, die nicht sonderlich wettbewerbsfähig waren und deren Bürger über ihre Verhältnisse gelebt haben, kommen nun in heftigste Turbulenzen“, stellt Eichler fest, der seit drei Jahren Fondsmanager von Main First ist und vor sieben Jahren lang für Union Investment Fonds verwaltete. Er ist pessimistisch und warnt vor einem schleichenden Untergang des Euro-Raums, der mehrere Quartale, aber auch Jahre dauern könnte. „In dieser Form ist der Euro nicht aufrechtzuerhalten. Griechenland war nur der Anfang, die Unterschiede in diesem Staatenbund sind einfach zu groß. Andere Länder werden ebenfalls in Schwierigkeiten geraten, wobei solche Krisen in Italien und Spanien um ein Vielfaches größer wären als nun in Griechenland“, sagt Eichler. Deswegen werde es zu weiteren Verwerfungen an den Märkten kommen.

Das hört sich nicht nach einem einladenden Investment-Umfeld an. Doch Eichler sieht gerade darin und in seiner Vorliebe für Qualität gute Anlagechancen: „Anleger sollten allerdings Südländer meiden und sich auf Mitteleuropa konzentrieren, auf stabile, gesunde und wenig krisenanfällige Staaten“. Positiv äußert er sich auch zur skandinavischen Region. Norwegen beispielsweise habe einen grundsoligen Haushalt. Von Vorteil für die nördlichen Länder sei, dass sie klein und daher flexibel seien und teilweise auch noch nationale Währungen hätten. Zudem scheinen sie ihre Lektion aus den eigenen Krisen gelernt zu haben, wie Dänemark aus seiner Krise in den neunziger Jahren. Auch gebe es dort keine Immobilienblase. „Skandinavien ist ein Hort der Stabilität und steht mindestens gleichauf mit dem mitteleuropäischen Staaten“, sagt Eichler.

Trotz all der Unwägbarkeiten für den Euro-Raum schätzt Eichler das Kurspotential an den soliden europäischen Märkten auf Sicht der nächsten ein bis zwei Jahre auf mindestens 20 Prozent. „Die Starken werden dann noch stärker sein, und einige dieser Unternehmen werden dann bereits wieder neue Rekordgewinne erzielen“, sagt er. Unter dem Strich zahlten sich nun aber Vorsicht, Verlässlichkeit und ein ausgewogenes Portfolio aus. KERSTIN PAPON



Olgert Eichler ist bei Main First verantwortlich für das Portfoliomanagement.

Aus dieser Mischung wird auch deutlich, dass er Aktien nicht unbedingt nach ihrer Konjunkturabhängigkeit auswählt. „Wir erleben zwar eine relativ angespannte Situation, in der etwas solide Werte die bessere Wahl sein dürften“, sagt Eichler. Doch mittelfristig werde sich der richtige Mix aus konjunkturseitigen Aktien und krisenresistenten, sprich defensiven Dividendenpapieren auszahlen. „Sind die Wolken erst einmal weggezogen, dann werden auch die zyklischen Werte wieder für entsprechenden Kursschub sorgen.“

Inmitten der Turbulenzen haben sich die meisten Aktienmärkte in Europa vergleichsweise stabil gezeigt. Seit anderthalb Wochen fallen auch hier die Kurse. Ist dies der Anfang einer Korrektur? Eichler wäre von Kursrückgängen in Höhe von 10 oder gar 20 Prozent nicht sonderlich überrascht. Doch gerade in solchen Phasen verlösen Qualitätstitel in der Regel weniger stark als andere. Dagegen könnten Aktien schwächerer Gesellschaften schnell mal ein Drittel ihres Wertes verlieren. Er spricht von einem gesunden Ausleseprozess.

Die Börse heute

TRESCKOWS NACHBÖRSE

Das hat auch nichts mit der Börse zu tun. Eben!

ETHIK

Ruhe sanft

Illustration: OLGERT EICHLER

Wir laden hiermit unsere Aktionäre zu der

am Freitag, den 18. Juni 2010, um 10.00 Uhr

in der Stadthalle Landau, Stadtgraben 3, 94405 Landau/Isar, stattfindenden

ordentlichen Hauptversammlung

ein.

Tagesordnung

1. **Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses und des gebilligten Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2009, Vorlage des Lageberichts für den Einhell-Konzern und die Einhell Germany AG, sowie Vorlage des Berichts des Aufsichtsrates.**

Die vorgenannten Unterlagen sind nach den aktienrechtlichen Vorschriften der Hauptversammlung zugänglich zu machen. Zu Tagesordnungspunkt 1 ist keine Beschlussfassung der Hauptversammlung vorgesehen, da der Aufsichtsrat den vom Vorstand aufgestellten Jahres- und Konzernabschluss gemäß dengesetzlichen Bestimmungen bereits am 07. April 2010 gebilligt und den Jahresabschluss festgestellt hat.

2. **Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns.**

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den im Jahresabschluss der Einhell Germany AG ausgewiesenen Bilanzgewinn des Geschäftsjahrs 2009 in Höhe von Euro 17.418.569,02 wie folgt zu verwenden:

Ausschüttung einer Dividende von Euro 0,54 je Stammaktie auf Stück 2.094.400 dividendenberechtigte Stammaktien.

Euro 1.130.976,00

Ausschüttung einer Dividende von Euro 0,60 je Vorzugsaktie auf Stück 1.680.000 dividendenberechtigte Vorzugsaktien.

Euro 1.008.000,00

Vortrag auf neue Rechnung

Euro 15.279.593,02

Bilanzgewinn

Euro 17.418.569,02

Die Dividende ist am 21. Juni 2010 zahlbar.

3. **Beschlussfassung über die Entlastung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2009.**

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, Entlastung für das Geschäftsjahr 2009 zu erteilen.

4. **Beschlussfassung über die Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2009.**

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, Entlastung für das Geschäftsjahr 2009 zu erteilen.

5. **Wahl des Abschlussprüfers und des Konzernabschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2010.**

Der Aufsichtsrat schlägt vor, die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, zum Abschlussprüfer der Einhell Germany AG und des Konzerns für das Geschäftsjahr 2010 zu wählen.

6. **Beschlussfassung über Satzungsänderungen zur Anpassung der Satzung an Änderungen des Aktiengesetzes durch das Gesetz zur Umsetzung der Aktiengesetzrechtsrichtlinie (ARUG)**

Am 01. September 2009 ist das Gesetz zur Umsetzung der Aktiengesetzrechtsrichtlinie (ARUG) in Kraft getreten. Es umfasst unter anderem Regelungen zum Fristenregime, zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Vollmachterteilung. Vor diesem Hintergrund ist die Anpassung der Satzung der Gesellschaft an die geänderte Gesetzeslage erforderlich.

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, folgenden Beschluss zu fassen:

a) § 7 Abs. (2) der Satzung wird wie folgt neu gefasst:

„Die Hauptversammlung wird, unter Berücksichtigung der Anmeldefrist (vgl. § 8 Abs. 1 der Satzung), sofern das Gesetz keine abweichende Frist vorsieht, mindestens 36 Tage vor der Hauptversammlung vom Vorstand oder den im Gesetz vorgeschriebenen Fällen vom Aufsichtsrat einberufen. Bei der Berechnung der Frist sind der Tag der Einberufung und der Tag der Hauptversammlung nicht mitzurechnen. Die Einberufung der Hauptversammlung erfolgt durch Bekanntmachung im elektronischen Bundesanzeiger mit den gesetzlich erforderlichen Angaben.“

b) § 8 Abs. (1) der Satzung wird wie folgt neu gefasst:

„Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind nur diejenigen Aktionäre berechtigt, die sich in Textform (§ 126 b BGB) in deutscher oder englischer Sprache angemeldet haben. Die Anmeldung muss der Gesellschaft unter der in der Einberufung hierfür mitgeteilten Adresse mindestens sechs Tage vor der Hauptversammlung zugehen, wobei der Tag des Zugangs nicht mitzurechnen ist.“

c) § 8 Abs. (2) der Satzung wird wie folgt neu gefasst:

„Die Aktionäre haben darüber hinaus Ihre Berechtigung zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts nachzuweisen.“

Dies hat durch Vorlage eines Textformulars (§126 b BGB) in deutscher oder englischer Sprache durch das depotführende Institut erstellten Nachweises über den Anteilsbesitz zu geschehen. Der Nachweis muss sich auf den gesetzlich bestimmten Zeitpunkt beziehen und der Gesellschaft unter der in der Einberufung hierfür mitgeteilten Adresse mindestens sechs Tage vor der Hauptversammlung zugehen, wobei der Tag des Zugangs nicht mitzurechnen ist. Der Nachweis über nicht in Girosammelverwahrung befindlichen Aktien kann auch von der Gesellschaft oder einem Kreditinstitut gegen Einreichung der Aktien ausgestellt werden. Die Gesellschaft ist berechtigt, bei Zweifeln an der Richtigkeit oder Echtheit des Nachweises einen geeigneten weiteren Nachweis zu verlangen. Wird dieser Nachweis nicht oder nicht in geeigneter Form erbracht, kann die Gesellschaft den Aktionär zurückweisen.“

d) § 8 Abs. (4) der Satzung wird wie folgt neu gefasst:

„Der Aktionär kann sich in der Hauptversammlung vertreten lassen. Für die Erteilung und den Widerruf der Vollmacht sowie für den Nachweis der Bevollmächtigung ist die Textform ausreichend. In der Einberufung kann eine Erleichterung bestimmt werden. § 135 AktG bleibt unberührt.“

Sonstige Informationen zur Hauptversammlung

Gesamtzahl der Aktien und Stimmrechte

Von den insgesamt ausgegebenen Stück 2.094.400 Stammaktien und Stück 1.680.000 Vorzugsaktien sind zum Zeitpunkt der Einberufung der Hauptversammlung Stück 2.094.400 Stammaktien teilnahme- und stimmberechtigt sowie Stück 1.680.000 Vorzugsaktien teilnahmeberechtigt.

Teilnahme an der Hauptversammlung

Aktionäre, die an der ordentlichen Hauptversammlung teilnehmen oder das Stimmrecht ausüben wollen, müssen sich zur ordentlichen Hauptversammlung anmelden und ihre Berechtigung nachweisen. Die Anmeldung und der Nachweis zur Berechtigung müssen der Gesellschaft unter

Einhell Germany AG

c/o Commerzbank AG

WASHV dwpbank AG

Wildunger Straße 14

60487 Frankfurt am Main

Telefax: +49 (0) 69/50 99-11 10

E-Mail: hv-eintrittskarten@dwpbank.de

jeweils mindestens sechs Tage vor der Hauptversammlung, wobei der Tag der Hauptversammlung und der Tag des Zugangs nicht mitzurechnen sind, also bis spätestens am 11. Juni 2010 zugehen. Für den Nachweis der Berechtigung reicht ein in Textform in deutscher oder englischer Sprache erstellter besonderer Nachweis des Anteilsbesitzes durch das depotführende Institut aus. Der Nachweis des Anteilsbesitzes muss sich auf den Beginn des 28. Mai 2010 (00.00 Uhr) („Nachweistag“) beziehen.

Der Nachweis über nicht in Girosammelverwahrung befindlicher Aktien kann auch von der Gesellschaft oder einem Kreditinstitut gegen Einreichung der Aktien ausgestellt werden.

Für den eingereichten Nachweis des Anteilsbesitzes erhält der Aktionär oder sein Bevollmächtigter eine Eintrittskarte zur ordentlichen Hauptversammlung.

Im Verhältnis zur Gesellschaft gilt für die Teilnahme an der Versammlung oder die Ausübung des Stimmrechts als Aktionär nur, wer den besonderen Nachweis des Anteilsbesitzes erbracht hat. Die Berechtigung zur Teilnahme oder der Umfang des Stimmrechts bemisst sich dabei ausschließlich nach dem Anteilsbesitz zum Nachweistag. Mit dem Nachweistag geht keine Sperrre für die Veräußerbarkeit des Anteilsbesitzes einher. Auch im Fall der vollständigen oder teilweisen Veräußerung des Anteilsbesitzes nach dem Nachweistag ist für die Teilnahme und den Umfang des Stimmrechts ausschließlich der Anteilsbesitz des Aktionärs zum Nachweistag maßgeblich. Entsprechendes gilt für Erwerbe und Zuerwerbe von Aktien nach dem Nachweistag.

Jede Stammaktie gewährt in der ordentlichen Hauptversammlung eine Stimme. Die Vorzugsaktien sind nicht stimmberechtigt.

Verfahren für die Stimmabgabe

Stimmrechtsvertretung durch Bevollmächtigte

Der Aktionär kann sein Stimmrecht bzw. sein Teilnahmerecht in der ordentlichen Hauptversammlung auch durch einen Bevollmächtigten, z.B. durch die depotführende Bank, eine Aktionärsvereinigung oder eine andere Person seiner Wahl, ausüben lassen. Soweit die Vollmacht nicht einem Kreditinstitut, einer Aktionärsvereinigung oder einer anderen, mit diesen gemäß den aktienrechtlichen Bestimmungen gleichgestellten Person oder Institution erteilt wird, bedürfen die Erteilung der Vollmacht, ihr Widerruf und der Nachweis der Bevollmächtigung gegenüber der Gesellschaft der Textform. Aktionäre, die einen Vertreter bevollmächtigen wollen, werden gebeten, das Vollmachtsformular, welches sie mit der Eintrittskarte erhalten, zu verwenden.

Stimmrechtsvertretung durch Vertreter der Gesellschaft

Darüber hinaus bietet die Gesellschaft ihren Aktionären an, von der Gesellschaft benannte Mitarbeiter als weisungsgebundene Stimmrechtsvertreter bereits vor der ordentlichen Hauptversammlung zu bevollmächtigen. Die Aktionäre, die den von der Gesellschaft benannten Stimmrechtsvertreter eine Vollmacht erteilen möchten, müssen sich ebenfalls wie vorstehend ausgeführt zur ordentlichen Hauptversammlung anmelden und ihre Berechtigung nachweisen. Die Bevollmächtigung der Stimmrechtsvertreter und die Erteilung von Weisungen an sie können in Textform möglichst bis Mittwoch, 16. Juni 2010, 16.00 Uhr eingehend, übermittelt werden. Entsprechende Unterlagen und Informationen erhalten die Aktionäre zusammen mit der Eintrittskarte zur ordentlichen Hauptversammlung.

Für die Übermittlung des Nachweises der Bevollmächtigung sowie die Bevollmächtigung und Weisungserteilung an die von der Gesellschaft benannten Stimmrechtsvertreter per Post, per Telefax oder auf elektronischem Weg (per E-Mail) bietet die Gesellschaft

folgende Adresse an:

Einhell Germany AG

Investor Relations

Wiesenweg 22

94405 Landau/Isar

Telefax: +49 (0) 99 51/9 42-293

E-Mail: investor-relations@einhell.com

Rechte der Aktionäre

Anträge von Aktionären sind ausschließlich zu senden an:

Einhell Germany AG

Investor Relations

Wiesenweg 22

94405 Landau/Isar

Telefax: +49 (0) 99 51/9 42-293

E-Mail: investor-relations@einhell.com

Anträge von Aktionären auf Ergänzung der Tagesordnung gemäß § 122 Abs. 2 AktG

Aktionäre, deren Anteile zusammen den zwanzigsten Teil des Grundkapitals oder den anteiligen Betrag von 500.000,00 Euro erreichen, können verlangen, dass Gegenstände auf die Tagesordnung gesetzt und bekannt gemacht werden. Jedem neuen Gegenstand muss eine Begründung oder eine Beschlussvorlage beiliegen. Das Verlangen muss an den Vorstand gerichtet und der Gesellschaft unter der vorgenannten Adresse mindestens 30 Tage vor der Versammlung, wobei der Tag der Hauptversammlung und der Tag des Zugangs nicht mitzurechnen sind, also bis zum Ablauf des 18. Mai 2010, zugegangen sein.

Anträge und Wahlvorschläge von Aktionären gemäß §§ 126 Abs. 1 und 127 AktG

Gegenanträge mit Begründung gegen einen Vorschlag von Vorstand und Aufsichtsrat zu einem bestimmten Punkt der Tagesordnung und Vorschläge von Aktionären zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern oder von Abschlussprüfern sind ausschließlich an die vorgenannte Adresse zu richten.

Anträge von Aktionären, die mindestens 14 Tage vor der Versammlung, wobei der Tag der Hauptversammlung und der Tag des Zugangs nicht mitzurechnen sind, also bis zum Ablauf des 03. Juni 2010 bei der Gesellschaft eingegangen sind, werden, soweit nicht ein Hinderungsgrund gemäß § 126 Abs. 2 AktG vorliegt, unverzüglich nach ihrem Eingang und Nachweis der Aktionärseigenschaft unter der Internetadresse <http://www.einhell.com> veröffentlicht. Anderweitig adressierte Anträge werden nicht berücksichtigt.

Auskunftsrecht nach § 131 Abs. 1 AktG

Jeder Aktionär ist auf Verlangen in der Hauptversammlung vom Vorstand Auskunft über Angelegenheiten der Gesellschaft zu geben, soweit die Auskunft zur sachgemäßen Beurteilung des Gegenstandes der Tagesordnung erforderlich ist. Die Auskunftsplikte des Vorstands erstreckt sich auch auf die rechtlichen und geschäftlichen Beziehungen der Gesellschaft zu einem verbundenen Unternehmen sowie auf die Lage des Konzerns und der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen.

Veröffentlichungen auf der Internetseite

Den Aktionären sind die Informationen nach § 124 a AktG zur Hauptversammlung (u.a. Einberufung, zugänglich zu machende Unterlagen, Formulare zur Bevollmächtigung und Weisungserteilung, ggf. Anträge von Aktionären) sowie weitergehende Erläuterungen zu den Rechten der Aktionäre auf der Internetseite der Gesellschaft unter <http://www.einhell.com> zugänglich.

Landau/Isar, im Mai 2010

Einhell Germany AG

Finanz-Beipackzettel per Gesetz

Freiwillig war gestern:
Verbraucherschutzministerin
Aigner will die Beipackzettel
für Finanzprodukte nun doch
gesetzlich regeln. Aber die
Vorarbeit der Banken soll
nicht umsonst gewesen sein.

RIKE. BERLIN, 6. Mai. Ilse Aigner macht Ernst. Die Bundesverbraucherschutzministerin will Banken und Sparkassen nun doch mit einem Gesetz dazu zwingen, einheitliche Beipackzettel für Finanzprodukte aufzulegen. Ursprünglich hatte die CSU-Politikerin darauf gesetzt, dass die Finanzinstitute freiwillig solche Produktinformationsblätter entwickeln und sich auf einen einheitlichen Standard einigen. Die Finanzhäuser waren auch schon weit gekommen: Sparkassen, Volksbanken und der Bankenverband als Vertreter der Privatbanken hatten bereits Beipackzettel entwickelt. Am Ende aber haperte es an der Vereinheitlichung.

Ein Sprecher der Ministerin sagte am Donnerstag, die Verbände hätten sich verhakt. Unter anderem sei ein Streitpunkt gewesen, wer die Informationsblätter herausgeben soll – der Emittent eines Finanzprodukts oder die Bank. Nun soll der einheitliche Beipackzettel gesetzlich verordnet werden. Mit dem Bundesfinanzministerium sei man sich einig, hieß es. Die Beipackzettel könnten Teil des Anlegerschutzgesetzes werden, das Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) vorbereitet. In einem Entwurf ist schon von solchen Informationsblättern die Rede: Sie

Die Verbraucherministerin hat die Finanzmärkte entdeckt

Als Ilse Aigner dem heutigen bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer auf dem Posten als Verbraucherministerin folgte, blieb ihr nur wenig Zeit, sich zu profilieren. Bis zur Bundestagswahl hatte die CSU-Politikerin gerade noch zehn Monate Zeit, ein öffentlichkeitswirksames Thema zu finden. Vernachlässigt hatte ihr Vorgänger das Thema Finanzberatung, was sie mitten in der Krise als Chance begriff. In den folgenden Monaten nahm sie sich mehrere Baustellen vor: Sie setzte durch, von Finanzvermittlern höhere Qualifikationsnachweise und eine Haftpflichtversicherung zu verlangen. Neben einheitlichen Produktinformationsblättern hat sie außerdem ein Augenmerk auf die Honorarberatung gelegt – also eine Produktberatung, bei der nicht der Abschluss vergütet wird, sondern das Beratungsg

Marktteilnehmer zweifeln an Glaubwürdigkeit der EZB

Spekulationen über künftige Käufe von Staatsanleihen

bes. LONDON, 6. Mai. In der Londoner City erwarten viele Marktteilnehmer, dass die Europäische Zentralbank (EZB) auf Dauer Staatsanleihen der wirtschaftlich schwachen Euro-Länder kaufen wird, um die Anleihemärkte zu beruhigen. Nachdem die EZB „umgefallen“ sei und auch griechische Staatsanleihen als zentralbankfähige Papiere akzeptiere, halten sie es für möglich, dass die EZB auch hier weich wird. Der Rat der Europäischen Zentralbank hat bei seinen Beurteilungen am Donnerstag in Lissabon allerdings nicht über Ankäufe von Staatsanleihen diskutiert.

Der Tag werde aber kommen, meint die Société Générale. Der Ankauf von Staatsanleihen auf dem Sekundärmarkt sei rechtlich möglich, schaffe Liquidität und finge den Verkaufsüberhang am Markt auf. „Jetzt ist der EZB des Reputationsverlust noch zu hoch. Ihr würde vorgeworfen, schlechte Risiken auf die Bilanz zu nehmen und fiskalschwache Länder zu finanzieren.“ Aber irgendwann werde die EZB behaupten, die Sparmaßnahmen der Länder schwächten das Wachstum und verringerten die Inflationsgefahr, so dass eine neue Politik der quantitativen Lockerung wegen eines stärkeren Wachstums notwendig sei.

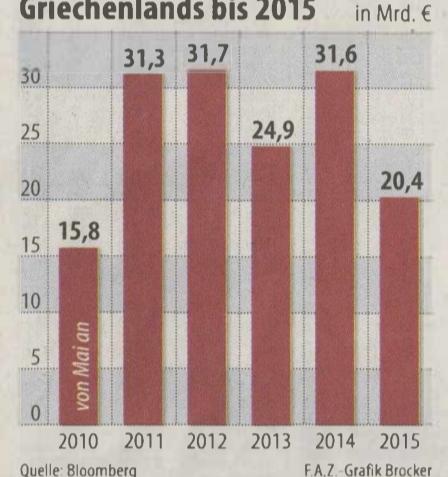
Auch Nomura hält das Einlenken der EZB für möglich. „Es widerspricht zwar der Politik der EZB, direkt Staatsanleihen zu kaufen. Aber wir haben jetzt schon öfter gesehen, dass die EZB Re-

geln wirft, die zuvor in Stein gemeißelt waren.“ Außerdem habe die EZB auf dem Höhepunkt der Krise gedeckte Schuldbeschreibungen gekauft. Nomura betont zudem, dass die EZB nicht mehr mit der Bundesbank verglichen werden könne. Gerade deshalb sei es wahrscheinlich, dass die Anleihekäufe als Mittel in dieser Schuldenkrise eingesetzt würden. Sowohl die Société Générale als auch Nomura erwarten, dass eine Politik der Anleihekäufe eine deutliche Schwäche des Euro auslösen dürfte. Außerdem werde die Glaubwürdigkeit der EZB weiter unterminiert.

Selbst die Deutsche Bank betont, dass Bundesbankpräsident Axel Weber zwar seinen Widerstand formuliert habe. „Es ist auch unwahrscheinlich, dass die EZB schon jetzt etwas in diese Richtung ankündigt. Aber letztlich wird sie darüber diskutieren müssen“, betont Jim Reid. Wenn die Welt nicht bereit sei, die Konsequenzen einer Umschuldung oder eines Zahlungsausfalls einer Regierung zu akzeptieren, dann bleibe kein anderer Weg, solange niemand anders die Staatsanleihen kauft. Dann müsse offenbar Geld gedruckt werden. Das lege die Basis für höhere Inflation. Dies sei allerdings meistens die Konsequenz von staatlichen Schuldenkrisen gewesen.

JP Morgan teilt mit, entweder könnten regierungseigene Banken mit Kapital ausgestattet werden, um die Anleihen zu kaufen, oder die EZB mache es direkt, was erlaubt sei. Freilich sei die Umsetzung schwierig. Sollte die EZB hierfür sogar eine Kapitalerhöhung benötigen, könnte diese mit Zweidrittelmehrheit des EZB-Rates beschlossen werden, hat Credit Suisse schon vorgezeichnet. Etwaige Verluste müssten von den nationalen Notenbanken finanziert werden, die sich dem nicht verweigern könnten. Schwierig werde auch die Entscheidung sein, in welchem Umfang Anleihen von welchem Land gekauft würden. Bundesanleihen ständen ja wohl nicht auf der Einkaufsliste. „Die EZB hat immer gesagt, sie werde kein Land bevorzugen. Aber sie hat auch entschieden, Anleihen von Griechenland als Sicherungspapiere zu akzeptieren und gegenüber diesem Land ihre Qualitätsanforderungen auszusetzen“, betont Credit Suisse.

Fällige Staatsanleihen Griechenlands bis 2015



Im Gespräch: Franz Jaeger, Universität St. Gallen

„Griechenland muss aus dem Euro“

Was bedeutet das?

Wenn man alles in allem betrachtet, so sind in der Euro-Zone die Voraussetzungen für den Erfolg einer gemeinsamen Währung einfach noch nicht gegeben. Sobald es zu Verwerfungen kommt, entwickeln die internationalen Unterschiede innerhalb der Euro-Zone eine große Eigen-dynamik. Die unglaubliche Verschuldung historischen Ausmaßes, die im Rahmen der Wirtschaftskrise durch Stützung von Unternehmen und Banken sowie durch die Konjunkturprogramme entstanden ist, lässt sich nur noch mit Schwierigkeiten finanzieren.

Welche Rolle spielt dabei Griechenland?

Nicht nur Griechenland ist stark verschuldet, sondern das Land wirkt im

Historische Fahrzeuge sind als Geldanlage wieder gefragt. Vor allem deutsche Marken steigen beständig im Wert. Nicht alle Fachleute raten jedoch zu einer Investition in Autos statt Aktien.

ols. STUTTGART, 6. Mai. Oldtimer in der Garage statt Aktien im Depot – das ist ein Trend, der sich seit der Finanzmarktkrise verstärkt: „Oldtimer rücken zunehmend als werthaftes Investment in den Fokus von Kapitalanlegern“, berichtete Manfred Mühlheim, Leiter Asset Management von der Südwestbank AG, in Stuttgart. Vor allem die Fahrzeuge, die jetzt schon selten und teuer seien, legten weiter an Wert zu. Die meisten Besitzer von Oldtimern dürften hingegen Probleme haben, mit der Wertsteigerung ihrer Fahrzeuge die Kosten für Pflege und Unterhalt einzuspielen, räumt Mühlheim ein. Die Zahl der Oldtimer wachse kontinuierlich, weil immer mehr Autos die Altersgrenze von 30 Jahren erreichten, nach der allerdings unter engen Voraussetzungen, das begehrte H-Kennzeichen für historische Fahrzeuge vergeben werden kann.

Das Institut verzeichnete in der Vergangenheit eine verstärkte Nachfrage von Kunden, die nach Anlagen in Sachwerten suchten und auch das Thema alte Autos ins Spiel brachten. Die Privatbank hat nun zum ersten Mal den Südwestbank Oldtimerindex (OTX) vorgestellt, der die Preisentwicklung von 20 Fahrzeugtypen der Hersteller Daimler-Benz, Porsche, BMW, Auto Union, Messerschmitt, NSU und Opel von 2005 bis Anfang dieses Jahres abbildet. Der Index habe sich jährlich im Durchschnitt um 12,2 Prozent gesteigert. „Einen ähnlichen Gewinn hatte ein Anleger nur mit dem Kauf der BASF-Aktie erwirtschaftet“, sagte Mühlheim. Fahrzeuge von Porsche wie der Carrera SC, Baujahr 1977, oder der Porsche Carrera 911 von 1973 zeigten die höchsten Wertzuwächse.

Der Verband der Automobilindustrie (VDA) sieht ebenfalls grundsätzlich die Wertsteigerung von alten Wagen, nimmt aber eine kritische Haltung mit Blick auf die Fahrzeuge als Wertanlage ein. Der VDA entwickelte zusammen mit den Sachverständigen von Classic Data den Deutschen Oldtimer-Index. Er hat seit 1999 im Durchschnitt im Jahr um 5,7 Prozent zuge-



Zeitlos wertvoll: Porsche Carrera 911, Baujahr 1973

Foto Interfoto

Was Oldtimer wert sind

Vergleich des Marktwertes 1999 zum Marktwert 2009

Marke	Modell	Baujahr	Wert 1999	Wert 2009
Youngtimer, Zustandsnote 2				
Alfa Romeo	Giulia Nuova Super 1300	74–78	5300	11 200
BMW	2002tii	71–74	6500	14 600
Mercedes-Benz	450SE	78–80	5700	11 800
Volkswagen	Käfer 1302 S	70–72	2800	6000
Opel	Kadett C GT/E	75–77	2900	5700
Porsche	944 Turbo	85–88	7500	11 300
Fiat	124 Sport Spider	72–76	8700	11 600
Ford	Capri 2.0S	76–78	2800	5200
Alfa Romeo	2000 Spider Veloce	71–74	8700	14 200
Audi	Quattro	85–90	6700	17 900
Oldtimer				
Porsche	911S	66–68	20 000	40 000
Mercedes-Benz	300SL Flügeltürer	54–57	210 000	450 000
Ferrari	250GT SWB (Alu)	60–62	1 000 000	3 700 000
Jaguar	E-Type 3.8 Cabrio	61–64	45 000	72 000
Maserati	3500GT	57–64	35 000	77 000
Rennwagen				
Bentley	4.5 Litre Supercharged	29–31	450 000	3 300 000
Porsche	904 GTS	64–65	380 000	900 000
Ferrari	250GT Tour de France	56–59	500 000	2 200 000
Maserati	A6 GCS	51–53	260 000	850 000
Alfa Romeo	6C 1750GS Kompressor	29–32	350 000	900 000

Quelle: Classic Data

legt. In ihm ist die Wertentwicklung von 88 Nachkriegsmodellen aus sieben Herstellerländern abgebildet. Den höchsten Wertzuwachs wiesen Fahrzeuge deutscher Marken auf.

VDA-Geschäftsführer Thomas Schlick sagte: „Wenn sie eine Aktie im Depot haben, haben sie keine weiteren Kosten. Bei einem Oldtimer fallen weitere Kosten wie Wartung, Versicherung und Garage an. Diese Kosten entstehen, egal, ob sie das Auto bewegen oder nicht.“ Auch von hohen Erlösen bei Auktionen sollte sich der Fan alter Autos nicht blenden lassen, betonte Schlick: „Auktionsergebnisse sind nicht repräsentativ für die Preisentwicklung. Oft werden bei Auktionen 50 Prozent der angebotenen Fahrzeuge nicht versteigert.“

Oldtimer-Fachmann Frank Wilke von Classic Data in Castrop-Rauxel berichtete, seit drei bis vier Jahren seien Oldtimer als Kapitalanlage wieder ein Thema. Auch die Fonds-Branche hat das inzwischen entdeckt. Georg Fritz und Jürgen Meister haben eigenen Angaben zufolge den ersten geschlossenen Oldtimer Fonds Deutschlands unter dem Namen „Classic Cars“ als Private Placement aufgelegt, der in 30 alte Fahrzeuge investieren will. Der Anleger müsse mindestens 250 000 Euro zeichnen. Insgesamt sollen so über 20 Millionen Euro eingesammelt werden. Fritz, der selbst zehn alte Wagen in der Garage stehen hat, und Meister sind nach eigenen Angaben seit Jahren im Fonds geschäftig. Solch einem Oldtimer-Fonds steht ein Branchenkenner allerdings skeptisch gegenüber. Er würde für das Geld eher einen Wagen mit Potential kaufen. Laut Wilke gab es um die Jahreswende 1989/90 bereits einmal eine Oldtimer-Blase: „Zuerst sind die Preise explodiert, dann sind sie eingebrochen.“ Doch diese Befürchtung müsse man heute nicht mehr haben, sagte Wilke.

Oldtimer spielen auch als Wirtschaftsfaktor eine wichtige Rolle. Laut einer Studie des Instituts für Demoskop Allensbach aus dem vergangenen Jahr beträgt alleine in Deutschland der Aufwand für Reparatur und Wartung an Young- und Oldtimern 1,3 Milliarden Euro im Jahr; weitere 263 Millionen Euro geben deren Besitzer für Zubehör aus. Der VDA rät allen möglichen Investoren, vor dem Kauf eines historischen Fahrzeugs unbedingt einen erfahrenen Sachverständigen einzuschalten, der den technischen Zustand des Wagens überprüft. Nur so kann man sich vor unliebsamen Überraschungen schützen.

Was wäre eine effektive Lösung?

Wenn Griechenland und andere südeuropäische Länder ihre Rahmenbedingungen nicht selbst rigoros verbessern können – sprich: Wettbewerbsfähigkeit steigern, Arbeitsmärkte flexibilisieren, die Ausgaben und Haushaltsdefizite abbauen, Steuern erhöhen, Sozialwerke reformieren –, müssten sie überlegen, den Euro-Raum zu verlassen und einen eigenen Währungsraum zu gründen, der in zehn oder 15 Jahren wieder Anschluss an den „Nordeuro“ finden könnte.

Ist das realistisch?

Die Strategie wäre vergleichbar mit einer Notoperation auf der Autobahn, nachdem ein Crash passierte. Danach aber könnte sich das System möglicherweise stabilisieren.

Welche Rolle spielt die Tatsache, dass die Europäische Zentralbank griechische Staatsanleihen unabhängig von ihrer Qualität als Sicherheit annehmen will?

Sobald Hilfspakete angeboten werden ohne Bedingungen, wird die moralische Versuchung so stark, dass es langfristig keine Möglichkeit mehr gibt, die Staaten zu disziplinieren.

Was bleibt als Fazit?

Die Europäische Union muss sich darüber klarwerden, dass Griechenland aus dem Euro ausgeschlossen werden muss. Das ist der erste Schritt in der Hoffnung, dass kein zweiter kommt. Käme der, wäre eine Kettenreaktion wahrscheinlich und damit auch die mögliche Aufteilung in einen Euro-Raum Süd und einen Euro-Raum Nord. Ich hoffe immer noch, dass das nicht nötig wird, und auch ich weiß, dass das proaktiv politisch kaum durchsetzbar ist. Als erster Schritt scheint jedoch der Ausschluss von Griechenland kaum vermeidbar zu sein, denn die Märkte akzeptieren nicht, was bisher gemacht wurde. Griechenland muss jetzt sofort mit dem Sparen beginnen, sonst bleibt nur der Ausschluss.

Was macht man als Anleger?

Aus staatsmännischer Sicht würde ich die Anleger darum bitten, in die Lösung der Krise zu investieren und Euro-Papiere zu kaufen. Immerhin gibt es in der Euro-Zone auch viel Positives. Wenn ich ihm dagegen raten müsste, wie er sein Geld sinnvoll anlegen und Risiken vermeiden könnte, dann würde ich sagen: Hände weg.

Das Gespräch führte Christof Leisinger. Es ist in voller Länge unter faz.net/jaeger nachzulesen.

Nun hat sich das geändert?

Ja, in den ersten ruhigen Jahren blieben Verwerfungen aus, und eine von politischen Einflüssen weitgehend unabhängige und widerstandsfähige Europäische Zentralbank konnte eine innere Stabilität der Währung generieren. Das hat meine Kritik etwas schwächer werden lassen. Der Euro konnte über Jahre sogar gegen den Schweizer Franken leicht aufwerten, was ein gutes Zeichen war.

Damit lagern Sie nicht schlecht.

Ja, in den ersten ruhigen Jahren blieben Verwerfungen aus, und eine von politischen Einflüssen weitgehend unabhängige und widerstandsfähige Europäische Zentralbank konnte eine innere Stabilität der Währung generieren. Das hat meine Kritik etwas schwächer werden lassen. Der Euro konnte über Jahre sogar gegen den Schweizer Franken leicht aufwerten, was ein gutes Zeichen war.

Was bleibt das geändert?

Es zeigt sich, dass die Voraussetzungen fehlen, die eine Währung auch in Krisenzeiten widerstandsfähig machen.

Welche sind das?

Erstens müssten die Volkswirtschaften der teilnehmenden Staaten ähnliche Wirtschaftsstrukturen, Wohlstandsverhältnisse und wirtschaftspolitische Prioritäten haben. Diese waren und sind nur teilweise gegeben. Ferner müsste es einen europäischen Finanzausgleich geben. Den gibt es nicht, weil man erst die Währungsunion geschaffen hat und über diese zu einer politischen Union kommen wollte. Deutschland ist zudem nicht zu einem echten Finanzausgleich bereit, was sich aus dem Widerstand von Kanzlerin Angela Merkel gegen eine rasche Griechenland-Hilfe ablehnen lässt. Die innere Solidarität ist nicht gegeben, sondern wird allenfalls vom Schicksal erzwungen. Wenn diese Bedingungen schon nicht erfüllt sind, müssten wenigsten die Mundellschen Kriterien gegeben sein: internationale Freizügigkeit von Personen, Wissen und Kapital. Die sind zwar weitgehend erfüllt, aber Löhne und Preise sind nicht flexibel. Wir haben hoch regulierte Arbeitsmärkte in Spanien, Italien und auch in Deutschland.

Sind 110 Milliarden Euro für Griechenland ein realistisches Angebot?

Sie können das ganze Problem nur bannen, aber nicht lösen. Die EU-Politik

gibt es nicht, weil man erst die Währungsunion geschaffen hat und über diese zu einer politischen Union kommen wollte. Deutschland ist zudem nicht zu einem echten Finanzausgleich bereit, was sich aus dem Widerstand von Kanzlerin Angela Merkel gegen eine rasche Griechenland-Hilfe ablehnen lässt. Die innere Solidarität ist nicht gegeben, sondern wird allenfalls vom Schicksal erzwungen. Wenn diese Bedingungen schon nicht erfüllt sind, müssten wenigsten die Mundellschen Kriterien gegeben sein: internationale Freizügigkeit von Personen, Wissen und Kapital. Die sind zwar weitgehend erfüllt, aber Löhne und Preise sind nicht flexibel. Wir haben hoch regulierte Arbeitsmärkte in Spanien, Italien und auch in Deutschland.

Sind 110 Milliarden Euro für Griechenland ein realistisches Angebot?

Sie können das ganze Problem nur bannen, aber nicht lösen. Die EU-Politik

REDEN
HANDELN
ZWISCHEN REDEN UND HANDELN LIEGT EINE WELT VOLLER MÖGLICHKEITEN.

Dax 30, M-Dax und Tec-Dax

52 Wochen Tief Vergleich	in Mrd. Landeswähr. Hoch Gesamt Streb.	KGV 2010 2011	Börsenwert			Xtra Tages Schluss 16.35 h			Xtra Tages Hoch Tiel			Xtra Tages 5.5. 30.12.09 Hoch Tiel			Ums. Ges. Div. Rend. 5.5.		
			5.5.10 Schluss	6.5.10 Hoch	Veränd. in % seit Schluss	5.5.	30.12.09	Hoch	Tiel	5.5.	30.12.09	Hoch	Tiel	Div.	Div.	Div.	
			11.8	9.9	DAX30	5958.45	5944.29	6009.48	5919.94	-0.2	-0.2	6341.52	4524.01	186.70	3.14	241887	
8.66	8.65	19.2	13.7	12.1	Adidas	41.96	42.36	42.82	41.72	+0.9	+12.1	45.77	23.35	0.50*	1.18	2569	
36.24	36.24	61.1	51.1	51.1	Allianz SE vink WA	84.31	79.84	82.99	79.66	-5.3	-8.4	95.99	61.00	3.05*	4.38	18197	
39.34	39.34	39.4	10.1	9.3	BasF SE	42.50	42.84	42.87	42.77	+0.6	-1.4	48.84	27.08	1.70	3.87	7735	
38.38	38.38	38.30	20.2	17.4	Bayer AG	46.07	46.92	46.70	45.49	-0.6	-17.2	56.71	35.36	4.40*	3.02	7320	
10.77	10.77	4.26	20.2	17.4	Bayer dörft	42.93	42.92	43.43	42.65	-0.5	-7.0	46.65	31.33	0.70*	1.64	1015	
20.05	21.17	26.9	12.2	12.2	BMW	55.92	56.63	57.38	55.45	+1.8	+15.2	57.95	23.57	0.20*	0.52	3436	
6.86	6.86	4.31	4.47	4.47	Commerzbank	5.72	5.81	6.04	5.58	-0.1	-1.3	9.64	4.09	0.00*	0.00	17794	
39.30	31.64	14.4	8.7	8.7	Deutsche Bank	37.02	37.04	37.74	36.71	+0.0	-1.1	39.90	23.52	0.00*	0.04	4320	
29.84	29.84	29.78	7.5	6.3	Deutsche Post	47.98	48.07	50.12	47.84	-3.4	-2.7	60.55	36.03	5.05*	0.04	1430	
10.82	10.82	10.32	13.9	11.7	Deutsche Börse	55.98	55.51	56.18	55.01	-0.9	-4.3	65.27	45.45	2.10*	3.78	1685	
14.15	14.15	9.84	16.5	11.0	Deutsche Post	11.78	11.09	11.63	10.6	-1.3	-12.4	14.70	8.66	0.60*	1.51	1027	
28.82	26.51	12.2	12.2	12.2	DT Telekom	8.89	8.99	8.96	8.81	+0.1	-13.5	10.60	7.83	0.78*	0.76	3652	
54.58	51.97	9.6	9.1	9.1	EAON	27.90	27.28	27.78	27.24	-2.2	-6.7	30.47	22.42	1.50*	5.50	2628	
11.84	11.84	7.55	15.7	14.0	Eras. Med. Care	39.75	40.10	40.30	39.95	-0.9	-8.5	42.38	28.50	0.58*	1.45	1528	
4.17	4.17	14.7	13.2	13.2	Fresenius SE	51.71	51.65	52.26	51.16	-0.2	-3.3	57.65	23.57	0.20*	1.37	633	
6.77	6.77	15.4	12.9	12.9	Henkel	38.76	38.00	38.95	37.57	-2.0	-4.3	41.72	21.55	0.53*	1.39	2948	
5.25	5.25	24.2	18.6	18.6	Infinion	4.85	4.83	4.95	4.76	-0.6	-24.6	5.58	1.64	0.00*	0.00	3520	
7.97	5.97	20.2	13.3	13.3	K+S	40.93	41.65	42.12	40.61	-1.8	-4.2	53.33	32.57	0.28*	5.46	2305	
* 14.31	14.31	13.1	11.2	11.2	Linde	84.63	84.78	85.40	84.56	+0.2	-0.7	92.20	55.65	1.80*	2.12	1528	
5.36	5.36	23.0	12.5	12.5	Lufthansa vink	11.81	11.71	12.04	11.71	-0.9	-0.4	13.41	8.45	0.00*	0.00	6944	
9.60	6.73	18.2	13.3	13.3	MAN SE	67.96	68.00	69.34	66.62	+0.2	+2.51	73.11	40.22	0.25*	0.37	1655	
3.98	3.98	11.6	10.4	10.4	Merck	61.29	61.54	61.78	61.14	-0.4	-5.6	75.04	56.85	1.00*	1.62	669	
13.84	13.84	5.45	14.0	14.0	Metro	44.77	42.71	43.66	42.51	-4.4	-0.3	47.72	32.21	1.18*	2.76	2341	
20.71	20.46	8.6	7.9	7.9	Münchener R. v. WA	104.00	104.89	105.00	103.25	-0.9	-3.5	123.55	90.81	5.75*	5.48	2208	
31.66	25.15	8.8	8.4	8.4	RWE StA	61.29	60.48	61.34	60.35	-1.3	-11.0	69.29	51.98	3.50*	5.7	5198	
3.45	3.45	19.1	18.7	18.7	Salzgitter	57.70	57.46	58.77	53.88	-0.4	-16.0	74.32	49.80	1.40*	2.44	1359	
43.73	31.74	17.1	14.9	14.9	SAP	35.68	35.6	35.77	35.20	+0.0	+1.1	37.50	27.26	0.50*	1.40	7658	
65.12	61.49	13.1	12.1	12.1	Siemens	70.79	71.23	71.83	69.67	+0.6	+10.9	76.39	51.60	1.60*	2.25	6231	
11.94	7.74	26.1	7.9	7.9	Thyssen Krupp	23.28	23.21	23.75	23.01	-0.3	-12.1	28.24	15.18	0.30*	1.29	2468	
7.34	7.34	29.4	18.2	18.2	VW	68.68	69.77	70.82	68.66	+1.6	+6.8	82.40	49.88	1.66*	2.38	2779	

15.0 12.1 **M-Dax**

6025 6000 5975 5950 5925

Eröffnung: 5919.94 Verlauf: 5944,29 (—Vortag 5958,45)

Veränderung in Prozent am 6. Mai 2010 (16.35 Uhr)

Gewinner Verlierer

Ereignis auf Basis des D-Dax und des Eurostoxx 50

Standard Life 192.80 194.30 2.18

Tesco 428.25 421.30 4.975

Thomas Cook 237.00 236.40 2.735

Tutu Travel 228.00 226.40 2.988

Tulip Oil PLC 107.01 109.05 0.695

Unilever 190.77 191.20 1.98

Aerojet 10.05 10.15 0.99

United Utilities 53.55 53.01 6.244

United Business M 53.22 53.00 2.631

United Foods 230.00 229.17 2.641

United Kingdom 1.25 1.27 1.257

United States 1.25 1.27 1.257

United Technologies 2.25 2.27 2.257

United Way 1.25 1.27 1.257

Unilever 1.25 1.27 1.257

Univest 1.25 1.27 1.257</